

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten
zur unfreien
Weimarer Republik
von 1918 bis 1933**

Sonderheft Nr. 39



**Fragen und Antworten
zur unfreien
Weimarer Republik
von 1918 bis 1933**

Sonderheft Nr. 39

Fragen und Antworten ... 1918-1933

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
1. Wer inszenierte im November 1918 die deutsche Revolution?	3
2. Wie kam es zur Gründung der Weimarer Republik?	4-8
3. Was verhinderte die völkerrechtliche Souveränität der Weimarer Republik?	8
4. Wieso war die Weimarer Verfassung keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes?	8-9
5. Weshalb ging es bei den Pariser "Friedensverhandlungen" nicht um einen gerechten Frieden?	9-18
6. Warum löste die Bekanntgabe der "Friedensbedingungen" bei den Deutschen großes Entsetzen aus?	18-30
7. Wer zwang die deutsche Regierung, den "Versailler Friedensvertrag" im Juli 1919 zu unterschreiben?	30-31
8. Wie kam es zum völkerrechtswidrigen Abschluß des "Versailler Friedensvertrages"?	31
9. Was führte dazu, daß der Versailler Vertrages im Deutschen Reich als "Schandvertrag" bezeichnet wurde?	31-33
10. Wieso wurde die Kriegsschuld-Klausel des Versailler Vertrages von den meisten Deutschen als dreiste Geschichtslüge eingestuft?	33-44
11. Weshalb setzte sich besonders Frankreich für drastische Gebietsabtretungen zu Lasten des Deutschen Reiches ein?	44
12. Warum unterstützten die Folgen des Versailler Vertrages Hitlers spätere Machtübernahme?	44-48
13. Wer förderte hauptsächlich die Gründung des Völkerbundes?	48-49
14. Wie scheiterte der Völkerbund?	49-51
15. Was begründete nach dem Ersten Weltkrieg die neue Weltmacht USA?	51-56
16. Wieso kam es nach dem Ersten Weltkrieg zu einem regelrechten Siegeszug von europäischen Diktaturen?	56-57
17. Weshalb kämpfte die Weimarer Republik seit ihrer Gründung ständig um ihre Existenz?	57-60
18. Warum wurde der deutsch-sowjetische Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag von Rapallo geschlossen?	60-63
19. Wer hatte Interesse daran, das Ruhrgebiet durch französisch-belgische Truppen besetzen zu lassen?	63-64
20. Wie wirkte sich die Inflation im Jahre 1923 aus?	64-65
21. Was gewährleistete die Reparationszahlungen der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg?	65-67

22. Wieso war keine deutsche Regierung der Weimarer Republik bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen?	67-73
23. Weshalb gab es die "Goldenen Zwanziger Jahre" nicht für die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung?	73-74
24. Warum beschleunigte die Weltwirtschaftskrise Hitlers Aufstieg?	74-79
25. Wer finanzierte Hitler und die rechtsradikale NSDAP?	79-86
26. Wie förderte Stalin den Untergang der Weimarer Republik?	86-87
27. Was beabsichtigte Reichskanzler Franz von Papen, als er die preußische Regierung im Juli 1932 ausschalten ließ (sogenannter "Preußenschlag")?	87-88
28. Wieso zählt Franz von Papen zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?	88-90
29. Weshalb mußte die Weimarer Republik zwangsläufig scheitern?	90-94
Hinweise für den Leser	95-97
Quellen- und Literaturnachweis	

Fragen und Antworten zur unfreien Weimarer Republik von 1918 bis 1933

1. Wer inszenierte im November 1918 die deutsche Revolution?

Der damalige Kölner Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann (1851-1919, ein persönlicher Freund des deutschen Kaisers Wilhelm II.) schrieb am 8. November 1918 an den damaligen Münchener Erzbischof Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. (x340/116): >>Seine Majestät der Kaiser läßt mir soeben mitteilen, daß nach ihm gestern zugegangenen Nachrichten der Groß-Orient beschlossen habe, zunächst alle Souveräne in erster Linie ihn, den Kaiser, abzusetzen etc. und schließlich eine Weltrepublik unter Führung des amerikanischen Großkapitals auf den Trümmern der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufzurichten. Die deutschen Freimaurer seien dem Kaiser treu (was sehr zu bezweifeln ist!) und hätten ihn das wissen lassen. ...

Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, dies Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen, und muß Eurem weisen Ermessen überlassen, ob ihr die Mitteilung nach Rom weitergeben wollt. Das stürmische Verlangen der Sozialdemokraten, der Kaiser solle abdanken, gibt der Nachricht eine gewisse Bestätigung. ...<<

In Berlin brach am 9. November 1918 eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

2. Wie kam es zur Gründung der Weimarer Republik?

In Berlin brach am 9. November 1918 eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Die Unabhängigen Sozialdemokraten - der Spartakusbund und andere radikale Gruppen - verlangten am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, forderten die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Das "Berliner Tageblatt" berichtete am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<

Die Deutschen fühlten sich von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regte sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert waren, reagierten ratlos und verwirrt.

Die Spartakisten riefen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101).

General Wilhelm Groener, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitete nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres, führte am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.

Am 19. Dezember 1918 stimmte der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?" Der Kongreß entschied sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).

Nach der Abstimmungsniederlage versuchten die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen. Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschlossen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Den KPD-Vorsitz übernahm Wilhelm Pieck, später Präsident der DDR.

Die KPD verfolgte von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzte man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen, wie z.B. "Proletarier aller Länder, vereinigt euch", gaukelten die Kommunisten den verzweifelten Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen sollte.

Am 5. Januar 1919 entschlossen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angriffen, ließ der SPD-Politiker Gustav Noske, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps, Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den be-

waffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.

Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte, ereigneten sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet. Im Verlauf des Spartakusaufstandes kamen etwa 1.200 Menschen um (x122/433). Karl Radek und andere deutsche Kommunisten flohen später nach Rußland. Während Stalins "Säuberungen" wurde der Trotzkiist Radek 1933 nach Sibirien verbannt und wahrscheinlich im Jahre 1937 liquidiert.

Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen durften, erhielten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte während seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919 (x073/97): >>... Freiheit und Recht sind Zwillingsgeschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten. ...

Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.<<

SPD, Zentrum und DDP bildeten am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählte danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten.

Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik in Berlin und in Thüringen nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die gnadenlosen Kämpfe forderten etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

Nach monatelangen schweren Kämpfen - mit über 3.000 Toten - setzten sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlugen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

Die bayerische Landesregierung mußte damals Freikorps - ehemalige Offiziere und Soldaten der deutschen Wehrmacht - einsetzen, weil die Reichswehr nicht über genügend schlagkräftige Truppen verfügte. Die Freikorps wurden damals an vielen Orten des Deutschen Reiches und im Baltikum zur Unterdrückung von kommunistischen Umsturzversuchen oder zur Verteidigung von deutschen Siedlungsgebieten eingesetzt. Diese Freikorps entwickelten sich in den folgenden Jahren zur Belastung für den demokratischen Staat, denn hier sammelten sich zunehmend "verbitterte Landsknechte" und radikale Rechtsradikale, die sich später der rechtsradikalen NSDAP anschlossen und zahlreiche "Fememorde" begingen.

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und

die neue Verfassung des Deutschen Reiches trat damit in Kraft.

Die Einleitung der Weimarer Verfassung lautete (x842/...): >>**Präambel:** Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.<<

Die bisherigen deutschen Bundesstaaten blieben als Länder erhalten, aber sie verloren wesentliche Rechte. Die Finanzverwaltung, Zoll, Post, Verkehr, das Heer und die Marine wurden direkt der deutschen Reichsregierung unterstellt.

Alle Bewohner des Reiches waren gemäß der Weimarer Verfassung vor dem Gesetz gleich. Sie hatten das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, besaßen das Wahlrecht. Sie wählten den Reichstag, der Gesetze beschloß.

Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Notverordnungen" (x051/422): >>Notverordnungen, nach § 48 der Weimarer Verfassung Anordnungen des Reichspräsidenten mit Gesetzeskraft, die auf Verlangen der Reichstagsmehrheit zurückgenommen werden mußten.

Durch Notverordnungen konnte der Reichspräsident mit der Reichswehr gegen verfassungswidrig verführende Landesregierungen vorgehen und Grundrechte außer Kraft setzen. Die Notverordnungen sollten allerdings auf "nötige Maßnahmen" beschränkt bleiben, deren beabsichtigte gesetzliche Definition aber unterblieb.

So konnten sich die Notverordnungen in der Krise der Republik ab 1930 zum Ersatz für die Gesetzgebung des blockierten Reichstages entwickeln, der auch sein Aufhebungsrecht nicht nutzen konnte, weil die erforderlichen Mehrheiten fehlten und zudem das Gegenmittel des Reichspräsidenten, nämlich die Parlamentsauflösung nach § 25, drohte.

Die Präsidialkabinette regierten nach Verlust auch der Tolerierungsmehrheit weitgehend mit Notverordnungen. 1932 wurden nur noch fünf Gesetze bei 66 Notverordnungen erlassen. Sie ebneten auch den Weg zur Diktatur Hitlers, der mit der "Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.33. die Liquidierung der Republik einleitete.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung der Weimarer Republik (x057/224-225): >>Die Nationalversammlung wählte Ebert zum Reichspräsidenten, bildete die Regierung der Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum und schuf nach den Plänen von Hugo Preuß am 11. August 1919 die Verfassung des Deutschen Reiches. Sie beruhte auf dem Gedanken der Demokratie und machte Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, der, vom Volk gewählt, das Reich nach außen vertrat.

Er hatte den Oberbefehl über die Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen, ferner einen Volksentscheid nach erfolgtem Volksbegehren herbeiführen und besaß nach Paragraph 48 das Recht, die Grundrechte und Grundpflichten teilweise aufzuheben, falls "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Nach diesem Notverordnungsrecht durfte er ohne den Reichstag Gesetze erlassen.

Der Reichstag war die gesetzgebende Körperschaft, nach allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aller Männer und Frauen von über 20 Jahren gewählt. Die Reichsregierung bedurfte der Mehrheit des Parlaments und stand unter der Leitung des Reichskanzlers.

Der Reichsrat umfaßte die Vertreter der Länder mit eigenen Landtagen und Landesregierungen. So war das Deutsche Reich ein dezentralisierter Einheitsstaat mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold von 1848 und der Nationalhymne "Deutschland über alles" und hielt die Mitte zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs - ebenfalls in der österreichischen Verfassung enthalten - mußte auf Grund des Versailler Vertrages wieder fallen gelassen werden. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Weimarer Republik (x287/170-173): >>... Im Auftrag des deutschen Volkes verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung im August 1919 eine neue Verfassung für das territorial verkleinerte Deutsche Reich, das laut Artikel 1 eine Republik war, in der die Staatsgewalt vom souveränen Volk ausging.

Der Wille des Volkes äußerte sich in der Wahl des Reichstags, wobei durch das Frauenwahlrecht eine staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen erfolgte. Die nunmehr als Länder bezeichneten Gliedstaaten des Reiches – das reichsunmittelbare Gebiet Elsaß-Lothringen war verlorengegangen – waren im Reichsrat vertreten, der aber als Vertretung der Länderregierungen nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Reichsgesetzgebung besaß. Ein Zweikammersystem sah die Weimarer Verfassung eben nicht vor!

Dem direkt vom Volke gewählten Reichspräsidenten war eine fast monarchische Stellung eingeräumt worden, doch unterschied ihn von einem konstitutionellen Monarchen, daß er unter Anklage gestellt werden konnte. Wie allerdings die nationale Tradition mit der monarchischen noch verknüpft war, zeigte nicht nur die Rolle Hindenburgs als Ersatzkaiser, sondern auch die schwarz-weiß-rote Gesinnung Gustav Stresemanns, der als Reichskanzler und mehrfacher Außenminister der Republik nicht nur an den Idealen der schwarz-rot-goldenen Paulskirche orientiert war, sondern weiterhin Kaiser und König treu bleiben wollte und den Kronprinzen laufend über seine Politik unterrichtete.

Mit der Formulierung von Grundrechten knüpfte die Weimarer Verfassung ausdrücklich an die Frankfurter Verfassung der Paulskirche an. Gleichfalls wie 1849 waren 1919 die Reichsfarben schwarz-rot-gold; 1922 führte Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied als offizielle Nationalhymne ein.

Scheidemann, den Ebert zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der "Weimarer Koalition" ernannt hatte, trat bereits im Juni 1919 zurück, da er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollte. Die Hypothek des Ersten Weltkrieges, von der Rechten mit der Dolchstoßlegende abgetan, lastete schwer auf der ersten deutschen Republik und konfrontierte sie mit schwierigen außenpolitischen Fragen.

So sah Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vor, den die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs schon am 12. November 1918 verkündet hatte.

Die deutschsprachigen Bewohner des alten Österreichs hatten sich auch noch nach 1866 als Deutsche gefühlt. Wenn es nur nach dem Willen des Volkes gegangen wäre, wäre eine Entwicklung zu einem demokratisch-republikanischen Großdeutschland möglich gewesen. Denn nach dem politischen Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates hätten die deutschen Österreicher Deutsche werden können.

Obwohl ... Wilson eine Grenzziehung nach klar erkennbaren Sprachgrenzen im Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprochen hatte, wurde weder auf die deutsche Volks- und Sprachzugehörigkeit der Südtiroler Rücksicht genommen noch auf die der Sudentendeutschen, die sich vielmehr als nationale Minderheit in einem Staate wiederfanden, in dem sich die Tschechen die Rechte eines Mehrheitsvolkes anmaßen.

... Am 6. September 1919 erklärte der Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Ergebnisse von St. Germain vor der Nationalversammlung in Wien: "Deutsch-Österreich wird nie-

mals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."

In der gleichen Sitzung legte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich gegen die Einbeziehung der Deutschen Böhmens und Mährens, deren Siedlungsgebiet von Deutsch-Österreich als eigenes Bundesland reklamiert worden war, in die neue CSR Verwahrung ein. Die Siegermächte von Versailles setzten sich über die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes durch die Deutschen hinweg.

Dennoch blieben die dem Versailler Friedensvertrag entgegenstehenden Bestimmungen in Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung als Bekenntnis zum Ziele der nationalen Weiterentwicklung formell stehen, wurden also nicht aufgehoben, sondern ruhten nur, d.h. sie blieben infolge des Nichtigkeitsprotokolls vom 23. September 1919 unwirksam.

In der Zweiten Republik Österreich, dem Beispiel für das Wiedererstehen eines untergegangenen Staatswesens, hießen die Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht mehr Deutsche, sondern Österreicher. Lediglich die deutschsprachigen Bewohner Südtirols, das politisch bis 1919 zu Österreich gehörte, bezeichnen sich heute noch als Deutsche, nicht als Österreicher. ...<<

3. Was verhinderte die völkerrechtliche Souveränität der Weimarer Republik?

Deutschland zählte seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassische Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt.

Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc., zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Für die Deutschen waren die Jahre von 1918-1933 letzten Endes nur 15 Jahre der Unfreiheit und der eingeschränkten Selbstbestimmung.

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die Bevormundung der "Weimarer Republik" (x337/148): >>Nach Versailles unterstand Deutschland tatsächlich einer dezenten Besetzung. Deutschlands Unabhängigkeit war damals so vorgetäuscht wie zum Beispiel heute diejenige des Irak.

Eine Regierung, eine Flagge und eine Nationalhymne, das alles hat es gegeben, aber nicht die Fähigkeit, eigenständige Lösungen zu entwickeln. England und die USA konnten in Deutschland tun und lassen, was sie wollten, und wir können das Ergebnis sehen: endlose Wahlen, Hitlers vorzeitige Entlassung aus der Haft und dann seine Ernennung zum Kanzler. Zwischen 1918 und 1933 geschah in Deutschland nichts auf Geheiß der Deutschen selbst. ...<<

Die Weimarer Republik zählte damals zwar völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, aber die maßgeblichen Politiker versuchten trotz alledem, die Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen - Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ruhrbesetzung etc. -. Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte.

4. Wieso war die Weimarer Verfassung keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes?

Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der

erstmalig auch Frauen wählen durften, erhielten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches trat damit in Kraft.

Die Staatsangehörigkeit richtete sich nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder - Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc. -.

Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs - Artikel 61 Absatz 2 – und die Inanspruchnahme von weiteren Selbstbestimmungsrechten der Deutschen wurde auf Grund des Versailler Vertrages von den Siegermächten verboten.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals bereits von Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. Die Weimarer Republik hatte kein unbeschränktes Recht auf Selbstbestimmung und konnte deshalb nur begrenzt über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen des Landes entscheiden. Die Weimarer Republik verfügte aufgrund des Versailler Friedensbestimmungen nicht eigenständig über alle natürlichen Reichtümer und Existenzmittel des Landes, sondern die Deutschen wurden systematisch ausgeraubt.

5. Weshalb ging es bei den Pariser "Friedensverhandlungen" nicht um einen gerechten Frieden?

Der französische Marschall Ferdinand Foch schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>> Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...

Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<

Am 18. Januar 1919 wurden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt wurden, nahmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällte schließlich nur der "Rat der Großen Vier", der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando bzw. der "Rat der Großen Drei" - ohne Orlando. Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" - Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien - und Sowjet-Rußland schloß man von allen Verhandlungen aus.

Ogleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Georges Clemenceau, der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau - Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges" - war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Der französische Minister- und Kriegspräsident Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebte, erklärte später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.

Lloyd George erklärte damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leidenenschaften des Krieges vergessen haben. ...<<

Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.

Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden - ohne "Sieger und Besiegten". In erster Linie wollte man das Deutsche Reich - wie z.B. 1648 - vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.

Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so böse und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden.<<

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

Der französische Schriftsteller und Kritiker Anatole France (1844-1924, eigentlich Jacques-Anatole Thibault) schrieb später über den Versailler Vertrag (x340/198): >>... Der fürchterlichste aller Kriege hatte einen Friedensvertrag zur Folge, der kein Vertrag des Friedens ist, sondern die Fortsetzung des Krieges. Europa wird daran zugrunde gehen, wenn es nicht die Vernunft zu seinem Ratgeber wählt.<<

Als US-Präsident Wilson, der vermeintliche "Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte, seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes. Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampflös und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa.

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>... Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.

Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.

Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.

Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. ...

Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<

Ein anderer US-Konferenzteilnehmer berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident Wilson hatte die Ärmel hochgekrempt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.

Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...

Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später.

Wilson bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...

In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... das Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut des Vertrages zugehen

zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.

Die nordamerikanische Weltkriegsteilnahme und die erstmalige Beteiligung an der Europa- und Weltpolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178). Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten. Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrecht war.

Im September 1916 hatte die französische Regierung ... beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.

Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schrieb später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.

Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.

Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.

Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.

Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.

Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.

Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige englische, französische und deutsche Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-196,199): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind. ...

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates, womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war; doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens von rund 10 Milliarden Goldmark ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft. ...<<

>>... Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni -

dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag". ...<<

Der deutsche Gymnasiallehrer Matthias Schickel schrieb am 21. Juni 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung über den Versailler Vertrag (x887/...): >>"Laßt uns den Frieden diktieren"

Wie die US-amerikanischen Republikaner den Versailler Vertrag beeinflussten

Ein "Buch des Friedens", wie der französische Premierminister George Clemenceau in seiner Ansprache an die deutsche Delegation in Versailles am 7. Mai 1919 den Vertragstext genannt hatte, ist das Werk der Siegermächte des Ersten Weltkriegs bekanntlich nicht geworden. Um so mehr scheint es daher geboten, das Werk der alliierten und assoziierten Mächte einer sachlich-nüchternen Würdigung zu unterziehen und die Schwierigkeiten, die sich aus der Beendigung des Krieges und der Herstellung eines Friedenszustandes ergeben haben, nicht zu unterschlagen.

Das Dilemma der Siegermächte brachte der spätere 31. US-amerikanische Präsident Herbert Hoover (1929-1933) auf den Punkt: "Wenn die Welt Frieden haben will, dann muß sie sich zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Deutschland entweder in eine solche Armut und politische Entmachtung stürzen, daß jegliche Fähigkeit zur Initiative verlorengelht und der deutsche Genius ausgelöscht wird; oder aber man gewährt Deutschland Friedensbedingungen, die einer demokratischen Regierung unter Präsident Ebert die Möglichkeit einräumen, als friedliebende Nation in die Menschheitsfamilie zurückzukehren. Wenn dies jedoch nicht getan wird, dann werden zwangsläufig entweder die finsternen Militaristen zurückkehren oder die ebenso gefährlichen Kommunisten die Macht übernehmen - beide mit Aggression in den Herzen."

In der aufgeheizten Atmosphäre der Friedenskonferenz hatten sich allerdings nur wenige alliierte Staatsmänner und Diplomaten einen von Emotionen weitgehend ungetrübten Blick bewahren können - zu groß waren die während des Krieges geweckten Leidenschaften und die an den Frieden gerichteten Erwartungen gewesen. So betrachtete man dann schließlich nicht nur in Deutschland den Friedensvertrag zu Recht vielfach als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Was war aber geblieben von der Vorstellung eines gerechten Friedens ohne Sieger und Besiegte, von den liberalen Prinzipien, die der auf den ersten Blick wohl mächtigste Mann der Welt, der 28. US-amerikanische Präsident Thomas Woodrow Wilson (1913-1921), in seinen bekannten 14 Punkten am 8. Januar 1918 verkündet hatte?

Die Hoffnungen der Reichsdeutschen und Österreicher waren 1918/19 in erster Linie auf diese Friedensbotschaft Wilsons gerichtet gewesen. Und bis heute existiert zumindest unterschwellig das Gefühl, daß die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich einen gerechteren und milderen Frieden gewährt hätten. Nicht zuletzt speist sich diese Auffassung aus der Tatsache, daß die USA den Versailler Vertrag bekanntlich nicht ratifiziert hatten. Doch diese wohlwollende Annahme läßt sich so nicht aufrechterhalten.

Zwar führte Präsident Wilson die stärkste - und kriegsentscheidende - Macht des Weltkrieges an der Seite der Entente zum Sieg über die Mittelmächte, doch diese Stärke war innenpolitisch nach den Kongreßwahlen vom November 1918 bereits in Frage gestellt: "Unsere Verbündeten und unsere Feinde und Herr Wilson selbst sollten sich alle klar darüber sein, daß Herr Wilson gegenwärtig keinerlei Autorität besitzt, im Namen des US-amerikanischen Volkes zu spre-

chen. Sein Anspruch auf die Führerschaft ist gerade nachdrücklich zurückgewiesen worden", - so der vormalige 26. US-amerikanische Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) am 27. November 1918. Damit seien auch die 14 Punkte des Präsidenten, so Roosevelt weiter, hinfällig geworden, ja sie hätten jeden Anspruch verloren, "Ausdruck des Willens des amerikanischen Volkes zu sein".

Der vormalige Präsident schwächte mit dieser Aussage nicht nur die Position Wilsons bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen, er signalisierte damit den alliierten Partnern in Paris auch, daß die aus den Kongreßwahlen im November 1918 hervorgegangene neue republikanische Mehrheit in beiden Häusern einen möglichst harten Frieden im Sinne der Franzosen befürworten und unterstützen werde. Bereits im Oktober hatte Roosevelt in einem Telegramm an den einflußreichen Senator Henry Cabot Lodge seine Vorstellungen von Friedensverhandlungen mit Deutschland dargelegt: "Let us dictate peace by the hammering gun" (Laßt uns den Frieden mit einem hämmernden Geschütz diktieren).

Die Mehrheit der Republikaner war zwar keineswegs überwältigend - im Senat standen 47 Demokraten 49 Republikanern gegenüber - doch sie genügte, um die entscheidenden Ausschüsse des Senats in republikanische Hände zu bringen. In besonderem Maße war dies für die US-amerikanische Außenpolitik von Bedeutung, denn jeder Vertrag zwischen den USA und einer dritten Macht bedarf der Ratifizierung mit Zweidrittelmehrheit durch den Senat. Als daher der US-amerikanische Präsident am 3. Dezember 1918 auf der "George Washington" zu den Friedensverhandlungen nach Europa aufbrach, lag das Schicksal des Friedenswerkes bereits in den Händen des US-amerikanischen Senats.

Zudem mußte sich in Paris erst einmal erweisen, ob Wilsons Konzept einer neuen und besseren Weltordnung den Realitäten einer Friedenskonferenz gewachsen war. Als zentrales Anliegen betrachtete der Präsident die Schaffung einer "League of Nations", eines Völkerbundes, der eine radikale Abkehr von den Erfahrungen und den Regeln der Alten Welt darstellte. Das neue System sollte auf den von Wilson für richtig und für universell gültig erachteten US-amerikanischen Prinzipien von Freiheit und Menschenrechten beruhen. Eine Staatengemeinschaft, unterworfen der Herrschaft des Rechts und der Moral, würde in Zukunft die Sicherheit und die Freiheit ihrer Mitglieder achten und wahren.

Die Einführung der Demokratie und die Durchsetzung des Prinzips der Selbstbestimmung könnten jeden Konflikt entschärfen und, da es für die Völker der Welt kein höheres Gut als den Frieden gebe, Kriege für die Zukunft ausschließen. Die europäischen Verbündeten, allen voran die Franzosen, standen dem missionarischen Idealismus Wilsons jedoch skeptisch gegenüber.

Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 traten die Bedenken der Alliierten gegenüber der von Wilson so vehement vertretenen Idee der kollektiven Sicherheit offen zu Tage. Die Franzosen, traumatisiert nach den Kriegen 1870/71 und 1914-18 gegen Deutschland, sahen die Gefahr, ihre nationale Sicherheit auf dem Altar allgemeiner und unverbindlich scheinender Prinzipien des Völkerbundes opfern zu müssen. Für sie konnte daher nur ein Völkerbund in Frage kommen, der ihren Sicherheitsvorstellungen Rechnung trug - und das hieß, den Völkerbund zu einem Instrument der Sieger umzubauen, mit dem Ziel, das Deutsche Reich dauerhaft niederzuhalten.

Die Machtverhältnisse am Ende des Krieges sollten mit Hilfe der internationalen Völkergemeinschaft zementiert werden. Die Stärkung des Völkerbundes bedeutete daher keinesfalls eine Stärkung des Gedankens einer internationalen Zusammenarbeit, sondern die Aufrechterhaltung der Frontstellungen des Weltkriegs.

Die Briten, vor allem aber die US-Amerikaner waren allerdings nicht willens, sich durch einen "französischen" Völkerbund dauerhaft außenpolitisch binden zu lassen und damit wesentliche Teile ihrer nationalen Souveränität aufzugeben.

Die US-amerikanischen Republikaner um Henry Cabot Lodge hatten frühzeitig deutlich gemacht, daß sie nicht bereit wären, einen Völkerbund mitzutragen, der entscheidende Rechte des US-amerikanischen Kongresses berühren und mit den Traditionen der US-amerikanischen Außenpolitik brechen würde: Neben der grundsätzlichen Empfehlung George Washingtons, sich "verstrickender Allianzen" mit den Europäern zu enthalten, war es vor allem die sogenannte Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823, die den Einfluß der europäischen Kolonialmächte zurückdrängen und gleichzeitig die Hegemonie der Vereinigten Staaten über Nord- und Südamerika ermöglichen sollte, welche die Republikaner in Gefahr sahen.

Am 28. Februar 1919 ergriff Henry Cabot Lodge im Senat das Wort und warf Präsident Wilson vor, hektisch auf die Installation eines Völkerbundes zu dringen, wo es doch viel wichtiger sei, einen Frieden mit Deutschland zu schließen, der "solche Bedingungen enthalten müsse, daß Deutschland gehindert werden würde, jemals wieder einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen".

Da sich Frankreich so mutig den "deutschen Horden" gestellt und die Last des Kriegs weitgehend allein getragen habe, sollte Frankreichs Sicherheit unbedingt garantiert werden. So müßten die "barrier states" der Polen, der Tschechen und der Jugoslawen unterstützt werden und Frankreich Elsaß-Lothringen erhalten. Dies sei um so wichtiger, als Deutschland bereits wieder sein Haupt erhebe: "Deutschland ist schon wieder eine Bedrohung, und der einzige Grund für einen großen Krieg liegt in der Geschichte und in der Zukunft Deutschlands. Es muß jetzt so angekettet und gefesselt werden, daß es nie wieder eine Bedrohung für den Weltfrieden werden kann."

Wenige Tage nach der Rede von Lodge brachten die Republikaner in den Senat eine Resolution mit der Aufforderung ein, der Völkerbundsatzung in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern. Die einflußreichsten Männer der republikanischen Partei, Lodge, Knox und Harding hatten diesen sogenannten "round robin", eine Erklärung, bei der alle Unterschriften kreisförmig angeordnet werden, unterschrieben.

Von den 96 Senatoren unterstützten insgesamt 37 diesen Antrag und sprachen sich gegen die Völkerbundsatzung aus. Damit verfehlte Präsident Wilson eindeutig die für die Ratifikation nötige Zweidrittelmehrheit im Senat.

Der Präsident war zum Nachverhandeln in Paris gezwungen und stand vor dem fast unlösbaren Dilemma, den Franzosen eine Schwächung des Völkerbundes zuzumuten, die ohnehin die Kraftlosigkeit des Völkerbundes fürchteten. In dieser Phase war Wilson notgedrungen bereit, deutliche Abstriche an seinem ursprünglichen Friedensprogramm hinzunehmen, um nur ja die Zustimmung der Alliierten zum Völkerbund zu erhalten.

Die "dunkle Periode" der Friedensverhandlungen begann: Die Frage nach den Grenzen Deutschlands und damit auch die Klärung des Schicksals Ostpreußens, Danzigs, der Saar und des Rheinlandes, die Festlegung der von Deutschland zu leistenden Reparationen, die Abrüstungsbestimmungen, die künftige Politik gegenüber Sowjetrußland sowie die Berücksichtigung der italienischen und japanischen Ansprüche - all diese Probleme gerieten jetzt zwangsläufig in das Gravitationsfeld der Verhandlungen um eine überarbeitete Völkerbundsatzung.

Vor allem Clemenceau versteifte sich nun unerbittlich auf die Umsetzung der territorialen Ansprüche Frankreichs und seiner Verbündeten in Osteuropa: "Die Deutschen sind ein serviles Volk, das den Zwang braucht ... Es gibt zwar in Deutschland den heftigsten Widerstand gegen die Übergabe Danzigs an Polen, doch um das historische Verbrechen, das an Polen begangen worden ist, wiedergutzumachen, sind wir verpflichtet, diese Nation auferstehen zu lassen und ihr auch die Möglichkeiten zu geben, selbständig zu leben."

Das Dilemma des gesamten Friedens von Versailles lag offen da. Ein Frieden, wie er Clemenceau vorschwebte, bedeutete notgedrungen nicht nur die Abkehr von den Prinzipien Wilsons, sondern mußte sich zudem auch noch auf die Bajonette der Alliierten stützen, um Deutschland

dauerhaft niederzuhalten. Ein System aus territorialer Amputation in Ost und West, wirtschaftliche und militärische Schwächung sowie politische Isolierung des Deutschen Reiches sollten den Rahmen der Friedensordnung bilden.

Zugleich würde Deutschland, wie der südafrikanische General Smuts meinte, trotz eines harten Friedens "ein dominanter Faktor in Europa bleiben, und es wäre närrisch zu glauben, man könne die Welt ohne seine Mithilfe neu errichten".

Doch diese Lektion mußte Europa noch lernen. Angesichts der innen- und außenpolitischen Zwänge, denen die Akteure unterlagen - Angst vor einem übermächtigen Nachbarn und Angst vor Souveränitätsverlust - könnte man den Versailler Vertrag fast einen "tragischen Frieden" nennen.

Das Schlußwort, das in seiner Weitsicht prophetisch anmutet, soll dem jungen US-amerikanischen Diplomaten William Christian Bullitt überlassen bleiben, welcher der US-amerikanischen Friedensdelegation angehört hatte und der am 17. Mai 1919 dem Präsidenten seinen Rücktritt als Delegierter mit den Worten erklärte:

"Unsere Regierung hat zugestimmt, daß die leidenden Völker dieser Welt neuen Unterdrückungen, Ausbeutungen und Teilungen unterworfen werden ... Ungerechte Entscheidungen der Konferenz hinsichtlich Tsingtaus/Schantungs, Tirols, Ungarns, Ostpreußens, Danzigs und der Saar machen neue internationale Konflikte unausweichlich - ein neues Jahrhundert des Krieges steht uns bevor."<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen des deutschen Politikers Matthias Erzberger (x878/...): >>... Hatte doch US-Präsident Wilson im letzten seiner 14 Punkte zum Friedensprogramm vom 8. Januar 1918 die Errichtung eines Völkerbundes gefordert. ...

Es kam anders, wie man im Nachhinein weiß. Die Alliierten hörten niemand an und ließen keinerlei Argumente gelten. Der Waffenstillstand, dem - um das zu wiederholen, die Oberste Heeresleitung zustimmte, um dann den Anschein zu erwecken, als hätte sie mit der Sache nichts zu tun - hatte aus der Sicht der Alliierten vor allem den Zweck, ein deutsches Aufbegehren, einen erneuten Widerstand nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen zu verhindern. ...

Der Waffenstillstand war ein einseitiges Diktat. Beim Versailler Frieden war es genauso. Die deutsche Delegation, die zu Verhandlungen erst gar nicht zugelassen wurde, wurde außerhalb von Versailles festgehalten und festgesetzt - hinter Stacheldraht! ... Die Entente war nicht bereit, Deutschland einen maßvollen Frieden zu gewähren, wie etwa Frankreich 1815.

Ein maßvoller Frieden wäre theoretisch die eine Möglichkeit gewesen. Aber Deutschland, das im Krieg 4 Jahre lang gegen den Rest Europas standgehalten hatte und erst durch das Eintreten der außereuropäischen Macht USA niedergerungen werden konnte, war schlicht zu mächtig. Das europäische Gleichgewicht war nachhaltig gestört. Dieses geballte Potential mitten in Europa mußte aus Sicht der Entente-Mächte und Rußlands bis 1917 irgendwie entschärft, der Kraftklotz gebändigt werden. Ein Verständigungsfrieden hätte aus Sicht der Entente tendenziell eine deutsche Hegemonie in Europa bedeutet. Das wollten weder Frankreich noch England - unter gar keinen Umständen.

Die andere Möglichkeit war, Deutschland so zu schwächen, daß es auf absehbare Zeit kein entscheidender Machtfaktor mehr werden konnte. Das konnte am besten durch eine Teilung des Deutschen Reiches erreicht werden, das ja erst knapp ein halbes Jahrhundert zuvor geschaffen worden war. Die Teilung war die politische Logik, eigentlich Notwendigkeit, wenn ein Verständigungsfrieden nicht möglich war. Das hat mit politischer Moral, angeblicher Bösartigkeit der Deutschen, Kriegslüsterheit und Militarismus, deutscher Kriegsschuld etc. überhaupt nichts zu tun.

Wie wir heute wissen, gab es solche Teilungspläne bei den Entente-Mächten. Verwirklicht

wurden sie dann nach dem 2. Weltkrieg mit dem insgeheimen Einverständnis der europäischen Mächte. Man denke nur an den Widerstand von Frau Thatcher und anderer gegen die Wiedervereinigung 1990! ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 2009 über die Pariser Friedenskonferenz (x887/...): >>Keim des Zweiten Weltkriegs

Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz

Nachdem die Mittelmächte im November 1918 ihre Kriegsgegner um Waffenstillstand und Frieden gebeten hatten, trat am 18. Januar 1919 in Paris eine Friedenskonferenz zusammen. 32 Staaten, die sich als Sieger fühlten, kamen zusammen, um ihre Forderungen nach Reparationen und wohl auch Kriegsbeute gegen die unglücklichen Verlierer zu beraten. Die Verliererstaaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, waren zu den Beratungen nicht zugelassen, weswegen man auch von einer Konferenz der Siegermächte statt von einer Friedenskonferenz sprechen könnte.

Die Ergebnisse sollten den Verlierern später diktiert werden. Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf - auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:

1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.
2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.
3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer. Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.
4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.
5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen.

Daneben standen noch die Einzelinteressen der "Siegermächte".

Großbritannien wollte die deutsche Handels- und Kriegsflotte liquidieren. Es wollte allerdings auch keinesfalls eine französische gegen die so mühsam beseitigte deutsche Festlandsdominanz eintauschen. Die britischen Kriegsschulden in den USA wollte man auf Deutschland abwälzen.

Frankreich stand hier im Gegensatz zu Großbritannien, weil es genau die 1814/1815 beziehungsweise 1871 verlorene Festlandsdominanz zurückerwerben wollte. Gleich England wollte man die französischen Kriegsschulden in den USA an Deutschland "weiterreichen". ...

Einigkeit konnten die Alliierten bald über die finanziellen Forderungen erzielen. Die Summe der Forderungen wurde immer weiter angehoben, um alle zu befriedigen.<<

6. Warum löste die Bekanntgabe der "Friedensbedingungen" bei den Deutschen großes Entsetzen aus?

Am 7. Mai 1919 empfing Clemenceau die deutsche Friedensdelegation erstmals im Verhandlungssaal in Versailles (x073/69): >>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!

Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.

Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... Wir sind aber einmütig entschlossen, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechnete Genugtuung zu erlangen. ...<<

Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Sprecher der deutschen Delegation, antwortete daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen das Übermaß des Hasses, der uns entgegenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.

Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<

Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" war die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" sollte offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wußten, daß die Deutschen den Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht bewußt bzw. nicht vorsätzlich verschuldet hatten, wurde in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.

Der SPD-Vorstand rief am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereint eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<

Reichsminister Erzberger erklärte am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<

Der nordamerikanische Journalist Villard berichtete über die damalige deutsche Nachkriegsstimmung (x063/522): >>In gutem Glauben hatten sie sich übergeben; sie hatten die Bedingungen des Waffenstillstands angenommen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ehre zum Pfand gaben, daß der Friede auf den 14 Punkten ruhen werde. Sie waren bereit, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Hatten sie nicht den Preis gezahlt? Und schließlich, waren sie nicht auch Menschen?

Rasch wurde diese glorreiche Gelegenheit, Europa auf edlen und dauernden Grundlagen wieder aufzubauen, über Bord geworfen. Auch der ungeübteste Beobachter konnte sehen, wie die deutsche Nachkriegsstimmung sich änderte, hinwegschmolz und verflog, vielleicht um nie wiederzukehren ...<<

Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnte die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.

Ministerpräsident Philipp Scheidemann erklärte im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780): >>Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlichte am 28. Juni 2009 den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trug jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>**Dieser Vertrag ist unannehmbar!"**

von Philipp Scheidemann

Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)

Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Macht-hunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"

Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)

Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?

Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsternen Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)

Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.

Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhaftes Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!

Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer

wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!

Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

"Deutschland aus der Welt wegzuradiieren"

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben ..., ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zu Gunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."

Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"

O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradiieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."

Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)

Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschatz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen

zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!*)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)

Und nun genug! Übergenug!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Aufblodern chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und

erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbniß der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutsch-Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)

Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*lebhafteste Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)

Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde!

Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!

Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhafteste Zustimmung*)

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!

Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhafteste Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundheit führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!

Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schaudernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)<<

Der deutsche Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach erklärte am 12. Mai 1919 während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung (x063/527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<

Der britische Politiker Philip Snowden schrieb am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde ...

Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.

Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<

Aufgrund der französisch-britischen Friedensbedingungen traten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.

US-Attaché William Bullitt, der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verließ, schrieb am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.

Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...

Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenkten.<<

Der südafrikanische Ministerpräsident Jan Smuts schrieb am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/197-198): >>... daß wir gegenüber den Deutschen unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<

Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Anerkennung der ungerechten Friedensbedingungen entschieden ablehnten, trat die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert blieb trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt. Die SPD-Fraktion beschloß danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.

Die Mehrheit der Nationalversammlung war am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten - Kriegs-

schuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte - bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnten den Friedensvertrag ab (x149/38).

Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärte Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528, x191/31): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!

Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ... Ich rufe auf zum Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...

Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<

>>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...

Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<

Der SPD-Politiker Paul Löbe erklärte vor der Nationalversammlung (x256/72): >>Wenn wir die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs.

Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein entrechtetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger.

Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. ...<<

Vor der Unterzeichnung erklärten Hermann Müller (1876-1931, deutscher Außenminister, SPD-Politiker und späterer Reichskanzler) und Johannes Bell (1868-1949, deutscher Reichsminister und Zentrumsolitiker) am 28. Juni 1919 (x065/371): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die (deutsche) Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<

Abgeordnete der Zentrumsfraktion rechtfertigten am 9. Juli 1919 die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles (x149/38): >>... Es geschieht nicht aus freiem Willen oder innerer Überzeugung, es geschieht lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gibt, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

Das Reich wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen; aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen oder wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabweisbare Notwendigkeit.<<

Die Nationalversammlung bestätigte am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wurde danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.

Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade von November 1918 bis Juli 1919 verhungerten

mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x321/8):

>>Das Vertragswerk von Versailles war nur das Werkzeug zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. ... Das was nicht der Friede der 14 Punkte Wilsons, der mit der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 3. November 1918 feierlich zur Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen geworden war. Im Vertrauen auf die Heiligkeit der Verträge hatte Deutschland damals die Waffen niedergelegt und die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Jetzt sah es sich in seinem Vertrauen getäuscht, den Vorfriedensvertrag von den Siegermächten schnöde gebrochen und damit die zwischenstaatliche Ordnung für alle Zukunft erschüttert, Gewalt an die Stelle des Rechtes gesetzt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages (x887/...): >>Der Krieg ging weiter

"Folterung eines ganzen Volkes": Das Menetekel des 20. Jahrhunderts wird 80

Am 28. Juni jährt es sich zum 80. Male, daß der erste Abschnitt des - um eine Diktion der britischen Premierminister Winston Churchill und John Major aufzugreifen - "Dreißigjährigen Krieges" gegen Deutschland mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages abgeschlossen wurde.

Im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, den die Sieger ausgesucht hatten als historischen Ort, an dem 1871 das Deutsche Reich proklamiert worden war, mußten Reichsaußenminister Hermann Müller und Reichsjustizminister Johannes Bell den Vertrag unterschreiben, der, da es keinerlei Verhandlung gab, sondern die Deutschen nur zum Befehlsempfang antreten durften, gemeinhin und korrekt als "Diktat" bezeichnet werden muß.

Die Bedingungen, welche die Alliierten in 440 Artikeln bis ins Penibelste festgelegt hatten, waren teilweise von absurder Rigorosität, ja Brutalität. ...

Das Friedensdiktat von Versailles war in damaliger Zeit einmalig. Dergleichen Friedensverträge hatte es jedenfalls in der Neuzeit noch nie gegeben. ...

Zwar unterbreitete die Reichsregierung den in Versailles versammelten Siegermächten Gegenvorschläge, doch gab es keinerlei Verhandlungsspielraum. Sie wurden vom Tisch gewischt. Deutschland wurde eine kurze Frist gesetzt, um den Vertrag unverändert zu unterschreiben. Andernfalls wurden schärfste Strafmaßnahmen angedroht.

Als der Inhalt des Versailler Vertrages in Deutschland bekannt wird, schlagen die Wellen der Erregung hoch, und zwar in allen politischen Lagern, von ganz links bis ganz rechts. ...

Die Deutsche Nationalversammlung trat am 12. Mai 1919 zu einer besonderen Sitzung zusammen, um mit einer einmütigen Kundgebung aller Parteien, also auch der linken, gegen die "Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln", als die sie das Versailler Diktat ansahen, in schärfster Form zu protestieren. Sie wies die Zumutung, dem Diktat freiwillig zuzustimmen, als "feige und ehrlos" zurück. Und Philipp Scheidemann, SPD, erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, erklärte namens der Reichsregierung:

"Der schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dieser Friedensvertrag darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. ... Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt. ... Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Regierung unannehmbar."

Das Protokoll verzeichnet: "Minutenlang brausender Beifall im Haus und auf den Tribünen; die Versammlung erhebt sich; erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen."

Der liberale Abgeordnete Hausmann rief: "Dieser Vertrag ist eine neue Form langsamer Folte-

rung eines ganzen Volkes."

Der Zentrumspolitiker Fehrenbach sagte am Ende der Sitzung: "Der heutige Tag ist eine machtvolle, einheitliche, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. ... Den Frieden können wir nicht annehmen!"

Und er prophezeite hellsichtig, würde das Deutsche Reich gezwungen, den Vertrag zu unterschreiben, dann werden "unsere Kinder mit dem Willen erzogen werden, nicht nur die Hand zur Faust zu ballen, sondern die Sklavenketten zu brechen, die Schmach abzuwaschen". ...

Die Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Scheidemann trat aus Protest zurück. Die neu gewählte Regierung aber sah sich gezwungen, die Unterschrift zu leisten.

Das änderte nichts daran, daß sich in Deutschland alle politischen Kräfte in der Abwehr der Vertragsbedingungen einig waren. Vor allem der "Kriegsschuldparagraph" stieß auf wütende Ablehnung. ...

Am 29. August 1924 widerrief die deutsche Reichsregierung die erzwungene Kriegsschuld-Anerkennung.

Am 30. Januar 1925 erklärte der liberale Reichskanzler Hans Luther: "Die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden, solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird und sich nicht das ganze Ausland von der Unrichtigkeit der Anklagen überzeugt, das deutsche Volk habe durch seinen Angriff den Weltkrieg entfesselt."

Die Reihe solcher Stimmen ließe sich beliebig verlängern; alle deutschen Regierungen, alle Parteien waren sich einig in der Ablehnung. Weil aber Deutschland politisch und militärisch ohnmächtig war, konnte niemand die Revision des Vertrages durchsetzen. ...

Diese Demokratie brach schließlich nicht zuletzt unter der Last der Reparationen und der permanenten Beschuldigungen zusammen.

Inzwischen ist es Allgemeingut bei allen Klarsichtigen geworden, daß es ohne den Versailler Vertrag in dieser Form keinen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote und die Versailler Friedensverhandlungen (x320/17-18): >>Die Konferenz

Es kommt zum Waffenstillstand und der Konferenz von Versailles, die in fataler Weise Geschichte schreiben wird. Die Versammlung leitet der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der die 14 Wilson-Punkte nicht anerkennt und die deutsche und die österreichische Konferenzdelegation von den Verhandlungen ausschließt. So verhandeln Briten, Franzosen, Amerikaner, Belgier, Polen und weitere 22 Siegerstaaten geschlossen unter sich. Sie beschließen die Abtrennung deutscher Gebiete und die Geld- und Sachreparationen, die Deutschland an sie abtreten, zahlen oder leisten soll. Sie legen die nach Versailles benannte Nachkriegsordnung für Europa zu alleinigen Lasten der Besiegten fest.

Am 7. Mai 1919 werden die von den 27 Siegerstaaten festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreicht sie mit den Worten: "Die Stunde der Abrechnung ist da." Die Bitte der deutschen Delegation, den "Vertrag", den sie nun unterschreiben soll, vorher verhandeln zu können, wird abgelehnt. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger darauf, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.

Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl an Land- und Bevölkerungsabtretungen: das zu 88 Prozent deutschsprachige Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen, fast das ganze, zu 70 Prozent deutschsprachige Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelgebiet an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die

Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die Städte Eupen und Malmedy an Belgien sowie Danzig und Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt außerdem das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft.

Mehr als die Landverluste schmerzen die erzwungenen Bevölkerungsabtretungen. Die Ausgliederung von sieben Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien, zumeist an England. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 in der Marine reduziert. Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und seiner Goldreserven an die Sieger übergeben, dazu einen Großteil seiner jährlichen Eisenerz- und Kohleförderung, Unmengen von Nutzvieh sowie Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Geldzahlungen sind exorbitant und über 70 Jahre zu begleichen.

Deutschland wird diese, wie sich später zeigen wird, nie in voller Höhe zahlen können. ...<<

Der Vertrag von Versailles trat am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigerte, den Vertrag zu unterzeichnen.

Da der US-Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund später beharrlich ablehnte, verlangte vor allem die beleidigte französische Regierung nur noch unnachgiebiger die Erfüllung der astronomischen, unbezahlbaren Reparationsverpflichtungen.

Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges verlor das Deutsche Reich insgesamt 70.580,4 Quadratkilometer bzw. 13 % seiner bisherigen Gebiete sowie 6,5 Millionen Einwohner bzw. 10 % der Bevölkerung und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.

Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen die bisherige Aufgabe der Deutschen als sogenannte "Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa übernehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden. Diese kurzsichtige und menschenverachtende Politik änderte nicht nur die Landkarten Ost-Mitteleuropas grundlegend, sondern sie bedeutete letztlich auch den ersten Schritt zur Liquidation der jahrhundertealten deutschen Ostsiedlung. Nach dem Versailler Vertrag mußte das Deutsche Reich zwangsweise auf folgende Gebiete verzichten:

Gebietsabtretungen (ohne Volksabstimmung):

1. Frankreich übernahm Elsaß-Lothringen.
2. Eupen und Malmedy mußten an Belgien abgetreten werden.
3. Polen erhielt nahezu die gesamte Provinz Posen und rd. 75 % der Provinz Westpreußen. Der "Polnische Korridor" trennte die preußische Provinz Ostpreußen danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, vom übrigen Deutschen Reich.
4. Danzig wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.
5. Das Memelland erhielt am 4. Oktober 1920 zwar eine französische Besatzungsmacht, wurde später aber gewaltsam durch Litauen besetzt und nach Zustimmung des Völkerbundes annektiert.
6. Teile Niederschlesiens - das Hultschiner Ländchen mit seinen großen Kohlevorkommen - mußte man der Tschechoslowakei überlassen.

Abtretungsgebiete mit Volksabstimmung:

1. Nordschleswig fiel an Dänemark - 75 % der Bevölkerung stimmten gegen das Deutsche Reich.
2. Oberschlesien fiel an Polen, obgleich sich 59,6 % der Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden. Oberschlesien wurde nach der Volksabstimmung kurzerhand

gewaltsam durch polnische Truppen besetzt und das Deutsche Reich mußte gemäß Entscheidung des Völkerbundes vom 20. Oktober 1921 die wertvollsten Teile der östlichen oberschlesischen Industriegebiete abtreten. Diese ungerechte Entscheidung stellte ebenfalls einen schwerwiegenden Vertragsbruch der Siegermächte dar.

Durch die Abtretung der östlichen Teile des oberschlesischen Industriegebietes - Kattowitz, Königshütte, Lublinitz, Myslowitz, Pleß, Rybnik, Tarnowitz und von anderen wichtigen Industriestandorten - verloren die Deutschen unersetzliches Volksvermögen und riesige, erschlossene sowie leicht abbaubare Steinkohlevorkommen - die mächtigen Flöze waren häufig bis zu 15 m stark. Von den 62 oberschlesischen Kohlebergwerken übernahm Polen 49! Das Deutsche Reich mußte den Polen außerdem alle 23 Zinkwerke und 11 oberschlesische Zinkminen, die damals ca. 18 % der gesamten Zink-Weltproduktion erzeugten, ohne Entschädigung überlassen (x019/95).

Ausbeutung von deutschen Kohlengruben

Frankreich erhielt das Recht, die wertvollen Kohlevorkommen an der Saar auszubeuten. Die linksrheinischen Gebiete der preußischen Rheinprovinzen dienten als "Bürgschaft" und wurden in 3 Besatzungszonen mit 7,2 Millionen Einwohnern eingeteilt. Die linksrheinischen Gebiete sollten bei pünktlicher Vertragserfüllung nach 5-15 Jahren Militärbesatzung geräumt werden (x041/82). Das Deutsche Reich mußte selbstverständlich auch die gesamten Besatzungskosten tragen.

Sonstige Enteignungen

Das Deutsche Reich mußte auf alle deutschen Kolonien und die deutschen Rechte im Ausland - Patente, Überseekabel etc. - verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015).

Die Siegermächte beschlagnahmten bzw. liquidierten ferner zahlreiche deutsche Privatvermögen.

Der Erste Weltkrieg kostete dem Deutschen Reich etwa 1/3 seiner Kohlen-, 1/2 seiner Blei-, 2/3 seiner Zinkerz- und 3/4 seiner gesamten Eisenerzvorkommen (x054/188). Die Abtretung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie die Zwangsent eignung der wertvollen oberschlesischen Kohlenvorräte und modernen Schwerindustriebetriebe stellten das Deutsche Reich bereits ohne die noch zusätzlich zu erbringenden Wiedergutmachungsleistungen vor gewaltige, fast unlösbare wirtschaftliche Nachkriegsprobleme. Von 1914-22 verminderte sich das gesamte deutsche Volksvermögen von 310,0 Milliarden um 150,0-200,0 Milliarden Mark (x063/524).

Militärische Bestimmungen

Die personelle Stärke des deutschen Heeres wurde auf 100.000 Berufssoldaten reduziert, die Marine verfügte nur noch über 15.000 Mann. Die schwache Reichswehr konnte danach nirgends die Sicherung der Landesgrenzen gewährleisten, denn sie besaß keine schweren Waffen und keine Luftstreitkräfte. Diese Entwaffnungsbestimmungen wurden durch Militärkontrollkommissionen der Alliierten regelmäßig überprüft. Das linke Rheinufer wurde für 15 Jahre durch alliierte Truppen besetzt und das Rheinland entmilitarisiert. Den von beiden deutschen Staaten angestrebten Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich untersagte man.

Die Forderung, eine Armee aus langfristig dienenden Berufssoldaten aufzustellen, hatte später verhängnisvolle Konsequenzen. Die "Reichswehr" kapselte sich als Berufsheer schon bald von der Weimarer Republik ab und bildete einen "Staat im Staate". Die Reichswehr blieb zwar unpolitisch, entwickelte aber auch keine innere Bindung an die demokratische Republik.

Kriegsschuld und Reparationen

Der Artikel 231 des Vertrages erläuterte die Reparationen wie folgt (x061/411): >>Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind,

die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.<<

Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.

Die Höhe der Geldleistungen sollte erst später festgelegt werden, aber das Deutsche Reich wurde zum Schluß gezwungen, innerhalb von 30 Jahren für alle Schäden und Verluste der Siegerstaaten - einschließlich der hohen britischen und französischen Schulden gegenüber Nordamerika - aufzukommen. Das Deutsche Reich mußte sofort eine 1. Teilzahlung von 10,0 Milliarden Goldmark leisten und hatte zusätzlich gewaltige Sachleistungen zu erbringen: Alle Handelsschiffe über 1.600 BRT, 25 % der gesamten Fischfangflotte, 8.000 Lokomotiven, 230.000 Eisenbahnwaggons, 5.000 Kraftfahrzeuge, Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Kohle, Vieh usw. mußten an die Sieger abgeliefert werden (x061/411, x090/259, x175/154).

Sonstige Bestimmungen

Aufhebung aller Handelsverträge und Anerkennung von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden. Alle deutschen Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen und Flüsse wurden zu "internationalen Einrichtungen" erklärt (x041/83). Das entmündigte und gedemütigte Deutsche Reich mußte danach allen Nationen freie Durchfahrt und Nutzung gewähren.

7. Wer zwang die deutsche Regierung, den "Versailler Friedensvertrag" im Juli 1919 zu unterschreiben?

Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

Erst nachdem sich der US-Politiker Herbert Hoover (1874-1964, von 1929-33 nordamerikanischer Präsident) verstärkt für Deutschland einsetzte, durften Ende März 1919 wenigstens einige Schiffe der deutschen Fischfangflotte auslaufen.

Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ innerhalb von 5 Tagen die bedingungslose Anerkennung des Vertrages und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

In dieser Note der Siegermächte hieß es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...

Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb von 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. ... Sie haben sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und

für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<
>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<

8. Wie kam es zum völkerrechtswidrigen Abschluß des "Versailler Friedensvertrages"?

Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" und die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgten am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871). Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war zweifelfrei ein Racheakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA.

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>(Ich hatte) ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

US-Senator William E. Borah (1865-1940) erklärte während dieser Senatsdebatte (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<

Der Vertrag von Versailles trat am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigerte, den Vertrag zu unterzeichnen.

Da der US-Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund später beharrlich ablehnte, verlangte vor allem die beleidigte französische Regierung nur noch unnachgiebiger die Erfüllung der astronomischen, unbezahlbaren Reparationsverpflichtungen.

Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Diktat gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches) unter Druck gesetzt.

Der Versailler Friedensvertrag verstieß zweifelfrei gegen die damals geltenden Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc.) ebenfalls unwirksam.

9. Was führte dazu, daß der Versailler Vertrages im Deutschen Reich als "Schandvertrag" bezeichnet wurde?

Der Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die unmenschliche Hungerblockade, die ungerechte Verurteilung, die monatelange Erpressung und die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages säten nicht nur grimmigen Haß und tiefe Verbitterung, sondern dieser ungerechte Frieden erschütterte außerdem nachhaltig die Moralvorstellungen und Ideale des gesamten Volkes.

Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Versailler Friedensdiktates entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Aufgrund der im Versailler Vertrag festgelegten alleinigen Kriegsschuld Deutschlands wurde der "Friedensvertrag" von allen deutschen Parteien als "Diktat- und Schandfrieden" abgelehnt.

Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch.

Das Deutsche Reich blieb aufgrund der gewaltsamen Durchsetzung des Versailler Vertrages völkerrechtlich in seinen Grenzen von 1871 unverändert.

In einem "Spiegel-Interview" ("Der Spiegel" 5/1971 vom 25. Januar 1971) erklärte der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über den Versailler Vertrag (x358/16): >>>**Die Rache Frankreichs**
_ von Rüdiger Lenhoff

Die empörendsten Bestimmungen des Versailler Vertrages trugen die Handschrift der Pariser Politik. Auch nach Einstellung der Kampfhandlungen gingen die Franzosen systematisch gegen Deutsche vor.

Nicht nur die Ruhrbesetzung 1923, sondern auch die Vertreibung der Deutschen aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen 1918/19, das durch Versailles wieder an Frankreich gefallen war, zeigte, daß die feindselige Haltung der französischen Regierung gegenüber Berlin nach dem Krieg fortbestand.

Paris verfolgte entsprechend dem Dreiklang "purifier, centraliser, assimiler" eine Politik der ethnischen Säuberung, zentralistischen Erfassung und Zwangsassimilation. Die Behörden wurden von örtlichen Komitees unterstützt, die willkürlich gegen Deutsche in ihrer Nachbarschaft vorgingen und im Windschatten der großen Politik oft persönliche Rechnungen beglichen. Viele französische Aktivisten trieb auch ein allgemeines Rachegefühl wegen der Kriegsniederlage von 1871, in deren Folge vor allem deutschsprachige Teile Elsaß-Lothringens ans Deutsche Kaiserreich gefallen war.

Nachdem sich die Ausweisungspolitik zunächst nur gegen Angehörige der deutschen Funktionselite gerichtet hatte, traf es bald auch ganz normale Bürger. Die Behörden teilten die Bevölkerung nach Abstammungskriterien in vier Gruppen ein und etablierten damit ein Apartheidsystem. Besondere Repressionen mußten diejenigen über sich ergehen lassen, die zwischen 1871 und 1918 aus dem Inneren des Deutschen Reiches nach Elsaß-Lothringen gekommen waren.

In weniger als zwei Jahren wurden mehr als 100.000 Menschen teils mit roher Gewalt, teils mit anderen Methoden vertrieben und mußten dabei meist allen Besitz zurücklassen. Bloß mit Handgepäck flüchteten vor allem die sogenannten Altdeutschen zu Fuß in Richtung Rheinlinie bei Kehl. Zu den Begleiterscheinungen gehörten Boykottaufrufe, Enteignungen, Stigmatisierungen und maßlose Hetze. Deutsche Geschäfte wurden mit Schildern bestückt, auf denen "Maison d'un sale Boche" ("Haus eines dreckigen Deutschen") stand, Flugblätter forderten "Kauft nur bei Elsässern" und französische Zeitungen sprachen vom germanischen "Ungeziefer", das auszutilgen sei.

Besatzung an Rhein und Ruhr

Diese Wortwahl dürften viele der französischen Soldaten im Hinterkopf gehabt haben, die ab dem 11. Januar 1923 unter Befehl des französischen Generals Jean-Marie Degoutte zusammen mit belgischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Der Vorwand: Deutschland hatte die horrenden Reparationsforderungen des Versailler Vertrages - ein Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark - zwischenzeitlich nicht bedienen können.

Gegen die 30.000 bis 40.000 Besatzungssoldaten entwickelte sich eine Bewegung des passiven Widerstandes, die Kumpels legten die Arbeit nieder. Als am 31. März 1923 Arbeiter gegen die Beschlagnahmung von LKWs protestierten, eröffneten die französischen Soldaten das Feuer. Die Beisetzung der 13 Toten erfolgte am 10. April 1923 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung.

Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der französischen Okkupation wurde mit etwa vier bis fünf Milliarden Goldmark beziffert. Kein Wunder, daß die Reichsmark im Verlauf des Jahres 1923 durch eine Hyperinflation zerstört wurde und die Deutschen alle Ersparnisse verloren.<<

10. Wieso wurde die Kriegsschuld-Klausel des Versailler Vertrages von den meisten Deutschen als dreiste Geschichtslüge eingestuft?

Die Schuld der späteren Siegermächte, die eindeutige Kriegsziele, wie z.B. die Zerschlagung des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches, verfolgten und den Krieg wollten, war nachweislich wesentlich größer, als die Schuld der späteren Verliererstaaten, die nicht vorsichtig genug oder zu naiv waren, um die Katastrophe des Ersten Weltkrieges zu verhindern.

Bernhard Dernburg berichtete am 21. November 1914 in einer Artikelserie der damals auflagenstärkste US-Wochenzeitschrift "The Saturday Evening Post" über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x1.035/...): >>>Deutschland und England: das eigentliche Problem

England hat einen großen Seehandel erschaffen und enorme Besitzungen in Übersee erworben, und es fühlte sich in seiner Vormachtstellung sicher. Nur in Bezug auf die Vereinigten Staaten war es beunruhigt, die - bis Deutschland am Horizont als Großmacht auftauchte - von ihr behandelt wurden wie Deutschland vorm Kriege. Jetzt aber fühlte es, daß seine absolute Macht in Gefahr war.

Selbst in seinem eigenen Herrschaftsgebiet erzielt es einen sehr großen Anteil am Geschäft nur mit ausländischer Hilfe. Die meisten der großen Bankiers, von Rothschild abwärts, sind deutscher Herkunft; das gesamte englische Kreditwesen wäre zusammengebrochen, wenn die englischen Machthaber Baron Schröder nicht gezwungen hätten, innerhalb von vier Stunden englischer Staatsbürger zu werden; das Diamanten- und Goldgeschäft ist in den Händen von anglierten Deutschen; es gibt eine große Beteiligung im Bereich von Produktionsunternehmen. Die Engländer können ohne deutsche Angestellte nichts anfangen.

Deutscher Aufschwung als Problem für England

Ich erinnere mich an eine Rede des Vorsitzenden der Londoner Handelskammer, Lord Southwark, nicht länger zurückliegend als letzten Juni (1914), in der er sagte: "Ihr Deutschen überholt uns, weil ihr sechzehn Prozent mehr arbeitet als wir und weil ihr den Sonnabend nicht als Feiertag betrachtet."

Die Deutschen lernen sämtliche Sprachen, während Engländer dies sehr selten tun. Wenn ein Engländer einen Stenographen sucht, um einen portugiesischen Brief nach Brasilien zu schreiben, muß er sich einen deutschen Schreiber nehmen.

Die deutsche Handelsmacht wurde in der gesamten Welt durch die Tatsache begründet, daß die Deutschen mit den Leuten in deren eigener Sprache sprechen, deren nationale Gefühle respektieren und ihre nationalen Bedürfnisse herausfinden und an sie genau das liefern, was

sie zu erhalten wünschen. Der Deutsche sagt nicht "Wir können dies nicht tun" oder "Ihr müßt unsere Standards übernehmen", sondern führt sorgsam ihre Bestellungen aus, entsprechend den besten wissenschaftlichen Methoden und deshalb zum besten Preis.

Die deutsche Stahlindustrie hat, wegen ihrer verbesserten Methoden, einen großen Anteil am englischen Handel erlangt. Deutsche Maschinen sind, die Textilindustrie ausgenommen, effektiver als englische Maschinen. Der Bereich der elektrischen Industrie ist von England zugunsten Amerikas und Deutschlands vollständig aufgegeben worden.

Heute werden Farbstoffe über Amerika und Kanada zurück nach England verschifft. Deutsche eigenentwickelte Medikamente haben den Weltmarkt erobert, und die deutsche Konkurrenz ist überall zu spüren.

Sodann gibt es auch einen spürbaren Zuwachs an deutschen Schiffen, ungeachtet der Tatsache, daß praktisch sämtliche im Passagierbereich tätigen englischen Gesellschaften zur Hälfte pleite sind. Während die International Mercantile Marine Company die Zahlungen eingestellt hat und die großen Linienschiffe der Cunard Line nur durch Zuschüsse überleben können, wurde von Deutschland eine recht prachtvolle Handelsmarine aufgebaut mit Schiffen, die im Komfort und in der Größe jedes beliebige von Englands Werften vom Stapel gelassene Schiff übertreffen. Selbst in das Geschäft der Bedarfsschiffahrt, des Rückgrates der englischen Schiffahrt, sind die Deutschen in umfangreichem Maße vorgedrungen.

Während also der Handel von Großbritannien und Irland seit 1870 von zwei Milliarden Dollar auf fünfeinhalb Milliarden stieg, ist der Deutschlands von einer auf fünf Milliarden gestiegen - mit anderen Worten, während Deutschlands Handel jetzt das Fünffache dessen beträgt, was er im Jahre 1870 betrug, beträgt der englische Handel nur das Zweiundeinhalbfache des einstigen Umfangs. Für eine Handelsnation wie England ist dies eine sehr ernste Situation. Sie betrifft das Herzstück der Existenz der Nation.

Krieg gegen Deutschland als Lösung für England

Demzufolge stand Großbritannien vor der Alternative, bessere Arbeitsgewohnheiten, verbesserte Maschinen, bessere Ausbildung, bessere Fremdsprachenkenntnisse zu erlangen - was heißt: fleißiger, weniger luxuriös und arbeitsamer zu sein - oder zu kämpfen.

Aber England war nicht daran gewöhnt, seine eigenen Kämpfe durchzustehen, ausgenommen mit der Flotte. Seine anderen Kollegen, deren Wohl ihm Herzensangelegenheit war, konnten für England in den Kampf ziehen, es war für England also nicht sehr schwer, seine Wahl zu treffen.

Das ist die wirkliche Erklärung für den gegenwärtigen Krieg.

Die Richtigkeit dieses Blickwinkels wird erwiesen durch die ständigen Aufforderungen Englands an Amerika, ihm dabei zu helfen, vom deutschen Handel loszukommen, eine Idee, die auf den amerikanischen Geist abstoßend wirkt.

Es war also nicht Deutschlands Militarismus, den England fürchtete, sondern den deutschen Handel und Handelsverkehr, welche es nicht zerstören konnte, wegen der dahinterstehenden Militär- und Flottenmacht.

Deutschland verteidigt sich

Deutschland wird jetzt von sieben Nationen angegriffen.

Es kämpft moralisch für seine Freiheit und für sein Dasein. Gegen niemanden empfindet es Groll. Es ist in seinen Ansprüchen maßvoll und will lediglich seinen Platz unter der Sonne behaupten.

Es tritt ein für Chancengleichheit, eine Politik der offenen Tür und weltweit offenen Handelsverkehr.

Es ist weder hunnisch noch barbarisch, wie die Amerikaner von den 25 Millionen Deutschen oder Deutschamerikanern erfahren haben werden, die in ihrer Mitte leben.

Deutschland ist auf Expansion aus, allerdings auf friedliche Weise, eine auf höhere Gewinne

zielende Art und Weise, wodurch die Tüchtigeren und Arbeitsameren gewiß sein können, Erfolg zu haben. Dies ist für die ganze Welt von Interesse.

Deutschlands Bilanz ergibt vierundvierzig Jahre Frieden, und es hat niemals den Besitz seiner Nachbarn begehrt. Was also den moralischen Aspekt betrifft, schneidet es von den sich jetzt im Krieg befindenden Nationen am besten ab.

Übersetzung aus dem Englischen: Thomas Kuzias. Erstveröffentlichung in: IfS intern Nr. 16/Juli 2014. ...

The Saturday Evening Post, damals auflagenstärkste Wochenzeitschrift der USA, veröffentlichte im Herbst 1914 eine Artikelserie über den Ersten Weltkrieg. Darin sollten prominente Vertreter Frankreichs, Englands und Deutschlands den amerikanischen Lesern den Krieg aus der Perspektive des jeweiligen Landes erklären.

Den ersten Artikel verfaßte am 12. November der Engländer Arnold Bennett; der ehemalige französische Ministerpräsident Clemenceau folgte am 24. Oktober. Der deutsche Beitrag von Bernhard Dernburg erschien am 21. November. Aus diesem Beitrag bringen wir den Schluß, in dem Dernburg die aus seiner Sicht wirklichen Gründe für den englischen Kriegseintritt darstellt. Der Artikel erschien aufgrund seiner Popularität im Jahre 1915 unter dem Titel "Search-Lights on the War" in den USA auch als Broschüre.

Bernhard Dernburg, aus einer jüdischen Familie stammend, war als Bankier, Aufsichtsrat und Kolonialbeauftragter früh international vernetzt. In der Weimarer Republik war er kurzzeitig Finanzminister und Vizekanzler sowie 10 Jahre lang Reichstagsabgeordneter der links-liberalen DDP, die er mitbegründet hatte. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Versailler Vertrag (x063/526): >>Artikel 231 des Versailler Vertrages, die "Kriegsschuld-Klausel", hat politisch und psychologisch besonders verhängnisvoll gewirkt. Es war im Lichte der Tatsachen eine grobe Geschichtslüge und wurde als eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes empfunden. Eine deutsche Regierung, die dazu ihre Zustimmung gab, mußte jedes Ansehen verlieren. ...<<

Wolfgang Müller berichtete später über das Buch "The Myth Of A Guilty Nation" (x1.035/...): >>**The Myth Of A Guilty Nation**

Kessinger Publishing 2010 (Reprint von 1922)

Albert Jay Nock

Im Jahre 1922 gab der US-amerikanische Autor eine Sammlung seiner vorab im libertären Magazin "Freeman" erschienenen Artikel unter dem Titel "Der Mythos von einer schuldigen Nation" heraus.

Albert Jay Nock (1870-1945) war als Libertärer ein Gegner der amerikanischen Intervention im Ersten Weltkrieg und blieb es auch nach der Niederlage der Mittelmächte 1918. Die vorliegende Streitschrift ist eine Antwort auf die im Versailler Vertrag festgeschriebene deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg.

Diese hatte nach einer Äußerung des britischen Kriegspremiers, David Lloyd George, laut einer in der damaligen Zeit weitverbreiteten Äußerung kein Gegenstand weiterer Debatten, sondern eine "chose jugée" zu sein. Nock wandte sich nach dem Versailler Vertrag entschieden gegen diese Darstellung und wollte die amerikanische Öffentlichkeit von der Unrichtigkeit der Alleinschuld-These überzeugen.

Nach Nock trugen Deutschland und Österreich nicht mehr Verantwortung an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges als die Entente-Mächte.

Er zeigte, wenn man schon von einer "Verschwörung" kleiner, elitärer politischer und militärischer Gruppen gegen den Frieden ausgehe, daß diese in St. Petersburg, London und Paris stattgefunden habe: "To say that Sir E. Grey, Mr. Asquith ..., Lord Haldane, ... Mr. Winston Churchill ... were taken by surprise and unprepared, is mere levity."

Nock wertet erstmals belgische Akten aus, beklagt die geheimen Absprachen zwischen den Entente-Mächten und entlarvt die Lügen und Kriegspropaganda, die auch im Zwischenkriegsamerika Allgemeingut waren und Deutschland schließlich für immer brandmarken sollten.

Fazit

Der Autor schuf mit seinem schmalen Büchlein - ein heute noch äußerst lesenswertes - frühes Werk des historischen Revisionismus und warnte weitsichtig vor einem neuen Krieg mit Deutschland. Leider sollte er recht behalten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 5. Januar 2014) über die Alleinschuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkrieges: >>**Vom Sonderweg abkommen**

Thorsten Hinz

Im nun beginnenden Jahr 2014 wird sich zeigen, was außerhalb Deutschlands jeder weiß: Es gibt keinen europäischen Geschichtskonsens, keine große Erzählung von Europa, unter der die Nationen sich gleichberechtigt versammeln und die eine Grundlage für ein europäisches Staatsvolk schaffen könnte. Der Erste Weltkrieg, der vor 100 Jahren ausbrach und vor 96 Jahren endete, wird - jedenfalls in der Breite - nach wie vor aus nationalen Sichtweisen betrachtet und bewertet. Das mag bedauerlich und veränderungswürdig sein, aber es ist die Ausgangslage.

Die Deutschen als geschichtspolitische Musterschüler sind vor 50 Jahren, seit der sogenannten Fischer-Kontroverse ab etwa 1962, in Vorleistung getreten, indem sie für sich die Allein-, wenigstens aber die Hauptschuld am Kriegsausbruch 1914 reklamierten.

Eine Phalanx in Wissenschaft und Medien hält daran fest. Kanzlerin Angela Merkel sprang ihr bei, als sie am 11. November 2009 nach Paris reiste, um mit dem französischen Präsidenten den Jahrestag des Kriegsendes 1918 zu feiern. Sie sagte: "Wir werden nie vergessen, wie sehr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Franzosen durch Deutsche zu leiden hatten." So verschwindet der Erste Weltkrieg im Schwarzen Loch der Mystifikationen, die sich um den Zweiten gebildet haben.

Neben der Beflissenheit und Einäugigkeit, die deutschen Politikern, Historikern und Journalisten eigen ist, spielt der Wunsch eine Rolle, die anderen Länder durch Selbstkasteiung zu beeindrucken, auf daß sie sich zum erheuchelten Ausgleich bereitfinden, der als "Versöhnung" bezeichnet wird.

Eine hochkomplexe Gemengelage

Nur denken die ehemaligen Kriegsgegner gar nicht daran, ihre nationale Geschichtsmythologie deshalb abzuändern. Zwar ist auch bei ihnen das Zeitalter des Nationalismus vorbei, doch werden sie das Jubiläum zur kollektiven Selbstvergewisserung nutzen und sich und die Welt daran erinnern, wer den Krieg gewonnen und wer ihn verloren hat. Das muß nicht böse gemeint sein.

In Frankreich, Großbritannien und Italien heißt der Weltkrieg nicht umsonst der "Große Krieg". Die Verwüstungen in Nordfrankreich waren enorm, und bis heute gemahnen Denkmäler noch in den kleinsten Dörfern des Südens an den Blutzoll, welche die männliche Jugend des Landes zahlte. Für Großbritannien markiert das Jahr 1914 den Anfang vom Ende seines stolzen Empires.

Zum Umfeld des Krieges gehören die Pariser Vorortverträge, die das besiegte Deutschland knebelten und in Mittel- und Südosteuropa mehrere Klein- und Kunststaaten installierten, die sich wegen der programmierten Nationalitätenkonflikte zu kontinentalen Eiterherden entwickelten. Diese hochkomplexe Gemengelage aber läßt sich weder aus der schuldzentrierten deutschen noch aus der Siegerperspektive zusammenhängend erfassen.

Mächtige Schneisen in das geschichtspolitische Gestrüpp

Im Vorfeld des Jubiläums sind eine Reihe Bücher erschienen, die mächtige Schneisen in das

geschichtspolitische Gestrüpp schlagen, in dem bundesdeutsche Historiker und Politiker sich seit 50 Jahren verfangen. Christopher Clarks "Schlafwandler" rollen den Kriegsausbruch vom Balkan her auf. Von deutscher Haupt- oder gar Alleinschuld bleibt da nichts übrig.

Ähnlich der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, einer der wenigen Denker in der Bundesrepublik, die sich mit geopolitischen Problemen beschäftigen. In seinem Opus "Der Große Krieg" legt er dar, daß die Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten eskalierten, weil sie nicht imstande waren, die Konflikte an der Peripherie des Kontinents zu befrieden.

Zu nennen ist das Buch "Der Weg in den Abgrund", mit dem Konrad Canis seine vorzügliche Trilogie zur Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs abschließt. Canis zeigt sehr genau die beschränkte politische Ratio auf, der die europäischen Schlafwandler jeweils folgten und die sich unbeabsichtigt zum großen Chaos summierte. Diese Bücher stellen Fragmente für eine mögliche europäische Großerzählung dar. Sie dürfte nicht danach fragen, wer "schuld" am Ersten Weltkrieg war, weil der Begriff eine moralische Anklage oder Verurteilung einschließt, sondern müßte nüchtern den "Beitrag" eines jeden Landes dazu feststellen.

Leider handelt es sich bei der Bundesrepublik, dem Herzland Europas, um einen pathologischen Fall. Fritz Fischers Schuld-Dogma herrscht zwar nicht uneingeschränkt, doch es wirkt lähmend. Fischer hatte mit seinem Buch "Griff nach der Weltmacht" keinen Schlüssel geliefert, um die Geschichte des Weltkriegs zu verstehen.

Er sorgte jedoch für ein reines Gewissen, indem er dessen unmittelbare und ferne Folgen für Deutschland legitimierte: Wenn das Deutsche Reich am Krieg die Alleinschuld trug, dann hatten die Deutschen keinen Grund, sich über den Versailler Vertrag zu beklagen, und die innenpolitische Radikalisierung, die in der nationalsozialistischen Machtergreifung mündete, war einzig und allein ihrer Verstocktheit zuzuschreiben.

Eine Traumwelt aus angehäufter Schuld

Die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dann nichts anderes als ein Konglomerat angehäufter Schuld. Deren Ergebnisse waren weniger ein politisches als ein moralisches Problem, das man löste, indem man die Teilung, den Verlust der Ostgebiete und die Vertreibungen als gerechte Strafe akzeptierte. Das ergab eine Geschichtstheologie, welche die Bundesrepublik in die beste aller möglichen Welten versetzte.

Es war und ist eine Traumwelt. Längst gibt es starke Argumente, um eine gesamteuropäische Erzählung zu formulieren. Sie hätte davon auszugehen, daß kein einziges Land in Europa den Weltkrieg gewonnen hat, sondern daß alle ihn im globalen Maßstab verloren haben. Andernfalls wird die gemeinsame Niederlage von 1914/18 sich als das Menetekel des finalen Zusammenbruchs erweisen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 10. Oktober 2014) über die britische Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges: >>**Clark zum Quadrat**

Der australische Historiker Douglas Newton und die britische Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Werner Lehfeldt

Der in Australien lehrende Historiker Douglas Newton will mit seinem Buch "The Darkest Days. The Truth behind Britain's Rush to War, 1914" für Unruhe sorgen, vor allem in Großbritannien. Diese Absicht verwirklicht er, indem er die "Standardgeschichte" von Großbritanniens Eintritt in den Krieg im August vehement in Frage stellt und attackiert.

Gemäß diesem Mythos hat Großbritannien in der Julikrise alles unternommen, um den Krieg abzuwenden. Die vorgeblich erst am 4. August getroffene Entscheidung, sich schließlich dennoch an ihm zu beteiligen, sei die unvermeidliche Antwort auf die an diesem Tag erfolgende deutsche Invasion Belgiens gewesen. Dieser Entschluß sei im Lande nahezu einmütig gebilligt worden, und es habe nur eine ganz kleine Gruppe pazifistischer Abweichler gegeben.

Das Buch von Newton ist der Widerlegung dieses "tröstlichen Konsenses" gewidmet. "Britan-

niens Irrtümer leisteten einen signifikanten Beitrag zum Ausbruch der gemeinsamen europäischen Tragödie des Großen Krieges." Die rote Linie, die das Buch durchzieht, ist die Darstellung des Kampfes zwischen den zur Beteiligung am Krieg entschlossenen Interventionisten im liberalen Kabinett, der konservativen Opposition und der Northcliffe-Presse einerseits sowie der den Krieg ablehnenden, auf Neutralität pochenden Kabinettsmehrheit und der Friedensbewegung in der britischen Bevölkerung andererseits.

Der Autor zeigt auf, daß und wie eine kleine Gruppe von Entscheidungsträgern im Kabinett - Premier Herbert Asquith, Außenminister Edward Grey, Winston Churchill als Erster Lord der Admiralität und Lordkanzler Richard Haldane -, die vom Beginn der Krise an zur Durchsetzung von Großbritanniens militärischer Intervention an der Seite Frankreichs und Rußlands entschlossen waren, Entscheidungen trafen, die den Kriegsbeginn beschleunigten. Er belegt auch, daß sie andererseits Schritte unterließen, die geeignet gewesen wären, den Krieg zu vermeiden.

Ferner macht er deutlich, daß der endgültige Beschluß zum Eintritt in den Krieg bereits am 2. August 1914 gefällt wurde. An diesem Tag gab das Kabinett mit hauchdünner Mehrheit Frankreich gegenüber die Versicherung ab, Großbritannien werde dessen Nordküste im Kriegsfall schützen, zu einem Zeitpunkt also, als die deutsche Invasion Belgiens noch gar nicht erfolgt war und der deutsche Botschafter in London das Angebot unterbreitet hatte, Deutschland sei bereit, Belgiens Neutralität und Frankreichs Integrität - einschließlich des Kolonialbesitzes - zu respektieren, sollte Großbritannien in dem heraufziehenden Konflikt neutral bleiben.

Über dieses Angebot wurde das Kabinett von Grey nicht einmal informiert. Hinter dem Beschluß zur Kriegsteilnahme stand vor allem das Streben, "Solidarität" mit Frankreich und Rußland zu bezeugen.

Entschieden wendet sich der Autor auch gegen die weitverbreitete und eifrig gehegte Ansicht, gegen den Kriegskurs habe es kaum Widerstand gegeben. Das Gegenteil war der Fall. Die große Mehrheit des liberalen Kabinetts wollte strikt an einem Neutralitätskurs festhalten, und schließlich reichten vier Angehörige dieser Mehrheitsgruppe ihren Rücktritt ein, zum Zeichen des prinzipiellen Protests gegen Greys Politik, die zum Krieg führen mußte.

Der Autor beschreibt die politischen Entscheidungsprozesse, wie sie sich vom 23. Juli bis zum 4. August abspielten, in einer Art Tageschronik, wobei es ihm ganz wesentlich darauf ankommt, die Zeitpunkte entscheidender Weichenstellungen präzise zu bestimmen. Hierbei zeigt er auf, wie planvoll die Kabinettsminderheit der Interventionisten vorging, um ihr Ziel zu erreichen.

Greys Kriegspolitik umging britisches Gesamtkabinett

Die wichtigsten Schritte auf diesem Weg wurden unter bewußter und konsequenter Umgehung und Ausschaltung des Gesamtkabinetts und des Parlaments unternommen, durch Schaffung von faits accomplis, für die dann nachträglich die deutsche Invasion Belgiens die propagandistisch höchst willkommene, ja herbeigesehnte Begründung lieferte, obwohl sie in Wirklichkeit dazu beigetragen hatten, Rußlands und Frankreichs Kriegswilligkeit noch anzufeuern. Bereits am Wochenende des 25./26. Juli wurde die Flotte auf Initiative Churchills und mit Billigung Greys ohne Konsultation und Beschlußfassung des Kabinetts in den Kriegsbereitschaftszustand versetzt, zu einem Zeitpunkt also, da es in der Julikrise noch keine einzige Kriegserklärung gegeben hatte.

In Frankreich und Rußland wurde diese ihren Londoner Botschaftern von Grey sogleich mitgeteilte Maßnahme natürlich freudig begrüßt und "richtig" verstanden. Am 28. Juli wurde die 1. Flotte nach Norden auf ihre Kriegspositionen beordert. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht einmal entschieden, ob es selbst nur auf dem Balkan tatsächlich zum Krieg kommen würde. Die dramatische Reaktion Rußlands war am nächsten Tag die Verkündung der Generalmo-

bilmachung, nachdem die gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gerichtete Mobilmachung unter möglicher Geheimhaltung bereits am 24./25. Juli angelaufen war.

Parallel zu diesen eindeutig auf den Kriegseintritt zielenden Maßnahmen wurden deutsche Angebote, über Großbritanniens Neutralität im Kriegsfall zu verhandeln, von Grey zurückgewiesen. Der Außenminister war zu keinem Zeitpunkt und zu keinerlei Bedingungen bereit, Großbritanniens Neutralität auch nur in Aussicht zu stellen, selbst dann nicht, als Deutschland anbot, Belgiens Neutralität zu respektieren.

Er ließ sich bei dieser an Kabinett und Parlament vorbei verfolgten Linie von seiner unverrückbaren Überzeugung leiten, Großbritannien sei unter allen Umständen zur Intervention als Alliiertes Frankreichs und Rußlands verpflichtet, einer Überzeugung, die er bereits 1907 geäußert und seitdem zur Grundlage seiner Außenpolitik gemacht hatte.

Bei der Verfolgung und Durchsetzung dieser Linie wurde er im Außenministerium von seinen konsequent deutschfeindlichen und russophilen Beratern, allen voran den Unterstaatssekretären Arthur Nicolson und Eyre Crowe, unterstützt, um nicht zu sagen gesteuert. Breiteste Unterstützung fand der Interventionskurs "einer Handvoll von Männern" bei der konservativen Opposition und in der Northcliffe-Presse - besonders in der Times -, die nichts ungetan ließ, um die Regierung zum frühest möglichen Zeitpunkt zum Eintritt in den Krieg zu bewegen, damit eine günstige Gelegenheit zur Niederrichtung des deutschen Wirtschaftsrivalen nicht ungenutzt vorübergehe.

Douglas Newton: *The Darkest Days. The Truth behind Britain's Rush to War, 1914.* Verso Publishers, London/New York 2014 ...<<

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtete später über die Kriegsschulddebatte des Ersten Weltkrieges (x1.035/...): >>>100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo - zum aktuellen Stand der Kriegsschulddebatte

Der Weg zum Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg begann zunächst als dritter Balkankrieg zwischen der alten Großmacht Österreich-Ungarn und dem expansionslüsternen Serbien. Die Mobilmachung Rußlands im Westen (Richtung Ostpreußen), auf die Frankreich drängte, brachte den großen europäischen Konflikt. Erst der Eintritt Großbritanniens auf Seiten der Entente führte zum weltweiten Krieg der Mächte.

Obwohl sich das Attentat von Sarajevo erst in diesen Tagen zum einhundertsten Mal jährt, bestimmt die Debatte darum, was daraus folgte, den Buchmarkt und die historischen Feuilletons. Dabei geht es weniger um den am 28. Juni 1914 erschossenen österreichischen Thronfolger und seine Frau als um die Frage, inwieweit die Tat Auslöser für den Ersten Weltkrieg war. Daran wiederum knüpft die Diskussion darüber an, ob damit eine geschlossene Ereigniskette ausgelöst wurde, sei es aus Berechnung oder Dummheit, oder ob es alternative Szenarien gab, die ebenso wahrscheinlich waren wie der Kriegsausbruch.

Um die Bedeutung des Attentats beurteilen zu können, muß man daher nicht nur die Reaktionen der europäischen Mächte untersuchen, sondern auch deren Beweggründe, gerade so und nicht anders zu reagieren. Damit befinden wir uns in einem vor allem in Deutschland umstrittenen Feld der kontrafaktischen Geschichtsschreibung. Diese hat es sich zur Aufgabe gestellt, denkbare Alternativen aus dem Kontext der Zeit zu entwickeln. Nicht um das Geschehene zu negieren, sondern um es besser zu verstehen.

Neue Fragestellungen provozieren

Der amerikanische Historiker Sean McMeekin sieht in seinem Buch *Juli 1914. Der Countdown in den Krieg* (Berlin: Europa 2014, 557 S.) "kontrafaktisches Denken als zentral für historische Untersuchungen an" und hält es für "weitaus konstruktiver als auf 'Konsens' angelegte Interpretationen, die sich gegen jedes weitere Argument abschotten". McMeekin weiß sich in dieser Auffassung einig mit Niall Ferguson, der bereits vor Jahren in seiner Aufsehen erre-

genden Untersuchung über die englische Kriegspolitik gezeigt hat, daß das Empire den "falschen Krieg" führte, der schließlich zum Verlust der englischen Vormachtstellung an die Amerikaner geführt hat.

Daß dieses kontrafaktische Denken in Deutschland in einem schlechten Ruf steht, zeigt nicht zuletzt die gereizte Reaktion der FAZ auf die Gesamtdarstellung des Ersten Weltkriegs von Jörg Friedrich, die vor kurzem unter dem Titel 14/18. Der Weg nach Versailles (Berlin: Propyläen 2014, 1072 S.) erschienen ist. Diese Gereiztheit hat einen konkreten Hintergrund.

In Deutschland werden, allen neueren Forschungen zum Trotz, 1919 festgelegte Axiome als Grundlage der Geschichtsschreibung akzeptiert. Das wichtigste Axiom lautet: Deutschland trägt die Hauptverantwortung (wahlweise auch die Alleinschuld) am Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Jeder Deutsche, der gegen diese Denkvoraussetzung verstößt, hat ein Problem.

Nun muß man aber, wenn die Hauptverantwortung erwiesen werden soll, zeigen, daß Deutschland auch anders gekonnt hätte. Wenn es keine Alternative gegeben hätte, wäre die Zuschreibung von Verantwortung sinnlos. Das wissen die Gereizten ziemlich genau, weshalb sie allergisch auf solche Untersuchungen reagieren.

Und sie liegen richtig damit. Daß nicht mehr von Alleinschuld die Rede ist, hängt vor allem damit zusammen, daß man den Blick vom angeblich Alleinschuldigen löste und der naheliegenden Annahme folgte, daß auch andere Mächte Interessen hatten, für die ein Krieg vielleicht viel passender war. Das kann man nur feststellen, wenn man dem kontrafaktischen Denken folgt und fragt: Konnten denn vielleicht auch die anderen Mächte, die Sieger, anders und liegt deshalb zumindest ein Teil der Schuld und Verantwortung für den Weltkrieg bei ihnen?

Daß die kräftigsten Schläge gegen das Dogma der Alleinschuld aus dem Ausland kommen, kann daher kaum verwundern. Wie die Verkaufszahlen der Bücher zeigen, ist zumindest das Publikum dankbar für diese Schützenhilfe. Das gilt insbesondere für Christopher Clarks Buch Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (München: DVA 2013, 895 S.), das sich durch frühzeitiges Erscheinen im Herbst letzten Jahres die Aufmerksamkeit allein sichern konnte, um die sich jetzt viele Publikationen bemühen.

Clark kommt weiterhin zugute, daß er sich hierzulande bereits einen Namen gemacht hatte. Mit seinen Büchern über Preußen und Wilhelm II. hatte er diese beiden entdämonisiert und so für öffentliche Debatten gesorgt.

Sein aktuelles Buch steht ganz in dieser Tradition: Abgesichert durch ein umfangreiches Quellenstudium versucht Clark den Gang der Geschichte insbesondere in der sogenannten Juli-Krise zu rekonstruieren. Clark sieht in ihr das "komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten". Er konzentriert sich in seinem Buch auf das Wie, die Abfolge der Interaktionen, ohne expressis verbis die Frage nach der Schuld zu stellen.

Dazu holt Clark weit aus, wenn er mit der brutalen Ermordung des serbischen Königs im Jahr 1903 beginnt. Von den Drahtziehern und Akteuren dieses Umsturzes führt ein direkter Weg zur Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 in Sarajevo. Dieser repräsentierte die Zukunft der österreichischen Doppelmonarchie, die der erklärte Feind der serbischen Nationalisten war.

Der Thronfolger Franz Ferdinand war insofern das passende Opfer, weil er eine zwischen den Völkern ausgleichende Politik anstrebte, die den Falken in Österreich nicht gefallen konnte: Sie wollten die Dinge ebenso wie die Serben mit einem Krieg ins Reine bringen. Einen Automatismus zum Krieg gab es aber auch jetzt nicht.

Die Kriegsursache sieht Clark in der Entwicklung Europas von einem vielstimmigen politischen Ökosystem hin zur Konfrontation starrer Blöcke, die dann ihre innere Logik entwickelte. Diese griff schließlich nach dem Mord in Sarajevo mit aller Konsequenz in das Geschehen ein, und zog Europa, ohne daß es notwendig gewesen wäre, in den Weltkrieg. Da Clark kein

Freund starker Thesen ist, finden sich in dem Buch keine expliziten Zuspitzungen, die sich mit Fritz Fischers These, die ja schon im dessen Buchtitel Griff nach der Weltmacht (1961) deutlich formuliert war, messen könnte.

Die These selbst allerdings, daß Deutschland die Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg trage, widerlegt Clark implizit. Dabei ist entscheidend, daß er sein Buch als internationale Vergleichsstudie angelegt hat, die, im Gegensatz zu Fischer, eben auch die Ereignisse, Gedanken und Personen der anderen Mächte in den Blick nimmt. Das Resultat ist eindeutig: Der Vorwurf der Alleinschuld bzw. Hauptverantwortung ist absurd. Laut Clark verteilt sich die Schuld auf alle Beteiligten, weshalb er von einer Tragödie spricht, aus der es letztlich kein Entrinnen gab.

Wenn man jedoch die einzelnen Ergebnisse von Clark nach der Verantwortlichkeit gewichtet, bleibt nur ein Schluß, daß zumindest alle anderen Mächte mehr Schuld am Ausbruch des Krieges hatten als Deutschland. Das für Deutschland entlastende Material wird von Clark in aller Ausführlichkeit ausgebreitet. Deutschland befand sich gegenüber den anderen Großmächten in einer benachteiligten Rolle und hatte geringere Handlungsoptionen, weil es auf den Kontinent beschränkt blieb und über kaum koloniale Handlungsmasse verfügte.

Deutschlands Streben nach Seegeltung sieht Clark durch diese Lage gerechtfertigt und erblickt darin keinen Grund für einen Krieg. Letztendlich unterstellt Clark der deutschen Führung eine gewisse Naivität, weil diese nicht bemerkte, wie rasant sich die internationale Lage gegen Deutschland entwickelte. "Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte - sehr zur Enttäuschung der Generäle."

Im Gegensatz zu den anderen Mächten konnte sich Deutschland von einem Krieg nicht viel versprechen. Das einzige Argument für einen Krieg war die wachsende Stärke der Gegner und die daraus folgende Überzeugung, daß es daher besser jetzt als später einen Krieg geben sollte. Doch die Vertreter eines Präventivschlages waren in der Minderheit; auch in Deutschland gaben die zivilen Politiker den Ton vor, nicht die Militärs.

In Frankreich gab es dagegen unter den verantwortlichen Politikern einen weitverbreiteten Deutschenhaß, man sann auf Rache für 1871 und man fühlte sich durch Deutschland bedroht. Letztendlich führte der französische Druck auf Rußland zum Ausbruch des Krieges, bei dem Frankreich Deutschland unbedingt in einen Zweifrontenkrieg ziehen wollte. Rußland wiederum gab den Serben die volle Unterstützung für deren Provokationen gegen Österreich, nicht nur der panslawischen Sache wegen, sondern auch, weil Rußland eigene geopolitische Interessen in der Region verfolgte.

Auch die beiden Ereignisse, die allgemein als Beleg für die deutsche Verantwortung gelten, werden von Clark zurechtgerückt. Der sogenannte Blankoscheck, mit dem Deutschland Österreich seine Treue versicherte, ist eine logische Folge aus der Einkreisung Deutschlands, das gezwungen war, das Bündnis mit seinem letzten verbliebenen Verbündeten zu bekräftigen. Clark erwähnt auch, daß es auf Seiten der Entente eine ganze Reihe von Blankoschecks gab, die Serbien, Rußland und Frankreich so selbstsicher in den Krieg ziehen ließen.

Das österreichische Ultimatum an Serbien vergleicht Clark mit dem, das die Nato Serbien 1999 in der Kosovo-Frage vorlegte und kommt zu dem Schluß, daß das von 1914 dagegen "harmlos" war.

Ähnlich wie Clark beschränkt sich auch Sean McMeekin auf die Vorgeschichte des Krieges. Er greift dabei auf vorhandene Quelleneditionen zurück und versucht die Ereignisse zu rekonstruieren, indem er jedem Tag (vom 5. Juli bis zum 4. August) ein zusammenfassendes Kapitel widmet. Allerdings stehen die einzelnen Fakten in einem gewissen Mißverhältnis zum salomonischen Urteil, das McMeekin schließlich in der Kriegsschuldfrage fällt.

Einerseits bemerkt er sehr richtig, daß der Blankoscheck durchaus im Sinne einer sofortigen

Strafaktion gemeint war. Damit hoffte man in Berlin mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Weltöffentlichkeit hätte Verständnis, weil der zeitliche Zusammenhang mit dem Attentat klar war, Österreich würde Macht demonstrieren und so die Entente vielleicht von einer voreiligen Eskalation abhalten, was schließlich zur lokalen Beschränkung der Auseinandersetzung geführt hätte. Daß sich Berlin damit verrechnete, weil die Entente zum Krieg entschlossen war, gerät McMeekin völlig aus dem Blick, wenn er abschließend dennoch urteilt: "Der Blankoscheck war töricht und unsinnig."

McMeekin stellt dagegen richtig fest, daß Deutschland als "letzte der vier hauptsächlich am Krieg beteiligten Nationen" mobil machte und sich Deutschland selbst ins Unrecht setzte, indem es "aus Gründen der Ehre" nicht auf eine Kriegserklärung verzichtete. Frankreich und Rußland ließen gleich die Waffen sprechen. (Die erste Gefechte und Schlachten sowohl gegen Frankreich als auch Rußland fanden auf deutschem Boden statt!).

In Deutschland gab es keinen Willen zum Krieg, weil man wußte, daß ein Zweifrontenkrieg (vor allem gegen Englands Unterstützung der Entente) kaum zu gewinnen war. Der Schlieffenplan, der diesen Mangel beseitigen sollte, "spiegelte die deutsche Schwäche, nicht die deutsche Stärke" wider.

Aus deutscher Feder sind auf das hundertjährige Jubiläum von 1914 hin einige Gesamtdarstellungen des Weltkrieges erschienen, die sich zwangsläufig auch mit der Vorgeschichte des Krieges befassen müssen. Das erfolgreichste dieser Bücher stammt vom Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler. In *Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918* (Berlin: Rowohlt 2013, 924 S.) widmet er die ersten einhundert Seiten diesem Thema und spart dabei nicht mit Kritik an der Einseitigkeit und Radikalität der Fischer-These (um allerdings im Schlußteil des Buches die "wichtige Funktion" der Fischer-These für das politische Selbstverständnis der BRD zu betonen).

Münkler untersucht beispielsweise die Rolle des Militarismus, der ja im Verdacht steht, eine strukturelle Ursache für Deutschlands angebliche Kriegslüsterheit gewesen zu sein. Er kommt zu dem Schluß, daß dem militaristischen Image des Reiches keine relevanten Tatsachen entsprochen hätten. Bei Kriegsausbruch hatte man "keine hinreichenden Munitionsvorräte angelegt, geschweige denn für eine entsprechenden Bevorratung mit Rohstoffen und Lebensmitteln gesorgt, und es standen auch nicht genügend Truppen zur Verfügung, um eine großangelegte Offensive erfolgreich durchführen zu können".

Allerdings kommt Münkler in seinen Opus auch zu Einschätzungen, mit denen er Deutschland eine besondere Verantwortung (und damit auch Schuld) für den Weltkrieg zuschreibt, z.B. wenn er der Auffassung ist, daß Deutschland als Reich in der Mitte Europas eine "besonders achtsame und die Eskalationsrisiken moderierende Politik" hätte betreiben müssen und in der Julikrise das Gegenteil davon getan habe.

Das stimmt ebensowenig, wie die Behauptung Münklers, daß es von Deutschland während des Krieges keine ernstgemeinten Friedensangebote an die Alliierten gegeben habe. Insofern unterscheidet sich Münklers Buch von den englischsprachigen Veröffentlichungen, weil es mit der Einsicht in die Haltlosigkeit der Fischer-These nicht ernst macht. Münkler sieht zwar auch, daß die anderen Mächte Interessen hatten und sich durch Blankoschecks gegenseitig befeuerten, bleibt aber trotzdem dabei, daß auf Deutschland eine besondere Verantwortung laste.

Daß man den Spieß auch umdrehen kann, zeigt dagegen Jörg Friedrich in seiner Geschichte des Ersten Weltkrieges. Den Ruf den Friedrich seit seinem Bestseller *Der Brand* (2004) genießt, bestätigt er auch mit seinem neuen Buch: Für Friedrich ist die Geschichtswissenschaft nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck seines Unternehmens besteht darin, die Geschichte des Ersten Weltkrieges auf eine Weise zu erzählen, die den Leser an die Hand nimmt, sich nicht vor scharfen Urteilen scheut, Schlußfolgerungen zieht, Zusammenhänge aufdeckt und die

auch vor "umstrittenen" Vergleichen nicht zurückschreckt.

Auch wenn Friedrich einem durchaus anthropologischen Ansatz folgt, der die damaligen Akteure bestimmten Zwängen ausgeliefert sieht, heißt das nicht, daß er kein gut oder böse mehr kennt. Im Gegenteil: Daß die Niedertracht bei der Entente zu Hause war, ist vielleicht noch nirgends so deutlich ausgesprochen worden wie hier. Friedrich scheut sich nicht, den Weltkrieg "mißlungen" zu nennen, u.a. deshalb, weil er "in einer schlechteren Welt endete als der, aus der er kam". Von Beginn an tat die Entente alles, den Krieg zu entfesseln, selbst als friedliebend dazustehen und Deutschland ins Unrecht zu setzen. "Deutschland, das lieber Aggressor als Verlierer sein wollte, war am Schluß beides."

Doch schon im Vorfeld des Krieges machten die Deutschen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. "Die Gegenseite redete gedämpft, dachte global, steckte weiträumig ihre Interessenfelder ab und wartete die Schritte der Berliner ab." Die Gemengelage, die schließlich zur Entfesselung des Ersten Weltkriegs führte, wurde, so Friedrich, durch das Attentat von Sarajevo ganz bewußt entfesselt. Gerade so viele Spuren durften nach Serbien führen, daß Österreich Serbien angriff und doch so wenig, daß Rußland dem unschuldigen Serbien zur Hilfe kommen konnte. Der Rest war durch Verträge geregelt.

Dagegen wurden die legitimen Bündnispflichten Deutschlands gegenüber Österreich von der Entente nicht anerkannt. Auch die Legitimität einer österreichischen Strafaktion gegen Serbien wird von Friedrich daher nicht in Zweifel gezogen. Zu dieser bestand, "auch nach heutigen engeren Maßstäben, hinreichender Anlaß": "Der Zusammenhang zwischen dem Al-Qaida-Kommando vom 11. September 2001 und dem afghanischen Taliban-Staat war nicht enger als der zwischen der Princip-Bande und den Herrschaftsverhältnissen in Serbien."

Friedrich konstatiert für die deutsche Seite ein ehrliches, wenn auch zunächst halbherziges Bemühen um Vermittlung, das es versäumt habe, den Österreichern konkret zu sagen, daß sie einen schnellen und kurzen Schlag, etwa die Besetzung Belgrads, empfehlen würden. Als sie sich gerade zu ernsthafterer Vermittlung entschlossen, "kam, vielleicht nicht ganz zufällig, die russische Generalmobilmachung dazwischen".

Damit ist angedeutet, was Friedrich im Detail ausführt: Daß es eben in Rußland und Frankreich ein ernsthaftes Interesse am Krieg gab und man sich dort nicht durch deutsche Vermittlungen um die Gelegenheit bringen lassen wollte. Also mußten, durch die Mobilmachung Rußlands, Tatsachen geschaffen werden, die schließlich im Ersten Weltkrieg mündeten. ...

Friedrichs Buch ist damit dasjenige, das die Konsequenzen aus den neueren Forschungen am schärfsten formuliert. Allerdings braucht man auch hier für die Lektüre einen langen Atem, weil sich diese Zuspitzungen verstreut auf tausend Seiten finden. Daß sich diese Sicht der Dinge durchsetzt, darf bezweifelt werden. Dafür läßt es sich mit der Kompromißformel von gleichverteilter Schuld zu gut leben. Sie tut keinem weh und bedient das Bedürfnis, an der Nachkriegsordnung, die 1919 errichtet und 1945 erneuert wurde, festzuhalten.

Die überwiegende Haltung der deutschen Feuilletons weist jedenfalls in diese Richtung. Allerdings bietet das von der neuen Forschung ausgebreitete Material die Basis für eine Neubewertung der Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Hat sich die Kompromißformel erst einmal durchgesetzt, wird auch diese wieder zur Revision stehen, so daß vielleicht am Ende doch die Wahrheit den Sieg davonträgt. ...

Wer sich weiter jenseits der gängigen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg informieren will, kommt an dem bereits im Jahre 1999 erschienenen Band "Der falsche Krieg" ("The Pity of War") des britischen Historikers und Harvard-Professors Niall Ferguson nicht vorbei. Die FAZ urteilte:

"Beste kontrafaktische Historiographie führte Ferguson in seinem dritten Buch vor. ... Er rekonstruierte die politische Diskussion in England vor 1914 und wies nach, daß das englische Kabinett sich mehrheitlich gegen einen Kriegseintritt ausgesprochen hatte. Hätte sich diese

Ansicht durchgesetzt, dann hätte Deutschland einen Kontinentalkrieg gegen Frankreich und Rußland wohl gewonnen. Das Kaiserreich hätte überdauert, die Weimarer Republik und die NS-Diktatur hätte es nicht gegeben, demokratische Strukturen hätten sich allmählich entwickelt.

Fergusons Buch wurde besonders in Deutschland heftig angegriffen. Offenbar war, wie Ferguson vermutet, den Deutschen der Gedanke an einen deutschen Sieg 1915 oder 1916 höchst unangenehm." (FAZ, 20.06.2007) ...<<

11. Weshalb setzte sich besonders Frankreich für drastische Gebietsabtretungen zu Lasten des Deutschen Reiches ein?

Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen die bisherige Aufgabe der Deutschen als sogenannte "Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa übernehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden.

Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verlor das Deutsche Reich insgesamt 13 % (70.580,4 qkm) seiner bisherigen Gebiete (ohne Kolonien) sowie 10 % (6.475.568 Einwohner) der Bevölkerung (Stand: 1.12.1910) und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.

Nach dem Versailler Vertrag mußte das Deutsche Reich zwangsweise z.B. auf folgende Gebiete verzichten:

Memelland an Litauen

Danzig und Umgebung an Freistaat Danzig

Fast die gesamte Provinz Posen, 75 % von Westpreußen, Teile von Nieder- und Oberschlesien, Ostpreußen sowie Ostpommern **an Polen**

Oberschlesische Gebiete und das Hultschiner Ländchen **an die Tschechoslowakei**

Nordschleswig **an Dänemark**

Eupen und Malmedy **an Belgien**

Elsaß-Lothringen **an Frankreich**

Die willkürlichen Gebietsabtretungen im Osten und die Tatsache, daß mehreren Millionen Deutschen wesentliche Menschenrechte vorenthalten wurden, waren bei der deutschen Bevölkerung ungemein verhaßt und erleichterten letzten Endes Hitlers Weg zur gewaltsamen Machtübernahme.

Der britische Premierminister David Lloyd George berichtete am 25. März 1919 über die Abtretung von deutscher Gebieten an Polen (x352/43): >>Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2,1 Mio. Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe der Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.<<

12. Warum unterstützten die Folgen des Versailler Vertrages Hitlers spätere Machtübernahme?

Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg.

Hitler wäre ohne die von den meisten Deutschen als ungerecht empfundenen "Erniedrigungen und Fesseln von Versailles" mit großer Sicherheit niemals an die Macht gekommen.

Ohne die unsäglichen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es außerdem

keinen Zweiten Weltkrieg, keinen Holocaust und keine Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa gegeben.

Der "Kalte Krieg", die Spaltung und Zwangsverwaltung des Deutschen Reiches sowie die jahrzehntelange Umerziehung bzw. politische Entmündigung wäre den Deutschen ebenfalls erspart geblieben.

Der französische Politiker Maurice Thorez (1900-1964) berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Der letzte Krieg war ein Raubkrieg und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine Durchführung unterstützte. ...

Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas; es bedeutet die Reparationslast, die auf den Werktätigen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank seiner Bündnisse, dank der Länder, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Vertrag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde. ...

Eine der Hauptwaffen der Hitler-Propaganda ist die heftige Kritik an den Folgen des Artikels 231 des Vertrages, der sich auf die einseitige Verantwortung des Volkes Deutschlands im letzten Krieg bezieht.<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über den Versailler Vertrag (x313/334-335): >>... Nie war Deutschland so gedemütigt worden, nie zuvor hatte man seinen Stolz so verletzt.

Im Artikel 231 des Versailler Vertrages wurde Deutschland und seinen Verbündeten überdies die gesamte Schuld aufgebürdet ...

Empörung flackerte an allen Orten auf. Der Versailler Friedensvertrag schuf in Deutschland einen unaussprechlichen Haß auf die Siegermächte.

Der Ursatz gilt:

Wenn ein Volk in einem "Frieden" zu sehr gedemütigt und sein Stolz verletzt wird, wird es eines Tages zurückschlagen wollen. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien später (am 20. Januar 2020) folgender Bericht über den Vertrag von Versailles (x1.014/...):

>>Vertrag von Versailles - Nach dem Krieg ist vor dem Krieg

Ein Kommentar von *Hermann Ploppa*

Es ist nun über hundert Jahre her, daß am 10. Januar 1920 der "Friedensvertrag" von Versailles in Kraft trat. Auch nach hundert Jahren können dieser Vertrag und seine Folgen die Gemüter der Nachgeborenen noch erhitzen. Der Versailler Vertrag besagte, daß Deutschland als allein schuldiger Verursacher des Ersten Weltkriegs festgestellt wurde. Aus diesem Grund sollte Deutschland über viele Jahrzehnte hinweg eine astronomische Summe an Geld sowie immense Sachleistungen an Großbritannien und Frankreich abliefern. Zudem sollte Deutschland Abschnitte seines Staatsterritoriums an seine Nachbarländer abtreten.

Das alles wurde in dem Vertrag von Versailles geregelt, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde.

War denn die Übereinkunft von Versailles überhaupt ein richtiger Vertrag?

Das kann man verneinen. Denn ein Vertrag wird zwischen zwei gleichberechtigten Parteien nach freien Verhandlungen abgeschlossen. So wurde nach der Niederlage des napoleonischen Frankreichs bei der Wiener Konferenz im Jahre 1815 der Vertreter der Verlierernation, Talleyrand, als gleichberechtigter Verhandlungspartner zugelassen. Talleyrand konnte am Verhandlungstisch für Frankreich vorteilhafte Regelungen aushandeln.

Als nun der Präsident der USA, Woodrow Wilson, in der Endphase des Ersten Weltkrieges nach Europa signalisierte, daß im Falle eines Waffenstillstands Deutschland faire Verhandlungen erwarten konnte, wurde ihm Glauben geschenkt. So schloß am 11. November 1918 eine deutsche Delegation mit den Vertretern Großbritanniens und Frankreichs einen Waffenstillstandsvertrag ab.

Die Deutschen erwarteten nun eine Einladung zu den Friedensverhandlungen, die in Paris stattfinden sollten. Als allerdings die Staatsoberhäupter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Paris die Verhandlungen eröffneten, wurde die deutsche Delegation in einem Pariser Hotel unter Hausarrest gestellt. An einen Zugang zu den Verhandlungsräumen war überhaupt nicht zu denken. Was dort verhandelt wurde, erfuhr die deutsche Delegation nur sehr lückenhaft. Die Deutschen konnten sich überhaupt nur durch schriftliche Eingaben zur Sache äußern. Als Angeklagte wurden die deutschen Zivilpolitiker durch ein Spalier von Kriegsversehrten nach vorne geführt, um dann das Urteil anzuhören.

Gedemütigt wurden hier die zivilen deutschen Politiker, die jetzt aus Pflichtgefühl die politische Verantwortung übernehmen mußten für eine Niederlage, die sie gar nicht zu verantworten hatten. Politiker wurden als Angeklagte vorgeführt, die sich gegen den Krieg ihrer Militärjunta unter Ludendorff gewehrt hatten. Offenkundig ging es den Siegermächten auch darum, der neuen demokratischen Regierung gleich ein tödliches Stigma auf die Stirn zu brennen, um der jungen deutschen Demokratie umgehend das Genick zu brechen.

Die Urteilsverkündung fand übrigens im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, etliche Kilometer vor den Toren von Paris, statt. Ein geschickt gewählter Ort. Hier regierte dereinst in absolutistischer Machtvollkommenheit König Ludwig der Vierzehnte, der gar sagte: *"Der Staat bin ich!"*

Und es war kein Geringerer als der hochgelobte deutsche Kanzler Otto von Bismarck, der nach dem Sieg der deutschen Truppen über Frankreich im Jahre 1871 die Neugründung des Deutschen Reichs mit der Kaiserkrönung Wilhelms des Ersten von Hohenzollern in eben diesem für die Franzosen so heiligen Spiegelsaal von Versailles besiegeln ließ.

Bismarck wollte den *"gallischen Hahn"*, wie er sich auszudrücken pflegte, hemmungslos mit dieser Aktion demütigen. Bismarck war es ja auch, der dem unterworfenen Frankreich knochenharde Friedensbedingungen auferlegte, die, so sagte der Eiserne Kanzler von Blut und Schwert, den Franzosen nur noch ihre zwei Augen übrig lassen sollten, mit denen sie dann über ihre *"Verluste weinen konnten"*.

Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es auch wieder heraus. Das unverschämte Benehmen Bismarcks gegen Frankreich hatte nun zur Folge, daß die französische Regierung den Deutschen diese Maßlosigkeit heimzahlen wollte, indem es die an der Niederlage vollkommen unbeteiligten deutschen Zivilpolitiker in eben diesem Spiegelsaal von Versailles erniedrigen und demütigen ließ.

Auf Seiten der Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich gab es durchaus vehementen Widerstand gegen den Diktatfrieden von Versailles, mit weitreichenden politischen Folgen in den betroffenen Ländern selber.

Der klarsichtigste Kritiker auf englischer Seite war der bedeutende Ökonom John Maynard Keynes. Keynes gehörte als Abgesandter des britischen Finanzministeriums zur Verhandlungsdelegation und hatte Zugang zu den innersten Kreisen. Als Keynes mit seinen Warnungen gegen die Unmäßigkeit der alliierten Forderungen an Deutschland nicht durchkam, trat er von seinem Posten zurück und alarmierte die Weltöffentlichkeit mit seinem Buch: *"Die Konsequenzen des Friedens"*.

Keynes gibt uns zunächst einen hautnahen Einblick in die Atmosphäre bei diesen geheimen Verhandlungen. Da thront als autistischer Mittelpunkt der amerikanischen Präsident Woodrow Wilson. Welche Erwartungen waren diesem Geschichtspräsidenten aus den amerikanischen

Südstaaten auf seinem Weg nach Europa vorausgeeilt! In Paris fuhr er als bejubelter Messias durch Menschenmassen, auf seinem Weg zum Verhandlungsort.

Wilson hatte mit seinen berühmten Vierzehn Punkten Hoffnung auf Frieden in Europa geweckt. Die Völker sollten in Zukunft frei und selbstbestimmt ihr Schicksal gestalten können. Ein Völkerbund sollte Konflikte entschärfen, bevor es zum Krieg kommen konnte. Und nun hockt Wilson stumm herum und tut rein gar nichts. Statt dessen wuseln suspektere Gestalten um die Verhandlungstische herum. Die alten Männer der französischen Delegation leben in der Vergangenheit und sinnieren nach Rache für die Schmach von 1871.

Die Briten und die Franzosen wiederum wollen aus Deutschland gigantische Vermögenswerte rauspressen in Form von sogenannten Reparationen. Denn Frankreich und Großbritannien haben sich im Laufe des viel zu langen Krieges hoffnungslos bei amerikanischen Banken verschuldet, und müssen jetzt irgendwie die Schulden abzahlen. Das soll das deutsche Volk für sie besorgen. Durch Geld- und Sachleistungen. Und man will Deutschland noch Sahnestücke aus dessen Staatsterritorium herauschneiden.

Das alles hat nun allerdings herzlich wenig mit einer Friedensregelung zu tun, findet John Maynard Keynes. Haben denn die Macher der Verträge überhaupt kein Bewußtsein dafür, daß das Versailler Diktat geradewegs in ein Massenelend, in Chaos und letztendlich in einen neuen Krieg führen wird? Dieser sogenannte "Friedensvertrag" wird direkt in einen neuen Krieg in zwanzig Jahren führen, warnt Keynes. Anstatt aus den besiegten Ländern immense Mittel abzuziehen, müßte man Kredite und andere Starthilfen hineinpumpen, damit die Staaten wieder auf die Beine kommen können, meint Keynes.

Offensichtlich sahen das viele Menschen in den USA und Großbritannien ganz genauso wie Keynes. Denn sein Buch wurde ein Bestseller. Als 1920 in den USA eine neue Regierung gewählt wurde, gewann Warren Gamaliel Harding von der republikanischen Opposition die Präsidentschaft, und auch im Kongreß verzeichneten die Republikaner einen Erdrutschsieg. Der neue Präsident versprach, zur Normalität zurückzukehren und mit Deutschland einen separaten eigenen Vertrag zu unterzeichnen.

Der Washingtoner Kongreß lehnte die Versailler Verträge rundweg ab und die USA traten auch nicht dem von ihrem ehemaligen Präsidenten Wilson erschaffenen Völkerbund bei. Im Laufe der 1920er Jahre folgten dann amerikanische Banken dem Rat von Keynes und schnürten ein Kreditpaket für Deutschland, das dann als Dawes-Plan 1924 die deutsche Gesellschaft wesentlich subtiler unter amerikanische Kontrolle nehmen sollte als alle Raubverträge und Annexionen der Briten und Franzosen zuvor.

Und die Reaktion in Deutschland? Die zivilen Instanzen, die Reichsregierung und das Parlament, aber auch Kaiser Wilhelm der Zweite, waren im Krieg sukzessive in den Hintergrund geschoben worden. Die Generäle Hindenburg und Ludendorff hielten Deutschland in Schach und regierten selbstherrlich als Militärjunta. Ludendorff hatte die deutsche Niederlage mit seiner Irrsinnstrategie geradezu erzwungen. Mit der Anordnung des bedingungslosen U-Boot-Krieges gegen alle Schiffe im Atlantik hatte Ludendorff die Steilvorlage für den Eintritt der USA in den europäischen Krieg geliefert.

Die potentiellen Verbündeten aus der neuen bolschewistischen russischen Regierung hatte er gegen sich aufgebracht mit unverschämten Forderungen im Vertrag von Brest-Litowsk. Nachdem seine neue Strategie an der Westfront kläglich gescheitert war, kam Ludendorff im September 1918 auf die perfide Idee, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Ab sofort sollte in dieser hoffnungslosen Situation eine parlamentarisch legitimierte Reichsregierung die von Ludendorff in den Dreck gefahrenen Karren wieder herausziehen.

Ludendorff verkrümelte sich mit einem gefälschten Paß nach Schweden und tauchte erst in Deutschland wieder auf, als die Luft rein war. Jetzt durfte am 11. November 1918 der neue Finanzminister Erzberger, der mit dem Kriegsverlauf rein gar nichts zu tun hatte, anstelle von

Hindenburg und Ludendorff den Waffenstillstand im Eisenbahnwaggon im französischen Compiègne unterzeichnen, flankiert von zwei relativ unbedeutenden Generälen aus dem deutschen Heer und der Marine.

Und auch hier wiederholt sich die Niederlage Frankreichs im Jahre 1871, diesmal mit umgekehrten Vorzeichen: 1871 hatte die französische Elite komplett abgewirtschaftet, und Bürgerkomitees übernahmen in Paris die Verwaltung und die Ordnung. Die französischen Eliten krochen unter die Fittiche Bismarcks und ließen mit deutschem Geld und deutscher Munition über 30.000 Pariser Bürger abschlachten. Nun 1918: auch hier war der Totalbankrott der bisherigen militärpolitischen Eliten offensichtlich.

Auch in Deutschland begannen sich die Bürger selber zu organisieren. Jetzt krochen die deutschen Eliten unter die Fittiche der Briten und Franzosen. Der deutsche Unternehmer Karl Helfferich sammelte 500 Millionen Reichsmark für den Antiboldschewistenfond und ließ aus traumatisierten gedemütigten Soldaten eine Killertruppe aufbauen, die in der jungen Weimarer Republik als Freikorpsverbände schreckliche Leichenberge aufschichtete.

Der sogenannte Kapp-Putsch 1920 wurde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vom englischen Geheimdienst gesteuert und sollte die Weimarer Demokratie durch eine Militärdiktatur ersetzen. Politiker, die sich dem Diktat von Versailles entgegenstellten und die versuchten, mit der Sowjetunion zusammen ein souveränes Deutschland zu errichten, wurden von Schergen der Helfferich-Verbände ermordet oder schwer verletzt.

Hier sind stellvertretend für viele zu nennen: Finanzminister Erzberger, Außenminister Walther Rathenau und Philipp Scheidemann. In absurder Umkehrung der Tatsachen wurde dann verbreitet, man habe diese Männer angegriffen, weil sie "Erfüllungspolitiker" seien: sie hätten also das Versailler Diktat besonders eifrig unterstützt.

Es gab indes tatsächlich einen "Erfüllungspolitiker", der energisch die Intentionen des Versailler Vertrags durchgesetzt hat: ein Münchner Politiker namens Adolf Hitler. Zu den äußerst umstrittenen Regelungen des Versailler Vertrags gehörte die Übergabe des österreichischen Südtirols an Italien. In seinem Buch "Mein Kampf" fordert Hitler ausdrücklich die Übergabe Südtirols an Italien. Zudem plädiert Hitler für die Unterordnung Deutschlands unter das Britische Weltreich. 1934 ist unter der Diktatur Hitlers ein wesentlicher Agendapunkt endlich erfüllt: Deutschland tritt als Juniorpartner Englands einem Staatenbund von Großbritannien, Italien und Frankreich bei. Von dort aus vergingen nur noch fünf Jahre, nach denen dann auch noch die Voraussage von John Maynard Keynes exakt eingetroffen ist: im Jahre 1939 begann bekanntlich der nächste große Krieg.

Anmerkungen

*John Maynard Keynes: The Consequences of the Peace. London 1919<<

13. Wer förderte hauptsächlich die Gründung des Völkerbundes?

US-Präsident Thomas Woodrow Wilson konkretisierte am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident forderte damals einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).

Am 28. April 1919 wurde die Satzung des Völkerbundes durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wurde damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

Der 1919 gebildete Völkerbund war zweifelsfrei indirekt eine freimaurerische Gründung, denn die Leitsätze für den 1919 gegründeten Völkerbund wurden auf dem Freimaurerkongreß im Jahre 1917 in Paris angenommen und verabschiedet.

Der schweizerische Theologe Martin Hohl-Wirz berichtete später über die Freimaurerei und den Völkerbund (x910/...): >>... 5.1.4. Überstaatliche Vereinigungen ...

Freimaurer haben sich nicht nur für nationalstaatliche Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit, sondern schon bald auch für überstaatliche Vereinigungen eingesetzt. Der deutsche Philosoph und Freimaurer Karl C. F. Krause (1781-1832) zum Beispiel konzipierte die "frühzeitige Form eines Völkerbundes in föderativer Form". Auch der französische Publizist Maurice Mo- nier (1877-1931) gilt als ein 'Vorkämpfer für Völkerversöhnung'.

"Der Völkerbund ist keine direkte freimaurerische Gründung, er ist aber eine Institution, die naturnotwendig aus dem Geiste der Loge heraus geboren wurde". Der deutsche Staatsmann und Freimaurer Gustav Stresemann (1878-1929) "erregte weltweites großes Aufsehen mit der unverkennbar freimaurerisch geprägten Antrittsrede vor dem Völkerbund." Der erste Vorsit- zende des Völkerbundes war der damalige französische Ministerpräsident und Freimaurer Léon Victor Auguste Bourgeois (1851-1925).

Der Völkerverständigung unabhängig und trotz jeder Sprachverwirrung sollte auch die Schaf- fung einer neuen, künstlichen Weltsprache dienen.

Der Erfinder des Esperanto, der Deutsche Ludwig Lazarus Zamenhof (1859-1917) war Frei- maurer. Der im Jahre 1913 unter anderen vom Schweizer Theologieprofessor Quartier la Ten- te mitgegründete freimaurerische 'Weltbund' erklärte das Esperanto zur 'Weltsprache'.

Von freimaurerischem Ursprung und Geist ist auch die Paneuropa-Bewegung. Der Begründer der Paneuropa Bewegung, der Freimaurer Richard Niklaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972), vertrat das Ziel eines europäischen Staatenbundes. Er war auch Generalsekretär der von ihm begründeten 'Europäischen Parlamentarier Union'. Zur Zeit des Nationalsozialis- mus trat er aus der Loge aus, "um den deutschnationalen Angriffen gegen die Paneuropa- Bewegung nicht noch zusätzliches Material zu liefern."

Moser schreibt unter anderem in seinem Aufsatz über 'die Freimaurerei und die Satzungen der Vereinten Nationen': Der Gedanke der Vereinten Nationen (UNO) ist eine freimaurerische Schöpfung und stammt in erster Linie aus den USA. Freimaurer sind vor allem der 'Charta der Vereinten Nationen' und der 'Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte' zu Gevatter gestan- den. Sie atmen 'freimaurerischen Geist'. "Darüber, daß viele Freimaurer an diesem Werk gear- beitet und sich eingesetzt haben, sind die meisten Freimaurer gar nicht aufgeklärt." ...<<

14. Wie scheiterte der Völkerbund?

US-Präsident Thomas Woodrow Wilson konkretisierte am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident forderte damals einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbe- stimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgaran- tie.

Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völker- bund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separat- frieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.

Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völ- kerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglie- der des Völkerbundes waren damals die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushan- delten. Der Völkerbund war zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungs-

system mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.

Der Völkerbund sollte in erster Linie den Frieden sichern, die allgemeine Abrüstung beschleunigen und die Zusammenarbeit der Völker fördern. Der Völkerbund zeigte zwar Ansätze einer Welt-Friedensorganisation, aber diese internationale Organisation, die von den europäischen Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert wurde, war mit schweren Mängeln behaftet.

Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Kopplung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.

Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwachung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.).

Die Minderheitenschutzverträge wurden ausdrücklich in den Friedensverträgen hervorgehoben. Der Völkerbund garantierte den ethnischen Minderheiten in den neugegründeten Staaten z.B. die staatsbürgerliche Gleichstellung, Freiheit der Sprache, freie Religionsausübung und Schulunterricht in der entsprechenden Muttersprache. Die neuen Nationalstaaten entwickelten sich jedoch frühzeitig zu radikalen Nationalitätenstaaten, so daß innere Spannungen zwischen den jeweiligen ethnischen Minderheiten und den nationalen Mehrheiten, die vielerorts schon seit Jahrzehnten für Unruhe gesorgt hatten, unentwegt zu schweren Konflikten führten.

Die Bearbeitung der zahllosen Beschwerden der unterdrückten Minderheiten erfolgte damals nur schleppend oder wurde größtenteils überhaupt nicht durchgeführt. Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte).

US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).

Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen.

Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völkerbundsversammlung aufgelöst.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Völkerbund" (x051/607-608): >>>Völkerbund, 1919/20 gegründete weltweite internationale Staaten-Organisation mit Sitz in Genf.

Die Satzung des Völkerbundes wurde am 28.4.19 durch die Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz angenommen, als Teil I (Artikel 1 bis 26) in alle Pariser Vorortverträge aufgenommen und trat mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10.1.20 in Kraft.

Initiator des Völkerbundes war US-Präsident Wilson; im letzten Punkt seiner Vierzehn Punkte vom 8.1.18 forderte er die Errichtung eines Völkerbundes.

Mitglieder des Völkerbundes anfangs 32 Kriegsgegner des Deutschen Reiches und 13 im Ersten Weltkrieg neutrale Staaten; 1920 wurden Äthiopien, Österreich und Bulgarien, 1922 Ungarn, am 8.9.26 das Deutsche Reich (wie im Locarnopakt vorgesehen), 1931 Mexiko, 1932 der Irak und die Türkei und 1934 die UdSSR aufgenommen. Brasilien (1926), Japan (1933), Deutschland (19.10. 33) und Italien (1937) traten wieder aus dem Völkerbund aus; die UdSSR wurde wegen ihres Winterkrieges gegen Finnland 1940 ausgeschlossen.

Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und gehörten dem Völkerbund nicht an.

Organe des Völkerbundes:

1. die einmal jährlich tagende Völkerbundsversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme hatte;
2. der mehrmals im Jahr zusammentretende Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, später auch mit Deutschland und der UdSSR als ständigen und neun für drei Jahre gewählten nichtständigen Mitgliedern;
3. das von einem Generalsekretär geleitete Ständige Sekretariat.

Zweck des Völkerbundes war, die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern zu stärken, für die Achtung ihrer territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit zu sorgen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und so den Weltfrieden zu erhalten, etwa durch die Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte oder Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Außerdem war der Völkerbund für die Verwaltung des Saarlandes (bis 1935) und der Freien Stadt Danzig, die Aufsicht über die sogenannten Mandatsgebiete (die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und ehemals türkische Gebiete in Asien) und für den Schutz nationaler Minderheiten zuständig.

Bei der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten, auf kulturellem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet war der Völkerbund erfolgreich. Dagegen hatten weder seine Abrüstungsbemühungen Erfolg, noch konnte er militärische Konflikte, an denen Großmächte beteiligt waren (z.B. den Krieg Italiens gegen Abessinien 1935/36), noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939) verhindern.

Am 18.4.46 löste sich der Völkerbund selbst auf. An seine Stelle traten im selben Jahr die Vereinten Nationen.<<

15. Was begründete nach dem Ersten Weltkrieg die neue Weltmacht USA?

Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg verlor Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung an Nordamerika. Die meisten europäischen Länder verarmten durch den Ersten Weltkrieg. England und Frankreich waren ebenfalls hochverschuldet und kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen (außer Saudi-Arabien: dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche) im Nahen Osten ausbeuten durfte.

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexporthänder (Deutsches Reich, Frankreich und England) waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger." Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegsschulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte.

Durch die konsequente Eintreibung der Kriegsschulden (nur Sowjet-Rußland lehnte alle Schuldentilgungen erfolgreich ab) übernahmen die Vereinigten Staaten von Amerika schon bald den größten Teil der Weltgold-Vorräte ("Bankier der Welt"). Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 (japanisch-chinesischer Krieg) strikt an der US-Isolationpolitik festhielten.

In den Nachkriegsjahren stieg die industrielle Produktion in Nordamerika und Japan von 1913-29 um 100 %, während die europäischen Volkswirtschaften regelrecht gelähmt reagierten und nur noch 50 % der bisher produzierten Fertigwaren herstellten. Die US-Wirtschaft exportierte danach jahrelang riesige Warenmengen, ohne entsprechende Handelsgüter zu importieren. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Jahre 1917 (x068/181-182): >>... Tatsache ist:

der Krieg wurde durch die USA verlängert, verschärft. (Nie lese ich auf Gedenktafeln ohne vermehrte Trauer, Wehmut, Wut die Namen derer, die es noch gegen Schluß dieses Wahnsinns erwischte.) Und die Kritik, die Klage Kennans, des US-Diplomaten, "daß der erste Weltkrieg nicht im November 1917 beendet wurde, als die Bolschewisten seine Beendigung forderten, daß es "den Alliierten im Herbst 1917 an Staatskunst fehlte", ... daß "sie unfähig waren, die Tragödie und Sinnlosigkeit des Krieges selbst zu erkennen und den Kampf auf der Grundlage eines Kompromisses aus eigener Kraft zu beenden", dies trifft doch niemanden mehr als die USA und ihren Präsidenten. Denn sie dehnten das Morden noch aus, vergrößerten es. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (x057/202-203,210): >>England erzielte eine große Bereicherung seines Kolonialbesitzes in Afrika (Kap bis Kairo) und Ostasien (Verbindung mit Indien). Aber überall in seinen Kolonien regten sich Selbständigkeitsbestrebungen. Anstelle des deutschen Wettbewerbs in Industrie und Handel waren die bedeutend mächtigeren Vereinigten Staaten getreten, die durch ihre Anleihepolitik zum Gläubigerstaat ganz Europas geworden waren und den Schwerpunkt der Hochfinanz von London nach New York gezogen hatten.

Frankreich hatte gehofft, in Versailles seine alten Ziele gegen Deutschland durchzusetzen: das ganze Rheinland, das Saargebiet und womöglich die Auflösung Deutschlands. Aber der Versailler Vertrag erfüllte seine Wünsche nicht, infolge des Widerspruchs seiner Verbündeten. Doch erreichte es durch den Erwerb Elsaß-Lothringens und durch Vergrößerung seines Kolonialreiches einen großen Gebietszuwachs. Gestützt auf die deutsche Ohnmacht und ein enges Bündnis mit den Randstaaten im Osten Deutschlands (Polen, Kleine Entente), gewann Frankreich eine europäische Machtstellung. Diese war aber durch das britische und amerikanische Weltreich bedroht, und deshalb suchte Frankreich seine politische Macht besonders Deutschland gegenüber zu verankern. ...<<

>>... Die USA erlebten nach dem großen Krieg zunächst einen ungeheuren Aufschwung der Technik und Wirtschaft, von dem Bestreben geleitet, Absatzgebiete für die gewaltige Produktion zu finden. Tatsächlich wurde ein großer Teil der Weltproduktion von den Vereinigten Staaten gedeckt (Öl, Eisen, Stahl, Kohlen, Maschinen). Überall war man zu einer rationellen Serienproduktion übergegangen (Kraftfahrzeuge, Film, Radio, die in fast allen Teilen der Welt Nachahmung fand (Amerikanisierung der Wirtschaft und Technik). ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den größten Gewinner des Ersten Weltkrieges (x068/170-172, 200-202): >>... Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn stecken die USA in einer wirtschaftlichen Rezession, die in eine größere Krise auszuarten droht. Ein Streik von 150.000 Textilarbeitern in New York City im Januar 1913 dauert Monate und greift nach Boston über. ... Im September desselben Jahres beginnen auch Bergleute in Colorado einen Arbeitskampf, der 16 Monate anhält ...

Alle bedrohlichen, seit der industriellen Revolution ohnedies stets wiederkehrenden Schwierigkeiten aber löst der große europäische Krieg. Zunächst zwar bestürzt die US-Exporteure der mögliche Verlust ihrer Überseemärkte. Doch rasch beruhigen, ja berauschen sie die Einkäufe der Europäer, die kaum glaubhaft in die Höhe schnellen.

Das große Blutvergießen beschert den Yankees einen ungeahnten monetären Aufschwung, Aufträge über Aufträge, ein gigantisches Geschäft, zumal sie nahezu ihr gesamtes ökonomisches Potential für den Krieg mobilisieren und der Arbeiter nun fest zum Fabrikanten steht, im Schweiß seines Angesichtes dessen Konten füllt, ja die "unions" jetzt sogar, gegen Anerkennung des Achtstundentages, auf das Streikrecht verzichten.

Während sich die Europäer zerfleischen, reibt man sich in den USA die Hände über den buchstäblich ungeheuren Nachfrageschub, wobei zuerst die Metall-, dann die chemische Industrie (anstelle der deutschen) profitieren. Und da der Krieg immer mehr mechanisiert, industrial-

siert wird, da man 1918 auch die Feindaufklärung und Feindverfolgung mit Flugzeugen und Tanks betreibt statt, wie bisher mit Pferden, mit Kavallerie, steigt der Bedarf an Material aller Art enorm. Ja, die USA sind derart dem großen Kriegsgewinn ergeben, daß ihr schließlicher Eintritt in das Gemetzel weder militärisch noch technisch recht vorbereitet ist. Und dann werden sie mit Aufträgen ihrer eigenen Streitmacht zusätzlich überschwemmt.

Die Zahl der Werften beispielsweise steigt allein in den beiden letzten Kriegsjahren von 61 auf 314 ... US-Reedereien, die im Ersten Weltkrieg für ihre Regierung produzierten, machten 90 % Gewinn.

Nun erzeugten die USA aber nicht nur Kriegsausrüstung, lieferten sie nicht nur Waffen nach Europa, sondern auch Nahrung. Wer schießen, wer erschossen werden soll, muß erst satt gemacht werden. So gingen von 1914 bis 1924 nicht weniger als 8,42 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, und zwar 1918 doppelt soviel wie 1914, und dies trotz schlechter Ernte. Der Getreidepreis verdreifachte sich in den ersten 5 Jahren, der Baumwollpreis vervierfachte sich.

Der Exportüberschuß verdoppelte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr und erreichte 1917 (über den Import) 3,5 Milliarden Dollar. Und da die alliierten Gold- und Devisenreserven gefährlich schrumpften, da Briten und Franzosen, obwohl sie ihre vielen US-Wertpapiere so schnell wie möglich verkauften, ... um Bargeld zu haben, da eben dies Bargeld trotz allem ausging, mußten sie Schulden machen, gaben ihnen amerikanische Banken Kredite zur Finanzierung der Kriegsaufträge – bis zum Frühjahr 1917 bereits 2,3 Milliarden Dollar. ... Natürlich waren gerade diese (New Yorker) Banken 1917 an einem Sieg der Alliierten äußerst interessiert.

Nun vergrößerten aber nicht nur die Lieferungen an Waffen, Ausrüstung, Nahrung für die Entente den Reichtum der USA, auch die neutralen Länder tätigten ihre Einkäufe bei den Vereinigten Staaten. Insbesondere kamen noch jene früher vorwiegend von deutschen und britischen Firmen belieferten Exportmärkte hinzu, die während des Krieges durch den Ausfall der europäischen Mächte den USA zufielen. ...

Die Gesamtproduktion der USA wächst so während des Ersten Weltkrieges um 15 Prozent, der Export steigt um das Dreifache, der Exportüberschuß um das Achtfache. ...

Zwischen 1900 und 1920 verzehnfacht sich beinahe – vor allem infolge des Ersten Weltkrieges – das Budget der US-Regierung. ... Das "Volkseinkommen" wächst in diesem Zeitraum von 28 auf mehr als 61 Milliarden Dollar, es schnell allein in den Jahren, in denen Europa sich zu Tode windet, auf fast das Doppelte – "ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen" (William H. McNeill). ...<<

>>... Obwohl die USA als maßgebliche Weltmacht aus dem Krieg hervorgehen, haben sie während des ganzen folgenden Jahrzehnts kaum weltpolitische Ambitionen. Der Isolationismus herrscht vor, der Protektionismus. Man erhöht zugunsten der Industrie kräftig die Zolltarife und begrenzt die Einwanderung. Man sucht weder mit dem Völkerbund noch mit der Sowjetunion Kontakte. Ja, der neue Präsident Harding versichert bei seiner Amtseinführung, die USA wollten "keinen Anteil an der Lenkung der Geschicke der Welt ..."

Das Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg, "the Roaring Twenties", war in den USA einerseits eine Zeit der satten Selbstzufriedenheit und kruden Prosperität. Subventionen überschwemmten die heimische Wirtschaft. Die Banken florierten, gewährten Kredite, "liberty bonds". Spekulationen begannen, die Preise stiegen steil, und die Verteuerung traf natürlich am härtesten die Arbeiter und die Armen. Andererseits waren diese Jahre, bedingt teils durch Umstellungsprobleme der Friedenswirtschaft, teils durch das Wachstum, die Verschlingungssucht geradezu der Konzerne, eine Epoche der Arbeitskämpfe, der Arbeitslosigkeit, der Preistreibereien und Korruptionsskandale. Die Werftarbeiter, die Stahlarbeiter, die Kohlenkumpel streikten noch 1919. Denn die Kriegsgewinne hatte natürlich nur eine verschwindend kleine Schicht gemacht - 1914 gab es 4.500 Dollar-Millionäre in den USA, 1920 waren es 11.000 -, die

Masse besaß so wenig wie vor dem Krieg.

Der Wirtschaft aber ging es - einige weniger begünstigte Zweige (Textilindustrie, Kohlebergbau, Schiffbau) beiseite - glänzend. In den meisten Geschäftsbereichen herrschte Konjunktur, auch in den Banken, Versicherungen, Warenhausgesellschaften. Die Industrieproduktion verdoppelte sich fast zwischen 1921 und 1929 - alles andere als wunderbar.

Während des vierjährigen Blutbads in Europa hatte man enorm verdient, doppelt verdient sozusagen, ganz legal und illegal dazu, hatte das US-Kriegsministerium doch 18.501.117.899 Dollar für Rüstungsaufträge gezahlt und war dabei auch noch um sechs Milliarden von der US-Geschäftswelt geprellt worden. Im Prozeß aber, der vier Jahre dauerte, gingen alle Angeklagten straffrei aus. Steckten ja die größten Firmen mit in dem Riesenbetrug. Und so mokierte sich Senator George W. Norris: "Warum bringen wir eigentlich kein Gesetz heraus, wonach jeder, der über mehr als hundert Millionen Dollar verfügt, nicht verurteilt werden kann?"

Doch der Staat hatte längst nicht mehr die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Staat in der Hand, was vieles zeigt, nicht nur die Ohnmacht der Justiz. Obwohl zum Beispiel die behördliche Lenkung der Wirtschaft, eine Art Staatssozialismus, während des Krieges florierete, wollten die maßgeblichen Industriekreise nun nichts mehr davon wissen. Vergebens versuchte der Präsident, das War Industry Board als Industrial Board beizubehalten. Die Herren, die so selbstlos für einen Dollar pro Jahr im Kriegsindustrieamt die Millionen und Milliarden verteilt hatten, wollten nun keine Wirtschaftskontrolle mehr. Sie wollten zu Hause wieder auf die alte Weise wirtschaften. Und das taten sich auch: der Präsident mußte klein begeben. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Gewinner und Verlierer des Ersten Weltkrieges (x281/53,71-73): >>... Die Vereinigten Staaten standen nach dem Ersten Weltkrieg besser da als vorher. Schon 1913 dürften die USA rund ein Drittel der Weltindustrieprodukte hergestellt haben; nur fünf Jahre später, der Krieg hatte Europa in eine Zone der Verwüstung verwandelt, waren es über 50 Prozent. ...<<

>>... Am Tag des amerikanischen Eingreifens war das Schicksal der deutschen kaiserlichen Armee besiegelt.

Das der Amerikaner auch. Da ihr eigenes Territorium in Gänze frei von Verwüstung blieb, sprang sofort nach Ende der Kampfhandlungen der Exportmotor an. Was der Frieden nicht gebracht hatte, besorgte der Krieg. Dank seiner Zerstörungskraft schaffte er den leeren Raum, in den hinein die US-Wirtschaftsmaschine expandieren konnte. Das Land erzeugte nun weltweit knapp die Hälfte aller industriellen Güter, das Nationaleinkommen war so groß wie das der 23 wohlhabendsten Staaten der Welt.

Aus dem Schuldnerstaat USA war im Laufe der Kriegsjahre ein Gläubigerland geworden, was den unschätzbaren Vorteil hatte, daß man an den Zinszahlungen anderer Völker kräftig verdiente. Von den knapp 13 Milliarden Dollar, die sich andere Staaten in Amerika geliehen hatten, stammten allein 10 Milliarden aus Kriegsanleihen. Noch Jahrzehnte nach Ende der Kampfhandlungen profitierten die Vereinigten Staaten von ihrem Einsatz.

Der Erste Weltkrieg war der Katalysator, mit dessen Hilfe aus einer Regionalmacht eine Weltmacht geworden war. "Wir sind nicht länger Bewohner einer Provinz", rief Präsident Wilson nun den Kongreßabgeordneten zu. Der Krieg habe die Amerikaner "zu Bürgern der Welt" gemacht, sagte er, was im Grunde eine Untertreibung war. Die USA waren nicht Bürger der Welt, sie waren ihr Bürgermeister geworden.

Die ehemaligen europäischen Supermächte hatten im Weltmarktpoker ausgespielt. Wenn man ihre stotternde und vielfach sogar stillgelegte Wirtschaftsmaschinerie betrachtet, springt der relative Aufstieg der USA noch deutlicher ins Auge. Die Errungenschaften der Industrialisierung waren vielerorts in Europa nahezu rückstandsfrei weggesprengt worden ...

Der Krieg hatte einerseits den europäischen Wohlstand von mehreren Jahren vernichtet und andererseits die Bedingungen zerstört, die für einen schnellen Wiederaufstieg nötig gewesen

wären.

Rußlands Wirtschaftskraft nach dem Krieg entsprach nur noch 13 Prozent der vor dem Krieg erzielten Leistung. Aber auch in Deutschland und Frankreich sackte der Warenausstoß auf nur noch zwei Drittel des Vorkriegsniveaus.

Die Gewichte unter den Großmächten hatten sich auf dramatische Weise zu Ungunsten der europäischen Industriestaaten verschoben. Die Globalisierung ging weiter, aber mit anderem Vorzeichen. Der Schlußgong des Krieges beendete das europäische Jahrhundert.

Die Weltindustrieproduktion stieg von 1913 bis 1925 um 22 Prozent, ohne daß die Europäer an dieser Steigerung noch einen nennenswerten Anteil besaßen. Amerikas Industrieausstoß wuchs im selben Zeitraum um nahezu 50 Prozent. Alle Meßinstrumente, mit denen sich der Erfolg einer Gesellschaft überprüfen läßt, drehten jenseits des Atlantiks in den grünen Bereich: Die Zahl der Studenten hatte sich zwischen 1900 und 1920 verdoppelt, jeder fünfte Amerikaner besaß 1929 bereits ein Automobil, was sich in Großbritannien nur jeder Zehnte leisten konnte. Die Reallöhne in den US-Fahrzeugfabriken waren in den zehn ersten Nachkriegsjahren um 30 Prozent gestiegen, was auch die übrigen Branchen mit nach oben zog. ...<<

Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtete später (am 2. Februar 2009) in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung") über das NWO-Projekt Erster Weltkrieg (x337/117): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie ... unter der Kontrolle der Finanzierselite in Gang gesetzt hat. ...

Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. ... Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. ... Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankanelite belastet. ...

Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. ...

Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankanelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik gewonnen hat. ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtet später (am 26. Mai 2015): >>**Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen**

Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. ...

Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.

Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. ...

Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensord-

nung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.

Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. ...

Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien ...<<

16. Wieso kam es nach dem Ersten Weltkrieg zu einem regelrechten Siegeszug von europäischen Diktaturen?

Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich, Österreich, Bulgarien, Ungarn und mit dem Osmanischen Reich veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen.

Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich Jugoslawien sowie Armenien.

In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In folgenden Ländern wurden von 1917-1936 totalitäre Diktaturen errichtet, die alle politischen Gegner verfolgten und meistens jede Art von Presse-, Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewaltsam unterdrückten: Sowjetunion (1917/21), Ungarn (1920), Italien (1922), Bulgarien, Spanien und Türkei (1923), Albanien (1925), Polen, Portugal und Litauen (1926), Jugoslawien (1929), Rumänien (1930), Deutschland und Österreich (1933) Estland und Lettland (1934) sowie Griechenland (1936).

Der russische Politiker Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir I. Uljanow) schrieb später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg versetzt mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist. Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernsten Fortschritts stehen.

Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, das fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. ...

Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die außenpolitische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg (x057/209): >>Die außenpolitischen Wesenszüge der "Zwischenzeit" waren zunächst gekennzeichnet durch das Bestreben der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Friedensverträge und den Erfolg des Krieges sicherzustellen, während die

Besiegten von Anfang an eine Revision erstrebten. Besonders das deutsche Volk empfand einmütig den Diktatfrieden, hauptsächlich die Gebietsverluste, als ungerecht.

Statt einer Befriedung der Nationen entstanden neue Spannungen. Der Völkerbund – errichtet zur Aufrechterhaltung des Friedens – erwies sich damals ... (am) Anfang als Instrument der Sieger, zumal die Urheber-Nation, die USA, sich lange Zeit aus der Europa-Politik zurückzog, und den Versailler Vertrag nicht ratifizierte. Dagegen blieben die besiegten Staaten, ebenso zunächst die Sowjetunion ausgeschlossen. Auf der anderen Seite festigte sich im Osten allmählich die Herrschaft der Bolschewiken in der UdSSR, während gleichzeitig Japans Imperialismus in ... Erscheinung trat. Den gleichen Expansionsdrang entfalteten in Europa auch das von Versailles enttäuschte faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland.

Hieraus entstand 20 Jahre nach Beendigung des ersten ein zweiter Weltkrieg, der die Welt über ein halbes Jahrzehnt erschütterte, mit dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches endete und schließlich die Welt in noch größere gegensätzliche Gruppen – USA, UdSSR – aufspalten sollte, um die sich je nach Lage und politischer Einstellung die übrigen Mächte des Westens gruppierten, so daß erneut eine Bedrohung des Weltfriedens auftauchen sollte.<<

17. Weshalb kämpfte die Weimarer Republik seit ihrer Gründung ständig um ihre Existenz?

Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. Die große Not und das Elend der Kriegs- und Hungerjahre festigten sogar noch den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Fast alle bisherigen "Staatsdiener" erfüllten weiterhin pflichtgemäß ihre Arbeit, um die "Weimarer Republik" zu unterstützen.

In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärfen das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwachsen. Nach den Aufständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von rechts, erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.

Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putschversuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte beim Hitlerputsch am 9. November 1923.

Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann im Jahre 1921 auf 132 Milliarden Mark festgesetzt worden. Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen. Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deutschen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliierter Truppen mußte man schließlich das Londoner Ultimatum annehmen.

Um dieselbe Zeit begann im Mai 1921 der Währungsverfall: 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland eine Stundung beantragte. Diese Stundung scheiterte schließlich an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen deutschen Lieferungsrückständen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte.

Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...

Nachdem die Diktaturversuche von links in Sachsen und rechts in Bayern gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs im November 1923 völlig zusammengebrochen war: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark.

So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.

Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wunder der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.

Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.

Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt unermeßliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den Anfang und die ersten Jahre der Weimarer Republik (x192/428): >>... Drei Monate lang versuchten beide Seiten, die Oberhand zu gewinnen, doch als die Kommunisten im Januar 1919 einen offenen Aufstand in Berlin begannen, gab es den Republikanern die Möglichkeit, die Armee zur Niederschlagung der Revolte zu Hilfe zu rufen. Bald danach trat in Weimar - da die Hauptstadt Berlin nicht sicher schien - eine Nationalversammlung zusammen, die eine Verfassung für den jungen Staat ausarbeitete.

Das Überleben der "Weimarer Republik", wie der neue Staat genannt wurde, war jedoch nie wirklich gesichert. Während ihres kurzen Bestehens mußte sie sich gegen die – häufig gewaltvollen – Attacken extremer Gruppen der Rechten und Linken zur Wehr setzen. 1920 unternahm Monarchisten einen Umsturzversuch; 1923 versuchte eine eigenartige Koalition aus unzufriedenen Offizieren unter Führung Ludendorffs und der rechtsextremen Partei Adolf Hitlers, durch einen Putsch in München die Regierungsgewalt in Bayern an sich zu reißen. Auch sie mußte sich geschlagen geben.

Solange die deutsche Wirtschaft ein einigermaßen hohes Beschäftigungsniveau halten konnte,

funktionierte das Weimarer Experiment relativ gut. Doch als sich die materiellen Umstände verschlechterten, stieg die Attraktivität jener Gruppen, die versprachen, mit "fester Hand" und stärkeren staatlichen Eingriffen den Wohlstand zurückzubringen.

Letzten Endes waren es die Siegermächte, welche die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft verursachten. ...

1921 verkündete eine Reparationskommission nach langen Beratungen, daß insgesamt eine Summe von 132 Milliarden Goldmark an die Siegermächte zu zahlen sei. Das war für Deutschland, dessen Wirtschaft durch den Krieg ebenfalls stark geschädigt worden war, eine groteske Forderung, doch katastrophale Dimensionen erreichte das Problem durch den Zusammenbruch der deutschen Währung: Die Mark, die 1914 bei 25 US-Cents stand, fiel bis Juli 1922 auf 2 Cents und wurde danach praktisch wertlos: 4,2 Billionen Papiermark waren Ende 1923 für einen Dollar zu zahlen. Das Bürgertum, das durch Anleihen den Krieg finanziert hatte, war ruiniert.

Großbritannien war der Ansicht, daß der Zusammenbruch der Mark auf die Reparationslasten zurückzuführen sei, und schlug ein Einfrieren der Zahlungen vor. Gleichzeitig forderten die Briten jedoch, daß auch ihre eigenen Schulden und die anderer europäischer Mächte gegenüber den Vereinigten Staaten gestrichen werden sollten. Die Amerikaner lehnten ab.

Statt dessen setzte einen Sachverständigenausschuß unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles L. Dawes 1924 einen fixen Zeitplan für die Zahlung der vereinbarten Reparationen fest, und das Geld begann schneller denn je in die USA zu fließen. Da immer mehr Reserven aus Europa für die Rückzahlung von Schulden und den Zinsendienst verwendet werden mußten, schrumpfte der Markt für Industriegüter, es entstand ein massives Ungleichgewicht in der internationalen Wirtschaft.

Damit war die Bühne bereitet für die Weltwirtschaftskrise, die schließlich den vom Ersten Weltkrieg begonnenen Prozeß vollenden sollte: die Zerstörung der alten Ordnung Europas.<< Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Entstehung und Geschichte der "Weimarer Republik" (x051/627-628): >>... Die Geschichte der Weimarer Republik läßt sich in drei Abschnitte einteilen:

1. Die Krisenjahre 1919-23: Revolutionäre Unruhen und Aufstände von "links", so in Berlin - Spartakus-Aufstand 1919, im Ruhrgebiet 1919 und 20, in Bayern - wo 1919 vorübergehend eine Räterepublik bestand, in Mitteldeutschland und Hamburg 1921 und 23, in Sachsen und Thüringen 1923; Putschversuche von "rechts" - Kapp-Putsch 1920, Hitlerputsch 1923 und die rechtsradikale Agitation gegen die Republik - Dolchstoßlegende, Novemberverbrecher; polnische Aufstandsversuche in Oberschlesien 1919, 20 und 21; Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Reichswehrführung; Konflikte zwischen dem Reich und einzelnen Ländern, insbesondere Bayern 1923; der sogenannte Ruhrkampf; zahlreiche politische Morde - z.B. 1919 an den KPD-Führern R. Luxemburg und K. Liebknecht, 1921 an Erzberger, 1922 an Rathenau - und nicht zuletzt die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges, vor allem die Zahlung von Reparationen an die Alliierten, die wesentlich zur seit Mitte 22 galoppierenden Inflation beitrugen, belasteten die junge Republik schwer und gefährdeten ihren Bestand.

2. Die Konsolidierung 1924-29. Der Abbruch des Ruhrkampfes im August 23, die Beendigung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark im November 23 und die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich im Februar 24 leiteten eine Phase der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung und Stabilisierung der Weimarer Republik ein. Der Dawesplan von 1924 und noch mehr der diesen ablösende Youngplan von 1929 erleichterten die deutschen Reparationslasten. Die von Stresemann 1923-29 geleitete Außenpolitik normalisierte die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern: 1925 Verträge von Locarno, 1926 Berliner Vertrag mit der UdSSR, dem schon 1922 der Rapallo-

Vertrag vorausgegangen war, 1925-30 Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, 1926 Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Phase war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925.

3. Die Auflösung 1929-33. Dieser letzte Abschnitt der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, den Übergang vom parlamentarischen zum präsidentialen Regierungssystem und das Anwachsen des politischen Extremismus von links und noch mehr von rechts. Am 25.10.29 leitete der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein, die Deutschland besonders schwer traf und ... Anfang 32 zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit von über sechs Millionen Arbeitslosen führte. ...<<

18. Warum wurde der deutsch-sowjetische Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag von Rapallo geschlossen?

Außenminister Walther Rathenau (1867-1922, herausragender deutscher Unternehmer und Politiker der Weimarer Republik) schloß am 16. April 1922 in Rapallo einen deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (Rapallo-Vertrag) ab. Beide Regierungen nahmen wieder diplomatische Beziehungen auf und vereinbarten, die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen fanden ferner deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen über militärische Beziehungen statt (Gestellung von Truppenübungsplätzen in Sowjet-Rußland für deutsche Hilfe bei der sowjetischen Rüstungsproduktion und Ausbildung von sowjetischen Offizieren).

Der "Vertrag von Rapallo" enthielt außerdem den sowjetischen Verzicht auf jegliche Kriegsentschädigungen, so daß Frankreich die russischen Vorkriegsschulden nicht wie geplant auf das Deutsche Reich abwälzen konnte (x041/86). Das Deutsche Reich verzichtete im Gegenzug auf das in Sowjet-Rußland verstaatlichte deutsche Vermögen (x092/797).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Rapallo-Vertrag" (x051/464): >>Rapallo-Vertrag, am 16.4.22 während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua (10. 4.-19.5.) in Rapallo (Norditalien) abgeschlossener Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, unterzeichnet von den Außenministern Rathenau und Tschitscherin.

Der Rapallo-Vertrag diente der Regelung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Staaten verzichteten gegenseitig auf Erstattung ihrer Kriegskosten und der militärischen und zivilen Kriegsschäden, Deutschland außerdem auf die Erstattung des in der UdSSR verstaatlichten deutschen Vermögens, und vereinbarten, ihre Wirtschaftsbeziehungen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung zu regeln und diplomatische und konsularische Beziehungen aufzunehmen.

Durch ein am 5.11.22 in Berlin geschlossenes Abkommen wurde der Rapallo-Vertrag auf die anderen sowjetischen Bundesstaaten ausgeweitet; am 31.1.23 wurde er in Berlin ratifiziert. Mit dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22.6.41 wurde der Rapallo-Vertrag außer Kraft gesetzt.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien später (am 1. Januar 2021) folgender Bericht über das deutsch-russische Verhältnis nach dem Versailler Vertrag (x1.014/...): >>**HIStory: Kampf um die eurasische Platte**

Der Buchautor und Publizist Hermann Ploppa erläutert in HIStory kurz und sachlich historische Daten und Jahrestage von herausragenden geschichtlichen Ereignissen. ...

In vergangenen Jahrhunderten gab es keine Nationalstaaten in unserem Sinne. Und auch keine klaren Grenzziehungen. Und auch keine Trennung nach Völkern. Deutsche, Polen, Russen oder Slowaken lebten munter durchmischt in territorialen Flickenteppichen. Nicht ohne Konflikte, aber ohne gewaltsame Auseinandersetzungen. Im Großen und Ganzen friedlich.

Die Zeit der "ethnischen Säuberungen" lag noch in der Zukunft. In einem großen Raum innerhalb Europas und Asiens konnten sich Händler oder sonstige Reisende frei von Ost nach West und von West nach Ost hin und her bewegen. Es gab keine Mauer. Und auch keine Trennung in politische, verfeindete Blöcke.

So war traditionell der Austausch zwischen Deutschland und Rußland überaus rege. Die Zarin Katharina die Große stammte aus Deutschland. Michael Wassilijewitsch Lomonossow studierte ausgiebig in Deutschland, bevor er in Rußland die Wissenschaft befruchtete. Russische Adlige kurierten ihre Wehwehchen in Baden-Baden aus. Deutsche Siedler fanden in Rußland ein neues Zuhause. Zahlreiche deutsche Namen russischer Generäle, Politiker und Wissenschaftler zeugen von diesem lebendigen russisch-deutschen Handel und Wandel.

London, im Jahre 1904: Der überaus einflußreiche englische Gelehrte Halford Mackinder denkt über die Zukunftsperspektiven des Britischen Weltreichs nach. Bislang war das British Empire Herrscher der Welt. Großbritannien stützte sich auf seine übermächtige Marine. Nun stellt Mackinder aber fest: Eisenbahn und das neuartige Automobil können ab jetzt das Binnenland erschließen. Da können nun aber die Binnenländer ihre eigenen Rohstoffe viel besser abbauen und auf den Markt bringen als bisher.

Damit entstehen der unangefochtenen Seemacht Großbritannien ganz neue Konkurrenten. England möchte auch gerne die neuen Rohstoffpotentiale in Rußland und China für sich selber nutzen. Wenn aber die Binnenländer die Rohstoffe für sich selber nutzen, dann werden die Binnenländer automatisch auch immer mächtiger.

Mackinder warnt seine Landsleute: wenn sich jemals Deutschland und Rußland zusammentun - mit dem deutschen Ingenieurwissen und den gigantischen russischen Rohstoffen - dann können England und die USA einpacken. Und Mackinder fordert: ein solches deutsch-russisches Bündnis muß auf jeden Fall verhindert werden! Da muß auf dem europäischen Festland ein Verbündeter gefunden werden, der für Großbritannien die Rohstoffe auf dem eurasischen Super-Kontinent sicherstellen. Das kann Frankreich sein. Es kann aber auch irgendein anderer westeuropäischer Staat sein.

Doch zunächst machte der Genius der Geschichte den klugen Plänen von Mackinder und seinen englischen Mitstreitern einen fetten Strich durch die Rechnung. Denn im Jahre 1917 wurde aus dem russischen Reich der Zaren ziemlich schnell die kommunistische Sowjetunion. Das hatten ausgerechnet zwei erzreaktionäre deutsche Generäle auf dem Gewissen. Denn der Erste Weltkrieg, der 1914 mit so viel Schwung begonnen hatte, fraß sich in den nordfranzösischen Schützengräben fest.

Neben der Westfront mit englischen und französischen Feinden hatten die Kaiserlichen Deutschen Streitkräfte noch einen kostspieligen Krieg gegen Rußland im Rücken. Das Sagen hatten in Deutschland in jenen Tagen die beiden militärischen Oberbefehlshaber General Paul von Hindenburg und dessen Graue Eminenz, General Erich Ludendorff. Im Frühjahr 1917 löste eine liberaldemokratische Regierung das Zarenregime ab.

Jedoch dachten Kerenski und die anderen neuen russischen Führer gar nicht daran, den Krieg gegen Deutschland zu beenden. Sie ließen die russischen Soldaten weiter gegen Deutschland kämpfen und sterben. Hindenburg und Ludendorff ließen daraufhin den bis dahin ziemlich unbedeutenden russischen Sozialdemokraten Wladimir Iljitsch Uljanow, der sich selber Lenin nannte, in dessen kärglicher Dachkammer im Züricher Exil ausgraben.

Hindenburg und Ludendorff statteten Lenin mit mächtig viel Geld aus. Sie steckten ihn in einen verschlossenen Sonderzug von Zürich über Deutschland und Skandinavien. Und ließen ihn schließlich in Petrograd, das gerade eben noch Sankt Petersburg hieß, aussteigen. Mit den üppigen deutschen Geldspenden gelang es Lenin sodann, im Handumdrehen zur bekanntesten Figur in der russischen Politik aufzusteigen.

Mit dem Sturm auf das zaristische Winterpalais im Oktober 1917 putschten sich Lenins Bol-

schewisten an die Macht. Lenin beendete sofort den Krieg gegen Deutschland. Hindenburgs Streitkräfte konnten nun alle Mannschaften an die Westfront schicken. Was allerdings nichts mehr einbrachte. Denn mittlerweile waren die frischen, ausgeruhten Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika auf den westeuropäischen Kriegsschauplätzen aufmarschiert.

Wir alle wissen: der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 hat die Spielkarten der Geopolitik ganz neu gemischt. Deutschland wurde von einer Koalition der Staaten Großbritannien, USA und Frankreich gänzlich niedergerungen. Aus dem russischen Zarenreich war die Sowjetunion hervorgegangen. Deutschland und die Sowjetunion wurden geächtet und aus der Völkergemeinschaft für einige Zeit ausgeschlossen.

Was lag näher, als daß die beiden Paria-Staaten Deutschland und die Sowjetunion sich zusammmentun? Genau das geschah denn auch. Die Kontakte zu den Bolschewisten waren ja schon vom Generalsgespann Hindenburg und Ludendorff hergestellt worden. Und so verwundert es nicht, wenn bereits im Jahre 1920 der Chef der Reichswehr, Hans von Seeckt - alles andere als ein Kommunistenfreund - ganz offen sagt:

"Nur im festen Anschluß an Groß-Rußland hat Deutschland die Aussicht auf Wiedergewinnung seiner Weltmachtstellung ... England und Frankreich fürchten den Zusammenschluß der beiden Landmächte und suchen ihn mit allen Mitteln zu hindern - also ist er von uns mit allen Kräften anzustreben ... Und wenn Deutschland sich auf Rußlands Seite stellt, so ist es selbst unbesieglich, denn andere Mächte werden dann immer Rücksicht auf Deutschland nehmen müssen, weil sie Rußland nicht unbeachtet lassen können."

Das sahen Deutschlands Konzernlenker ganz genauso. Und im politischen Spektrum der Weimarer Republik waren sich alle einig: um ein enges Bündnis mit der Sowjetunion führt kein Weg vorbei.

Und durch diese Brille gesehen kam denn auch der deutsch-sowjetische Kooperationsvertrag vom 16. April 1922 im italienischen Badeort Rapallo eigentlich nicht mehr überraschend. Die Sowjets hatten geschickt gepokert. Denn zunächst hatten sie einen solchen Kooperationsvertrag bereits mit Großbritannien und mit Frankreich verabredet. Dann steckten die Sowjets der deutschen Regierung, daß sie diesen Vertrag ebenso gut auch mit Deutschland abschließen könnten.

Knapp zwei Stunden bevor die britisch-französische Delegation in Rapallo eintreffen konnte, schlossen die Sowjets den Vertrag mit den Deutschen ab. Sowjets und Deutsche verzichteten auf gegenseitigen Schadensausgleich für die einander zugefügten Kriegsschäden. Der Vertrag von Rapallo sah erleichterten Handel zwischen Rußland und Deutschland vor. Eine Konsequenz aus dem Rapallo-Vertrag war die Errichtung der sowjetischen Tankstellenkette DEROP mit 2.000 Filialen in Deutschland.

Aber das war noch nicht alles. Weil aufgrund des Versailler Vertrages die Deutschen keine Panzer und keine Flugzeuge in der Reichswehr einsetzen durften, entwickelten sie diese heimlich in der Sowjetunion. Eine klassische Win-Win-Situation. Denn die von dem Ingenieur Junkers entwickelten Kampfflugzeuge konnten die Sowjets in Lizenz ebenfalls bauen und nutzen. Deutsche Kriegstechnik im Schutz der Weite Rußlands. Reichswehr und Rote Armee teilten ihre empfindlichsten Geheimnisse miteinander. Sowjetunion und Deutschland waren für viele Jahre eng verbunden.

Das war für fast alle einflußreichen Kreise - von rechts bis ganz links - in der Weimarer Republik absolut der Königsweg aus dem Underdog-Dasein. Nur ein gewisser Adolf Hitler aus München gab kräftig Kontra. In seinem Buch "Mein Kampf" argumentiert Hitler, daß nur durch die enge Anbindung an die westliche Wertegemeinschaft ein Wiederaufstieg Deutschlands möglich ist. Deutschland soll als deindustrialisierter Bauernstaat für Großbritannien den Juniorpartner abgeben.

Für Großbritannien soll Deutschland die Sowjetunion überfallen. Aber das ist noch nicht alles.

So wie die europäischen Kolonisatoren in Nordamerika die Indianer ausgerottet haben, so sollten die Deutschen die "slawischen Untervölker" - wie Hitler sich ausdrückt - ausrotten. Auf dem eroberten "Ostraum" sollten dann rassereine deutsche Siedler als Bauern die westlichen Völker mit Nahrung versorgen.

Hitler schwebt in Mein Kampf ein Staatenbündnis bestehend aus Großbritannien, dem faschistischen Italien und dem ebenfalls faschistisch gewordenen Deutschen Reich vor. Jenseits jeder Polemik kann man sagen: dieses Konzept hat große Ähnlichkeit mit der schon vorgestellten Geostrategie des Engländers Halford Mackinder.

Die Machtergreifung Hitlers und seiner Nazischergen brachte dann wie erwartet den abrupten Abbruch der Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion. Die Reichswehreinheiten wurden bis zum Ende des Jahres 1933 aus der Sowjetunion abgezogen. Der Flugingenieur Junkers fiel in Ungnade. Die deutsche Wirtschaft verbandelte sich nunmehr mit dem Westen - mit den USA und Großbritannien. Die Nazis bereiteten sich konsequent auf den Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion vor. ...<<

19. Wer hatte Interesse daran, das Ruhrgebiet durch französisch-belgische Truppen besetzen zu lassen?

Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte, marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein - später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf.

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach nach der Besetzung des Ruhrgebietes ein Sturm der Entrüstung los. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen Paris und Brüssel.

Im Ruhrgebiet versenkte man später vielerorts Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlenlieferungen wurden eingestellt. Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängten außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/204).

Im besetzten Ruhrgebiet wurden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/-199).

Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.

Als der deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Der bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen. Oswald G. Villard schrieb im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafentangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig.

...

Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.

Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.

Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.

Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zu Gunsten aller antidemokratischen Kräfte.

Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<

20. Wie wirkte sich die Inflation im Jahre 1923 aus?

Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachte, brach im September/Okttober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).

Im November 1923 erreichten die Preise unfaßbare Summen und stiegen immer rasanter (1 Brot kostete z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark).

1919 kostete 1 US-Dollar = 8,57 Mark. Im November 1923 kostete 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark.

Die Einführung der Rentenmark im November 1923 machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).

Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Inflation" (x051/276-277): >>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer

Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung, Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.

Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli 21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.

Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete. ...<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtete später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26): >>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...

Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<

Der britische Botschafter in Berlin ... berichtete am 31. Dezember 1923 (x256/82): >>Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, daß sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. ...

In zwölf Monaten, von Januar bis heute, hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden: die Ruhrinvasion,

den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen,

den Hitlerputsch in Bayern,

eine Wirtschaftskrise ohnegleichen,

die separatistische Bewegung im Rheinland.

Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Veränderung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet.

Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, daß ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird. ...<<

21. Was gewährleistete die Reparationszahlungen der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg?

Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzie-

ren waren.

Mit Hilfe des Dawes-Planes sollten die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden. Das Deutsche Reich mußte die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/44). Die deutsche Reichsbank wurde außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes im Jahre 1929 unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputt-schießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten - ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.

... Im ... Jahr 1924 ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der ... für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.

Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.

Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.

Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands - überwiegend durch US-Anleihen - finanziert. Da die deutsche Reichsregierung nicht genügend Eigenkapital besaß, mußte sich der Staat zwangsweise immer höher verschulden. Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen.

Die völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz wurde am 7. Juni 1929 der Young-Plan veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der

Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war. ...

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlablieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung. Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen.

Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. ...<<

Am 18. Januar 1932 veröffentlichte die Reichsregierung die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach zahlte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte (x034/573).

Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Das "Handelsblatt" berichtete später (am 1.10.2010) über die letzten deutschen Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg: >>Letzte Zahlungen

Das späte Ende des Versailler Vertrags

Am 3. Oktober sind die letzten deutschen Reparationszahlungen für den 1919 geschlossenen Friedensvertrag fällig. Damit läßt das wiedervereinigte Deutschland die Schrecken der Vergangenheit hinter sich, ohne sie zu vergessen. ...

Am kommenden Sonntag enden die Zahlungen für den Versailler Vertrag. Die meisten Deutschen dürften davon nichts wissen, schließlich ist der Friedensvertrag von 1919 ein längst abgeschlossenes Kapitel. ...

Es ging dabei unter anderem auch um die Dawes- und Young-Anleihen, zwei Bonds, mit denen den Deutschen in den 20er-Jahren die Reparationszahlungen durch zeitliche Streckung etwas erleichtert werden sollten. ...<<

22. Wieso war keine deutsche Regierung der Weimarer Republik bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen?

Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte.

Obleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deut-

schen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.

Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen polnischen Gebieten müßte man die fremden Elemente auf 1,5 % herabdrücken - die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung (x025/42).

Der polnische Staatsrechtler Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

Polnische Truppen besetzten am 20. März 1919 Danzig. Bei den Danziger Kommunalwahlen am 14. Dezember 1919 erhielten die polnischen Parteien lediglich 8 % der Stimmen (x034/79).

Der tschechische Jurist Josef Stehule (1875-1946) schrieb im Jahre 1919 über die Sudeten-deutschen (x320/32): >>Der Deutsche als Feind der Menschheit kann das Recht auf Selbstbestimmung nicht nach seinen egoistischen Bedürfnissen wahrnehmen ... Es sind die Slawen, auf deren Kosten sich der Deutsche ausgebreitet hat und dieses Unrecht muß nach Meinung der Menschheit wiedergutmacht werden, das heißt das deutsche Volk muß dieses Territorium seinen rechtmäßigen Eigentümern herausgeben. ... Die in unserem Staat lebenden Deutschen bilden keine historisch-politische Individualität, welche allein die Träger des Rechtes auf Selbstbestimmung sein kann. Es sind dies ursprünglich Kolonisten. ...<<

Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte. Die deutsche Regierung mußte außerdem wegen der gewaltigen finanziellen Probleme mit allen politischen Mitteln versuchen, Massenabwanderungen der Volksdeutschen zu vermeiden. Nach dem Ersten Weltkrieg war das ruinierte und hochverschuldete Deutsche Reich wirtschaftlich nicht in der Lage, mehrere Millionen vertriebene Volksdeutsche zu integrieren.

Das Deutsche Reich konnte den harten Existenzkampf der Volksdeutschen in Posen, Westpreußen, Polen und Oberschlesien nur inoffiziell bzw. verdeckt unterstützen, denn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren direkte bzw. offene Unterstützungsmaßnahmen aus politischen Gründen völlig unmöglich.

Da die staatlichen Stellen keine offiziellen Hilfsmaßnahmen durchführen konnten, gründete die deutsche Regierung private Organisationen, die diese Aufgaben übernahmen. Die deutsche Reichsregierung gründete 1919 den "Ostauschuß", der 1920 von den privaten Organisationen "Deutsche Stiftung" und "Konkordia Literarische GmbH" abgelöst wurde. Diese Organisationen waren wie eingetragene Vereine organisiert und unterstützten die deutsche Industrie, das Bankwesen, die Presse, Schulen, Büchereien, Vereine und sonstige kulturelle Einrichtungen, die in den Abtretungsgebieten um ihre Existenz kämpften.

Der "Deutschtumsbund" förderte überwiegend die deutschen Bauern und Handwerksbetriebe durch zinslose Kredite. Weitere Beihilfen, Subventionen und Beistand gewährten außerdem verschiedene deutsche Wirtschaftsverbände, die Kirchen und Gewerkschaften, die auch für die gesamte Abwicklung der Arbeitslosenunterstützung zuständig waren.

Im April 1920 begann der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen wollte. Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Wafenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski und Budjonny stoppen und zurückschlagen. Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-

russischen Grenze.

Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland im polnisch-russischen Krieg von April bis Oktober 1920 verlagerte Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Curzon-Linie" (x051/105): >>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister Curzon benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemysl. Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<

Am 3. Mai 1921 drangen polnische Milizen gewaltsam in Oberschlesien ein - die Milizen wurden inoffiziell von der polnischen Regierung unterstützt. Bei diesem "3. polnischen Aufstand" verübten die "Freischärler" schwere Gewalttaten und ermordeten zahlreiche deutsche Zivilisten (x025/43).

Schlesische Selbstschutzverbände erstürmten am 21. Mai 1921 den Annaberg in Oberschlesien und schlugen die polnischen "Freischärler" nach schweren Kämpfen zurück.

Der Völkerbund verhinderte am 5. September 1921 die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Polen hat hinsichtlich der Eisenbahn keine souveränen Rechte im Gebiet der Freien Stadt Danzig. ...<<

Trotz eindeutiger Volksabstimmung für das Deutsche Reich mußte die deutsche Reichsregierung nach einer Entscheidung der Hohen Alliierten Kommission am 20. Oktober 1921 die oberschlesischen Industriegebiete an Polen abtreten. Oberschlesien wurde danach durch polnische Truppen besetzt (x041/84).

Der Völkerbund verhinderte am 17. Dezember 1921 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Polen hat nicht das Recht, Danzig zu einer bestimmten auswärtigen Politik zu veranlassen. ...<<

Der Völkerbund verhinderte am 22. Juni 1922 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Nicht Polen, sondern der Völkerbund ist der militärische Schutzherr Danzigs. ...<<

Reichskanzler Wirth teilte dem deutschen Botschafter in Moskau im Juli 1922 mit (x149/45): >>... Polen muß erledigt werden ... Ich schließe keine Verträge, durch die Polen gestärkt werden könnte.<<

Die ungeschützten Ost-Grenzen des Deutschen Reiches wurden damals ständig durch polnische Nationalisten bedroht. Vor allem in den preußischen Provinzen Ostpreußen und Schlesien rechnete man im Winter 1922/23 mit dem polnischen Einmarsch.

Am 10. Januar 1923 drangen litauische Truppen in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzten gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete, denn die hilflose deutsche Republik war nicht in der Lage, die schwachen Freikorpsverbände der Litauer (verkleidete Soldaten der litauischen Armee) zu vertreiben (x090/262).

Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, erklärte im Jahre 1923 in seiner Schrift "Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens" (x309/209-210): >>... Wegen der Ostseeküste aber wird früher oder später Polen mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsererseits unsere Pflicht gegenüber Ermland und Preußisch-Masuren vergessen würden – die Deutschen werden niemals ihre Ansprüche auf Pommerellen vergessen, denn sie werden ihre Pflichten gegenüber Königsberg nicht vergessen, zu dem der Weg durch unseren Pommerellen Korridor führt.

Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann den Sieg davontragen, wenn es dafür

nicht nur durch die nötige Organisation und die nötige Ausrüstung seiner Armee technisch vorbereitet ist, sondern auch politisch durch die Weckung eines polnischen Nationalbewußtseins innerhalb der polnischen Bevölkerung Ostpreußens. ...

Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt nicht nur die Größe und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkrieg davongetragenen Niederlage erholt hat.<<

Der deutsche Zentrumspolitiker Joseph Wirth berichtete später über die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches (x309/83-84): >>Alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches be-seelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen.

Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebiets gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen. ... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. ... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Gröner beschlossen daher Anfang 1930, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. ...<<

In den Jahren 1923/24 gründete man mehrere ostdeutsche Jugendbewegungen, wie z.B. die "Ostlandscharen", die die ukrainischen und polnischen Saisonarbeiter in Ostpreußen, Ostpommern und in Ostbrandenburg verdrängen sollten. Bei diesen "Ostaktivitäten" handelte es sich in erster Linie um die "Wiedereroberung der deutschen Scholle" und um die Sicherung der "deutschen Ostlandzukunft".

Der polnische Staatspräsident Stanislaw Wojciechowski erklärte am 29. April 1924 während der Eröffnung der Posener Messe (x309/38): >>Um als Großmacht existieren zu können, muß Polen die Vereinigung aller polnischen Länder haben. Man muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens unerläßlichen Zentren mit der Mutter vereinigt sind. Ich glaube aber an die große Macht polnischer Arbeit und polnischer Kultur, die uns erlauben wird, mit der Zeit das zu erreichen, was wir bisher nicht erreicht haben. ...<<

Aufrechte Vorkämpfer für Völkergemeinschaft und Frieden, wie z.B. der französische Politiker Leon Blum und viele andere französische Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler kritisierten im Jahre 1924 die völkerrechtswidrige Behandlung der Minderheiten in Polen.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann erklärte am 12. März 1925 in der "Kölnischen Zeitung" (x064/132): >>Es gibt keine Partei in Deutschland von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, die von ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspreche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu ertragen, und nicht den Willen, es zu tun.

Wenn aber Artikel 19 der Völkerbundsatzung ausdrücklich davon spricht, daß unabwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.<<

Der Deutsche Ostbund verlangte am 29. November 1925 in Berlin eine friedliche Zurückgewinnung der verlorenen deutschen Ostgebiete.

Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" wurden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schonte man.

Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endete im Jahre 1925 mit der

gewaltsamen Beschlagnahme der Westerplatte - Landzunge im Norden des Danziger Hafens - durch polnische Truppen. Danach begann ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauerte. Der deutsch-polnische Handel ging damals drastisch zurück und verursachte in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).

Die materielle Unterstützung und der seelische Beistand konnten die Abwanderung der zermürbten deutschen Minderheiten selbstverständlich nicht in allen Gebieten vermeiden, aber man verhinderte vielerorts massive Verdrängungen der Volksdeutschen. Obwohl in Polen fast ständig politische Prozesse gegen Volksdeutsche stattfanden, konnte man den Deutschtum-Organisationen nie antistaatliche Handlungen nachweisen.

Von 1919-25 kehrten insgesamt 873.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück. Diese Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen = 700.000 (x001/124E), Ostoberschlesien = 90.000 und aus Kongreßpolen = 83.000 (x035/327).

Julius Leber, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer, erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... Nie werde es eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

Die Volksdeutschen, die mehrheitlich in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten - wie im Sudetenland - und weiterhin über enge wirtschaftliche Verbindungen nach Österreich oder Deutschland verfügten, leisteten wesentlich stärkeren Widerstand. Obgleich sich die Lebensverhältnisse ständig verschlechterten, gaben viele Volksdeutsche die Hoffnung nicht auf. Gemäß der uralten "Ostsiedlermentalität" waren sie fest entschlossen, ihre jahrhundertealte Heimat bis zum bitteren Ende zu verteidigen.

Die deutschen Minderheiten kämpften ferner aufopferungsvoll und unermüdlich um den Bestand ihrer nationalen Eigenarten. Ungeachtet der zahllosen Gemeinheiten und Schikanen bemühten sie sich zäh und verbissen, um den kulturellen Charakter ihrer Dörfer, Kirchen, Schulen, Vereine sowie ihre alten deutschen Bräuche, Sitten und Lebensgewohnheiten zu erhalten.

Am 19. April 1926 informierte Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289, x243/31): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete - der Korridor, Danzig, Oberschlesien - ... kann uns befriedigen. ...<<

>>... Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. ...<<

In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den polnischen Städten gelang es verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Beamten zu brechen. Dort kamen die Abwanderungsbewegungen der entnervten Volksdeutschen trotz eindringlicher Durchhalteappelle nicht zum Stillstand. Viele Volksdeutsche konnten die systematischen Diskriminierungen nicht lange ertragen und kehrten in die deutschen Reichsgebiete zurück, so daß in den "neuen" polnischen Städten der deutsche Bevölkerungsanteil allmählich drastisch zurückging.

Eine monatlich erscheinende polnische Zeitschrift ... berichtete im August 1930 (x309/71): >>Wir wissen, daß der Zusammenstoß Polens mit Deutschland unvermeidlich ist. Wir müssen uns für diesen großen Augenblick systematisch und mit Schwung vorbereiten. ... Die gegenwärtige Generation ist berufen, in die polnische Geschichte erneut den Namen Tannenberg einzutragen.

Dieser historische Sieg muß auf den Vorfeldern Berlins errungen werden, damit die Niederlage Germaniens das Zentrum des Preußentums lähmt! Unser Ziel ist, Polens Westgrenze an der

Oder und der Lausitzer Neißer und Ostpreußen wieder den Grenzen der Republik einzuverleiben. Der Drang nach dem Westen, dies ist in diesem Augenblick das Gebot für das gesamte polnische Volk.<<

Von 1910-31 verminderte sich der deutsche Bevölkerungsanteil z.B. in Graudenz von 85 % auf 7,5 %, in Bromberg von 77,5 % auf 8,5 %, in Thorn von 66 % auf 4 % und in Posen von 42 % auf 2 %.

Die polnische Presse stellte am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung ein Rückgang des deutschen Stimmenanteiles im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % erfolgt wäre (x034/563).

Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im Jahre 1932 sprach man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".

Der Streit um die Westerplatte führte 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlug deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" gegen das Deutsche Reich durchzuführen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Minderheiten" nach der europäischen Neuordnung (x051/385): >>Minderheiten, Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates, die sich von der Mehrheit der übrigen Staatsangehörigen durch ein auf ihrer Sprache, ihrer rassischen oder ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen oder geschichtlichen Tradition beruhendes nationales Sonder- und Eigenbewußtsein unterscheiden.

Die Minderheiten bildeten bei der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein erhebliches Problem, da die Eingliederung fremder Volksgruppen in die neuen oder erweiterten Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich dem schon in den Vierzehn Punkten Wilsons geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach.

Die machtpolitischen (Gebietsabtretungen des geschlagenen Deutschen Reiches) und ökonomischen Zwänge (Lebensfähigkeit der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) wiesen jedoch keinen anderen Weg und führten 1919/20 zu multilateralen Minderheitenschutzverträgen zwischen den Siegermächten und Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Türkei. Hinzu kamen bilaterale Abmachungen wie etwa das Oberschlesienabkommen vom 15.5.22 zwischen Polen und Deutschland.

Der Schutz der Minderheiten wurde in erster Linie durch Garantie und Ausweitung der individuellen Grundrechte angestrebt: Gebrauch der Muttersprache, Meinungs- und Religionsfreiheit, kulturelle Koalitionsfreiheit, Zugang zu öffentlichen Ämtern u.a. Dagegen vermied man kollektive Volksgruppenregelungen, um den Integrationsprozeß in den jungen Staaten nicht zu belasten.

Appellationsinstanz für die Minderheiten war der Völkerbund, in dessen Satzung allerdings der Minderheitenschutz nicht verankert war. Wegen der divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten wurden Beschwerden meist schon im Vorfeld der Beratungen blockiert, so daß einzelne Staaten ungestraft die Minderheitenrechte aushöhlen konnten. Sie wurden daher zu einem wirksamen Hebel der nationalsozialistischen Außenpolitik, die in der ersten Phase auf eine Revision des Versailler Vertrages zielte und als ersten Schritt zur Destabilisierung der kleinen Randstaaten volksgruppenrechtliche Lösungen für die deutschen Minderheiten forderte.

Dahinter stand auch eine ideologische Stoßrichtung: Nach nationalsozialistischer Auffassung war der individualrechtliche Minderheitenschutz eine jüdische Erfindung, da er zur Umvolkung und damit Schwächung des Volkstums führe. Zudem begünstige er die Assimilation, die "das Judentum" zur Tarnung seiner Rolle als "Völkerparasit" brauche.

Die nationalsozialistische Minderheitenpolitik im Zweiten Weltkrieg war denn auch gekennzeichnet von Deportationen, Um- und Aussiedlung, Vertreibung und Vernichtung. Dies und die Völkerverschiebungen im Gefolge der deutschen Niederlage machten die ursprünglichen

Schutzverträge für die nationalen Minderheiten nach 1945 in Europa gegenstandslos. Die Vereinten Nationen vermochten sich bisher auf keine neue Konvention zum Schutz der Minderheiten zu einigen.<<

23. Weshalb gab es die "Goldenen Zwanziger Jahre" nicht für die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung?

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude, dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde.



Abb. 59 (x149/51): "Großstadt" von Otto Dix, 1927/28.

Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" und "dem Tanz auf dem Vulkan" hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten

ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Der deutsche Schriftsteller Leonhard Frank schrieb später über die "Goldenen Zwanziger" in Berlin (x149/50): >>Damals war die schöne Zeit. Von den Nachwirkungen des verlorenen Krieges war nichts mehr zu spüren. Die Wirtschaftsverhältnisse hätten nicht besser sein können, wenn Deutschland den Krieg gewonnen haben würde. ...

Ein neues Deutschland hatte sich herausgeschält. Eine Art Märchen von Aschenbrödel war für eine ganze Nation Wirklichkeit geworden.

Diese Zeit war der Beweis dafür, daß Wirtschaftskraft und –aufstieg auch das geistige und künstlerische Schaffen befruchten. ...

Die Bücherproduktion war größer als je. Die neue expressionistische Richtung, in Deutschland entstanden, beeinflusste die europäische Dichtung. Theater, Oper, Konzerthäuser waren überfüllt. Europäische Künstler aus Paris, London, Rom, die nach Berlin kamen, waren begeistert und wollten nicht mehr fort. Die Luft in Berlin war elektrisch geladen. ...<<

Außenminister Gustav Stresemann kritisierte am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück unserer Seele verloren haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht, suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

24. Warum beschleunigte die Weltwirtschaftskrise Hitlers Aufstieg?

Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).

Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radi-

kalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere).

Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).

Der britische Zeitungsverleger Viscount Rothermere schrieb am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche. ...<<

Obgleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbündeten, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhielt man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).

1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurrenz. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schrieb später über die "Weltwirtschaftskrise" (x051/636): >>Weltwirtschaftskrise, bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems (1929-33).

Kumulativ wirkende strukturelle und konjunkturelle Defekte in den verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft (Produktion, Kreditsystem, Welthandel) trafen bei Entstehung und Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Von ihr betroffen waren Agrar- wie Industrieländer. Das Ausmaß war unterschiedlich. Außer den USA litt Deutschland besonders stark unter der Krise (sechs Millionen Arbeitslose 1932).

In Anbetracht der politischen Labilität Deutschlands und des durch den verlorenen Krieg und die Inflation geringen allgemeinen Wohlstandsniveaus (wichtige Unterschiede zu den USA!) weitete sich die wirtschaftliche Krise schnell zu einer Gesamtkrise aus. Dies führte auf politischer Ebene zu den Präsidialkabinetten und schließlich zur Machtübernahme Hitlers.

Ausgelöst wurde die Weltwirtschaftskrise durch eine amerikanische Finanz- und Spekulationskrise (Schwarzer Freitag). Die in den folgenden Monaten einsetzenden massiven Kreditabzüge aus Deutschland (nicht zuletzt aufgrund der hohen Stimmengewinne der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen von 1930) führten schließlich auch zum Zusammenbruch deutscher Banken (Juli 31). Gleichzeitig kam es zu einer großen Krise des Welthandels (Index der Welthandelswerte in laufenden Preisen: 1926 = 100, 1932 = 39,2). Eine Agrarüberproduktion führte zu einem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt.

Viele Agrarländer gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fielen als Abnehmer von Erzeugnissen aus den Industrieländern aus. Die deutsche Wirtschaft war jedoch in besonders hohem Ausmaße vom Export abhängig (Exportquote 1928: 21,0 %). Die zwischen 1926 und 28 vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie waren auf Exportsteigerung und Wirtschaftswachstum angelegt. Die Produktionskapazitäten waren jedoch schneller als die einkommensabhängigen Nachfrageströme angewachsen.

Der deutsche Export ging trotz der Versuche der Regierung Brüning, mittels Notverordnungen die Produktionskosten (v.a. die Löhne) zu senken, rapide zurück und lag 1932 unter der Hälfte des Wertes von 1928. Die deutsche Industrieproduktion sank – in Indexwerten ausgedrückt – von 100 (1928) auf 61,2 (1932). Auch der Versuch der Regierung Brüning, die notleidende deutsche Landwirtschaft durch ein Hochschutzzollsystem sowie durch Subventionen (Osthilfe) vor den Folgen der Weltagrarüberproduktion zu schützen, schlug fehl. So erhielten jene Kräfte in Wirtschaft und Politik Auftrieb, die eine relative Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft (Autarkie) bzw. eine Verlagerung des deutschen Außenhandels v.a. nach Südosteuropa erstrebten.

Nach dem Scheitern der Deflationspolitik Brünings (Sturz der Regierung: Mai 32) schlugen die Regierung Papen und Schleicher den damals sehr umstrittenen Weg einer aktiven Konjunkturpolitik (deficit spending) ein (allerdings mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung). Doch erst durch die massive Aufrüstungspolitik, für die Hitler schon bei seinem Regierungsantritt grünes Licht gab (ungeachtet der zunächst verstärkt anlaufenden Programme zur Arbeitsbeschaffung), gelang es, auf zeit- und systemspezifische Weise die Krise und ihre Folgen zu "bewältigen".<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA. Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.

Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...

Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache. Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!

Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ... "In 18 Monaten ist Montgomery Ward von 132 auf 466 gestiegen; General Electric von 128 auf 396 ..."

Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast singulären (einzigartigen) Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.

Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober (in die Geschichte als Black Thursday eingegangen; in Europa wird der nächste Tag zum Schwarzen Freitag) stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an

Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...

Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.

Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft in der Beletage (Hauptgeschoß) und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf. Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.

Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie ein erkaltetes Soufflé (leichte Eierspeise bzw. ein Auflauf).

Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.

Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.

Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431, 433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandskredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.

Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Indu-

strieproduktion (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion) um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<

>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. Hier setzte sich die charismatische Anziehungskraft starker Persönlichkeiten durch, die reaktionäre Gesinnung propagierten und politische Ideologien formulierten: Mussolini in Italien, Franco in Spanien und Hitler in Deutschland. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien später (am 11. Oktober 2019) folgender Bericht über die Weltwirtschaftskrise 1929 (x1.014/...):

>>**The Wolf of Wall Street: Weltwirtschaftskrise 1929**

Wirtschaftsjournalist Ernst Wolff erklärt ... erklärt uns heute: "Weltwirtschaftskrise 1929".

Am Ende des 1. Weltkrieges gab es einen ganz großen Gewinner: Die Banken der Wall Street, die an die verschiedenen Kriegsparteien zahllose Kredite vergeben hatten.

Zwar waren die größten Schuldner - Großbritannien, Frankreich und Italien - nach Kriegsende zunächst nicht in der Lage, diese Schulden zurückzuzahlen, doch da half die US-Regierung nach: Sie sorgte 1919 im Versailler Vertrag dafür, daß Deutschland zu sogenannten "Reparationszahlungen" verpflichtet wurde.

Offiziell dienten diese Gelder der Wiedergutmachung. Tatsächlich aber flossen sie über London, Paris und Rom zur Begleichung der jeweiligen Kriegsschulden wieder in die Wall Street. Und da Deutschland wegen dieser Reparationszahlungen das Geld für den Wiederaufbau fehlte, flossen sie gleich weiter - als Kredite nach Deutschland.

Auf diese Weise entstand ein Schuldenkreislauf, der die amerikanischen Großbanken immer mächtiger machte. Da zugleich die US-Industrie und die US-Landwirtschaft ihre Produktivität auf Grund der Rationalisierung und der Einführung der Massenproduktion erheblich steigern konnten, kam es zu einem enormen Wirtschaftsboom, der als "Die Goldenen Zwanziger Jahre" in die Geschichte eingegangen ist.

Auch diesen Boom nutzten die US-Banken für sich, indem sie eine wahre Kreditschwemme entfachten und unter anderem das bis dahin unbekannte Prinzip der Ratenzahlung einführten. Die so angeheizte Nachfrage trieb die Aktienkurse der großen Konzerne in die Höhe, so daß außer den professionellen Investoren auch Millionen von Kleinanlegern zu spekulieren begannen.

Auch hier erkannten die Banken ihre Chance und entwickelten das Prinzip des "Hebelns". Beim Aktienkauf zum Beispiel mußten Anleger nur noch einen Teil des Kaufpreises für eine Aktie aufbringen - den Rest erhielten sie als Kredit von der Bank.

Wie verführerisch das war, zeigt ein konkretes Beispiel: Kaufte ein Anleger eine Aktie für \$ 100, konnte er einen Kredit über \$ 90 aufnehmen und mußte nur die restlichen \$ 10 selbst aufbringen. Sprang der Kurse der Aktie um nur 10 Prozent auf \$ 110, hatte der Anleger seinen Einsatz verdoppelt.

Auf diese Weise entstand ein wahrer Kaufrausch auf Kredit. Aber der hielt nicht ewig an und sobald der Kreislauf ins Stocken geriet, die ersten Verluste gemacht und die ersten Kredite zurückgefordert wurden, begann das künstlich aufgeblähte Kredit-Gebäude in sich zusammenzufallen.

Entscheidend war dann das Eingreifen der US-Zentralbank Federal Reserve: Sie erhöhte zweimal die Zinsen, erschwerte so die Bedienung der Schulden und trieb die Kreditnehmer in immer größerer Zahl dazu, ihre Aktien zu verkaufen. Das Ergebnis ist bekannt: Die Aktienpreise stürzten ins Bodenlose, die New Yorker Börse erlebte im Oktober 1929 den größten Crash des Jahrhunderts.

Die Folgen für die arbeitende US-Bevölkerung waren dramatisch: Über 100.000 Betriebe

mußten schließen, Millionen verloren ihre Jobs, die Obdachlosigkeit griff um sich. Und auch viele, die dem Börsenrausch nicht verfallen waren, verloren alles, denn mehr als zehntausend kleine und mittlere Banken gingen bankrott - und selbst die, die überlebten, mußten einer großen Zahl von Kunden eröffnen, daß sie deren Geld verspekuliert hatten.

Es gab aber auch diesmal einen großen Gewinner - die Banken der Wall Street. Sie konnten das Geschäft der in Konkurs gegangenen kleineren Banken übernehmen und so einen gewaltigen Machtzuwachs verzeichnen.

Das nach den USA am härtesten von der Weltwirtschaftskrise betroffene Land war Deutschland. Da die US-Banken ihre Kredite nach dem Crash abzogen und die ausstehenden Schulden einforderten, ging die Weimarer Republik wirtschaftlich und finanziell in die Knie: Betriebe mußten reihenweise schließen, die Arbeitslosigkeit schoß in die Höhe. Die Politik reagierte mit eisenharten Sparmaßnahmen, die man heute als Austeritätspolitik bezeichnen würde: Die Steuern wurden erhöht, öffentliche Aufträge gekappt, Sozialleistungen und Löhne gekürzt.

Die Folge war eine Massenverelendung, die es den Nationalsozialisten ermöglichte, an die Macht zu kommen und ihre Herrschaft zu errichten.

Warum ist es so wichtig, diese so weit zurückliegenden Zusammenhänge zu verstehen? Aus einem einfachen Grund: In unserer Zeit werden noch mehr Kredite vergeben als damals und es wird in weitaus größerem Maße als in den Zwanziger Jahren spekuliert. Das heißt: Die Risiken, unter denen wir leben, sind wesentlich höher als am Ende der Weimarer Republik.

Es gibt allerdings zwischen damals und heute einen gravierenden Unterschied: Wenn das gegenwärtige Kartenhaus in sich zusammenfällt, kann niemand sagen kann, die Geschichte hätte uns nicht gewarnt.

Die Zeit ist reif für ein demokratisches Geldsystem!<<

25. Wer finanzierte Hitler und die rechtsradikale NSDAP?

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziert wurden.

Obwohl Hitlers Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung des Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und die totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen -

gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zu-

rückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirt-

schaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet. Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache

nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.

Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische" Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gesprekken met Hitler door Sidney Warburg".

Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.

Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

... Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harriman in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanischen IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. ...

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>Hitlers Logenbruder

_ von Guido Grandt

Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinetttisch. Er hatte die Nazis von Anfang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.

Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgeben.

"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."

Hjalmar Schacht

Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.

In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Rublee-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.

Lob für die Nürnberger Gesetze

Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße ... die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.

Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die ge-

setzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.

Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.

Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.

Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.

Christopher Kopper schreibt in seinem Buch Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."

1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel 76 Jahre meines Lebens, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist, spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.

Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.

Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist Tom Goeller

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch Freimaurer - Aufklärung eines Mythos hält er fest: "Unabhängig von den gerichtli-

chen Freisprüche hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen.

Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im Völkischen Beobachter "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."

Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen" umgewandelt.

Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<

26. Wie förderte Stalin den Untergang der Weimarer Republik?

Während der Tagung des Exekutivausschusses der Komintern legte der sowjetische Referent für Deutschlandfragen, Manuilsky, am 15. Dezember 1931 in Moskau die zukünftige Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fest (x063/564): >>Der Hauptfeind ist nicht Hitler, sondern der Hauptfeind ist das System Severing, Brüning, Hindenburg. ...

Mit seiner (Hitlers) Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Parteiapparat und den Brüning'schen Staatsapparat zertrümmern. ... Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.<<

Stalin war schon frühzeitig davon überzeugt, daß ein Sturz der Deutschen Republik und Hitlers Machtübernahme unweigerlich zum Zweiten Weltkrieg führen würde. Die geheimen Bündnisse der KPD und NSDAP förderten bzw. beschleunigten den Untergang der Weimarer Republik.

Hitler und das rechtsradikale NS-Regime waren für Stalin ein unglaublicher Glücksfall, denn ab 1933 zerschlug das NS-Regime alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstige Organisationen des Deutschen Reiches. Mit der gewaltsamen Auflösung sämtlicher demokratischen Einrichtungen und Verbände räumte Hitler frühzeitig alle natürlichen Feinde des linksradikalen Stalinismus aus dem Weg. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fiel es den Sowjets nicht besonders schwer, in Mitteldeutschland die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu verwirklichen, denn eine ernstzunehmende Opposition gab es dank Hitlers "guter Vorarbeit" nicht mehr.

Stalin übernahm später z.B. auch Hitlers "Generalplan Ost". Der entscheidende Unterschied bestand nur darin, daß die deutschen Volkstumsgrenzen nicht um 500 km nach Osten, sondern um 500 km nach Westen verlagert wurden.

Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald erschossen) erklärte z.B. während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am

klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...

Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...

Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<

27. Was beabsichtigte Reichskanzler Franz von Papen, als er die preußische Regierung im Juli 1932 ausschalten ließ (sogenannter "Preußenschlag")?

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen ließ. Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Preußenschlag" (x051/455-456): >>Preußenschlag, Bezeichnung für die Amtsenthebung der preußischen Regierung unter Ministerpräsident O. Braun (SPD) durch den Reichskanzler Papen am 20.7.32.

Bei den Landtagswahlen am 24.4.32 hatte die Weimarer Koalition (aus SPD, Zentrum und Staatspartei) die Mehrheit im preußischen Landtag verloren. Dennoch blieb die seit dem

6.4.25 amtierende, aus Ministern dieser Parteien gebildete Regierung Braun als geschäftsführend im Amt.

Mit der Begründung, in Preußen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die bürgerkriegsartigen Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten - ihr Höhepunkt: der Altonaer Blutsonntag am 17.7.32 - gefährdet, enthob Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten am 20.7. alle preußischen Minister (Braun selbst befand sich aus Krankheitsgründen seit dem 6.6. nicht mehr im Amt), den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg ihrer Ämter, machte sich selbst zum Reichskommissar in Preußen, den Essener Oberbürgermeister Bracht zu seinem Stellvertreter und zum Innenminister und übertrug diesem die Regierungsgewalt in Preußen.

Der Staatsstreich in Preußen war eine "Vorleistung" Papens für Hitler, mit der er diesen und die NSDAP zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen hoffte. Er beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der wichtigsten und letzten Bollwerke der Republik und ebnete so der NSDAP den Weg zur Machtergreifung.

Statt sich dem Preußenschlag mit Gewalt zu widersetzen, rief die preußische Regierung nur den Staatsgerichtshof an, der zwar am 25.10.32 feststellte, die Regierung Braun befinde sich weiter im Amt und könne Preußen im Reichsrat vertreten, ansonsten aber den Preußenschlag für rechtmäßig erklärte; endgültige Absetzung Brauns am 6.2.33 durch Verordnung des Reichspräsidenten.<<

28. Wieso zählt Franz von Papen zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumsparlei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, ebnete Hitler 1933 den Weg zur Machtübernahme, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen).

Papen traf sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu verhandeln (x054/209).

Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtete später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...

Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...

Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...

Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...

Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ...

(entstehen) würde. ...

Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

Von Papen, Oskar von Hindenburg und Staatssekretär Otto Meißner "bearbeiteten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, war ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

NS-Vizekanzler Franz von Papen verhandelte später mit der katholischen Kirche über den Abschluß eines Konkordats. Am 20. Juli 1933 schlossen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag garantierte der NS-Staat der katholischen Kirche u.a. "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion". Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 1957 blieb das Konkordat für die Bundesrepublik Deutschland weiterhin gültig.

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über das Abkommen zwischen dem Vatikan und der NSDAP vom 20. Juli 1933 (x1.001/7):

>>... Joseph Rovin (1918-2004, französischer Historiker und Journalist) ... kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem faschistischen (nach dem Führerprinzip organisierten, nationalistischen, antidemokratischen, rechtsradikal regierten) Deutschen Reich am 20. Juli 1933:

"Das Konkordat (staatliches Abkommen mit dem Vatikan) brachte der, fast überall als aus Usurpatoren ("Thronräubern"), wenn nicht gar Banditen bestehend angesehenen, nationalsozialistischen Regierung die Zustimmung zu einem Vertrag mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan). In gewisser Weise war es die Entsprechung einer Urkunde über internationale Ehrenhaftigkeit (... Der politische Katholizismus in Deutschland, Paris 1956, S. 231 ...)."

Somit unterstützte der Papst, nicht zufrieden mit seiner "persönlichen" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise moralisch auch das faschistische Deutsche Reich!

Zur gleichen Zeit, als jenseits des Rheins der Terror zu regieren begann und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Personen in KZs gesteckt. Die Pogrome vermehrten sich, während der Nazimarsch: "Und wenn das Blut von den Messern spritzt, fühl' ich mich noch mal so gut." (Horst-Wessel-Lied) erklang.

In den folgenden Jahren sah Papst Pius XII. noch schlechter, ohne beunruhigt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Oberhäupter Deutschlands in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime miteinander wetteiferten, ermutigt wie sie durch ihren römischen "Meister" waren. ...<<

Franz von Papen wurde am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen freigesprochen!

29. Weshalb mußte die Weimarer Republik zwangsläufig scheitern?

Der greise Volksheld Hindenburg leitete am 30. Januar 1933 mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt letzten Endes die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verlor das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.

Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333-334): >>... Die ruhige, nüchterne Vernunft der sozialistischen Arbeiter mitten im Sturm der politischen Erregung ist gewiß achtbar. Das sind die Männer, die auch später unter der Herrschaft der Gegenrevolution nicht wankten. Aber es gibt Situationen in der Geschichte der Völker und Klassen, in denen die tägliche nüchterne Klugheit nicht ausreicht.

Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen.

Die Arbeitslosen, die trotz allem der SPD treu blieben - und nach den Wahlergebnissen dieser Jahre war es eine erhebliche Menge - und ebenso die radikal gestimmten sozialistischen Arbeiter im Betrieb folgten im allgemeinen den Losungen des linken Parteiflügels.

Die sozialdemokratischen Betriebsarbeiter jedoch, die mit der offiziellen Parteimeinung übereinstimmten, befanden sich tatsächlich isoliert auf einer Insel, die umspült war von den Wellen der Revolution und Gegenrevolution. Denn die hungernden Massen zur Linken wollten eine Revolution, und die Kapitalisten zur Rechten wollten die Gegenrevolution. Alle Teile des Volkes wurden mehr oder minder von einer der beiden Bewegungen erfaßt.

Nur die gemäßigt sozialistischen Arbeiter zusammen mit ihren Führern standen auf der Insel der Weimarer Demokratie und mußten zusehen, wie sämtliche Wellen vor rechts und links

gerade auf sie einströmten.

Vor allen Dingen hätte die SPD diese Unglücksinsel verlassen müssen. Der Austritt aus der Reichsregierung im Frühjahr 1930 allein genügte nicht. Solange die sozialdemokratischen Länderminister, Bürgermeister und Polizeipräsidenten weiter amtierten, hielt die Mehrheit des deutschen Volkes die SPD für die Partei, die in erster Linie die Verantwortung für die Weimarer Republik trug. Zugleich mit dem Rücktritt der sozialistischen Reichsminister hätte die SPD auch demonstrativ die Regierung Preußens und der übrigen Länder verlassen, und alle Parteimitglieder hätten aus den hochbezahlten Länder und Gemeindestellen abberufen werden müssen.

Zugleich hätten sich die freien Gewerkschaften auf den Generalstreik vorbereiten müssen. Aber es ist doch zweifelhaft, ob die SPD nach ihrer zwölfjährigen Verbundenheit mit dem legalen republikanischen Staatsapparat zu solchen verzweifelten Mitteln fähig gewesen wäre. Da die Partei nicht imstande war, ihre Verbindung mit dem Staat zu zerschneiden, konnte sie auch nicht die Führerin der unterirdischen revolutionären Bewegung werden. ...

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer hatten seit 1929 wieder den demokratischen Mantel abgelegt, den ihnen Stresemann aufgedrängt hatte, und sie bekannten sich unbedingt zur Diktatur. Man könnte fragen, warum die herrschende Klasse Deutschlands denn diese Abscheu vor den demokratischen Formen hatte. Wie die Dinge lagen, hatten die SPD und KPD keine Aussicht eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten.

Warum schlossen sich die bürgerlichen Parteien nicht zu einem festen gegenrevolutionären Block zusammen? Da konnten sie doch auch erreichen, was sie wollten, und man sparte sich die Unannehmlichkeiten des Verfassungsbruchs und der Gewalttätigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedensten bürgerlichen Gruppen und Tendenzen bestanden, hätten sich beilegen lassen, wenn der Reichsverband der Industrie ernstlich die Einigung gewollt hätte. Dennoch wollte die Kapitalistenklasse unbedingt die Diktatur.

In einem Lande wie Deutschland, in dem fast drei Viertel aller Wähler zu den Arbeitnehmern gehören, ist eine bürgerliche Parlamentsmehrheit nur möglich, wenn die kapitalistischen Parteien volkstümlich auftreten und den armen Massen alle möglichen Versprechungen machen. Hätte man im Reichstag, mit den Mitteln der legalen Demokratie, eine extrem kapitalistische Gesetzgebung durchführen wollen, dann hätte die Regierung nicht nur die Opposition der SPD und KPD gegen sich gehabt:

Auch viele Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien hätten Bedenken getragen, eine offen volksfeindliche Gesetzgebung vor den Wählern zu vertreten. Die Diktatur war in Deutschland notwendig, nicht nur wegen der SPD und KPD, sondern mindestens ebenso sehr wegen der linken Nationalsozialisten und wegen der christlichen Arbeiter.

Wenn die Diktatur die Marxisten ausschaltete, so befreite sie damit die kapitalistischen Herren auch von jeder Rücksicht auf die volkstümlichen Strömungen in den eigenen Parteien. Die christlichen Gewerkschaften und linken Nationalsozialisten, ja sogar die völkischen Freikorpsleute haben später am eigenen Leibe erfahren, daß ihre Macht in dem Moment aufhörte, in dem die deutschen Kapitalisten vom Gegengewicht der sogenannten Marxisten befreit waren.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x057/229-230): >>... Amerikanische Anleihen sollten die Anlaufzeit überbrücken. Aber die Hoffnung, daß Deutschland seine Zahlungen aus den Überschüssen der Ausfuhr decken könne, erfüllte sich nicht.

Daher entwarf eine neue Kommission unter dem Amerikaner Young den Young-Plan (1929), der die GesamtrepARATIONSSCHULD auf 121 Milliarden Mark festsetzte, die in 59 Jahresraten abbezahlt werden sollte.

Aber auch dieser Plan erwies sich als undurchführbar, da inzwischen die Weltwirtschaftskrise

auch in Deutschland der kurzen wirtschaftlichen Scheinblüte, hervorgerufen durch Dollarkredite an Reich, Länder, Gemeinden und Private, ein Ende bereitete.

Das Aufhören der ausländischen Kredite hatte im Frühjahr 1931 zum Zusammenbruch der Österreichischen Kreditbank geführt. Die Krise griff rasch auch auf das Reich über, daß mit radikalen Maßnahmen durch die neue Regierung Brüning vergebens versuchte, durch eine Reihe von Notverordnungen der Finanzkrise Herr zu werden (Verminderung der öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen usw.). Schon hatte Brüning unter der USA-Präsidentschaft Hoovers im sog. Hoover-Moratorium einen Aufschub der Schulden- und Reparationszahlungen erreicht, sogar die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden stand bevor.

Da trat durch seinen Sturz eine innenpolitische Wandlung ein, die der deutschen Republik den Todesstoß versetzen sollte. Die soziale und wirtschaftliche Notlage (6 Millionen Arbeitslose) hatte die Massen immer mehr dem bestehenden Staat entfremdet und in die Hände der radikalen Parteien (Nationalisten und Kommunisten) getrieben. Vor allem die "Nationale Opposition" unter Hitler und Hugenberg entfaltete eine rege Tätigkeit. ...

Aus den Reichstagswahlen 1930 und 1932 gingen die Nationalsozialisten schließlich als stärkste Partei hervor, schlossen mit den Deutsch-Nationalen die Harzburger Front und wandten sich in einem Volksbegehren gegen die "Versklavung" durch den Young-Plan. Nun versuchte Hindenburg nach seiner Wiederwahl (1932, von den Linksparteien und der Mitte gewählt) durch Notverordnungen der wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Krisen Herr zu werden.

Nach dem Sturz Brünings berief er dessen Zentrumskollegen von Papen zum Reichskanzler. Unter ihm erfolgte die Einstellung der Reparationszahlungen. Aber er wurde mit der inneren Krise ebenso wenig fertig wie sein Nachfolger General von Schleicher, so daß sich Hindenburg zu dem folgenschweren Schritt entschloß, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Dieser bildete zunächst ein Kabinett von Fachministern, Deutschnationalen und nur zwei Nationalsozialisten (Hitler und Göring). Aber es sollte das Ende der Weimarer Republik bedeuten, und eine erneute schicksalsschwere Wandlung der deutschen Geschichte, die zum Untergang des Reiches führte, nahm ihren Anfang.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.

Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteuerertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen. Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.

Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte,

hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.

Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über das Ende der Weimarer Republik (x051/628-629):
>>(Weimarer Republik) ... Als am 27.3.30 die von H. Müller (SPD) geführte Koalitionsregierung über Fragen der Arbeitslosenversicherung zerbrach, bedeutete das das Ende des parlamentarischen Regierungssystems; die am 30.3. unter Brüning (Zentrum) gebildete Minderheitsregierung war ein Präsidialkabinett.

Nach Auflösung des Reichstages am 18.7.30 brachten die Neuwahlen am 14.9. einen sprunghaften Anstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei zur zweitstärksten deutschen Partei: Sie erhielt 18,3 % und 107 Sitze (von 577).

Dem Wahlerfolg der NSDAP war das (mit 4,1 Millionen Stimmen knapp erfolgreiche) Volksbegehren gegen den Youngplan vorausgegangen, das die NSDAP und deren Führer Hitler erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte.

Am 11.10.31 schlossen sich NSDAP, DNVP und Stahlhelm in der Harzburger Front zum Kampf gegen die Republik zusammen; zu deren Verteidigung bildeten SPD, Gewerkschaften und der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16.12.31 die Eiserne Front.

Brüning, der Reichskanzler blieb, versuchte durch eine deflationistische Wirtschaftspolitik die Krise zu meistern, letztlich ohne Erfolg; sein Minderheitskabinett wurde dabei zunächst von der SPD toleriert.

Am 10.4.32 wurde Hindenburg (19,4 Millionen Stimmen), diesmal als Kandidat der republikanischen Parteien, gegen Hitler (13,4 Millionen) zum Reichspräsidenten wiedergewählt. Kurz danach entzog er unter dem intriganten Einfluß seiner Umgebung Brüning das Vertrauen. Dieser trat am 30.5.32 zurück.

Neuer Reichskanzler wurde am 1.6. Papen (bis zum 3.6. Mitglied des Zentrums, dann parteilos). Da Papens konservatives "Kabinett der Barone" und seine offen antirepublikanische, auf die Restauration der Monarchie oder die Errichtung eines autoritären Systems abzielende Politik im Reichstag nur von der DNVP unterstützt wurde, löste er diesen am 4.6. auf. Um die NSDAP zur Tolerierung seiner Politik zu gewinnen, hob er am 14.6. das am 13.4. von der Regierung Brüning ausgesprochene Verbot von SA und SS auf.

Am 20.7. enthob Papen die (geschäftsführende) preußische Regierung unter O. Braun (SPD) ihres Amtes (Preußenschlag) und beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der letzten und wichtigsten Bollwerke der Republik.

In den Reichstagswahlen am 31.7. konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil mit 37,4 verdoppeln; mit 230 (von 608) Sitzen im Reichstag war sie nunmehr die mit Abstand stärkste deutsche Partei. Nach neuem Konflikt ließ Papen den Reichstag am 12. 9. erneut auflösen. Zwar verlor die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6.11. erstmals an Stimmen ("nur" noch 33,1 % und 196 Mandate); da aber gleichzeitig DNVP (8,9 % und KPD 16,9 %) Gewinne erzielten, änderte dies weder etwas an der klaren antirepublikanischen Mehrheit des Reichstages noch verschaffte es der Regierung Papen eine Mehrheit; die DNVP (52 Sitze) blieb weiterhin deren einzige parlamentarische Stütze. Papen trat deshalb am 17.11. zurück.

Sein Nachfolger wurde am 3.12. Schleicher. Seine Konzeption, die NSDAP zu spalten und zur Stützung seiner Regierung eine "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem linken, von G. Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP zu bilden, scheiterte sowohl an der Schwäche Strassers als auch am Widerstand des ADGB und der SPD. Nachdem Hindenburg Schleichers Plan, als letzte Möglichkeit zur Verhinderung einer Regierung Hitler den Staatsnotstand zu erklären, abgelehnt hatte, trat Schlei-

cher am 28.1.33 zurück.

Am 30.1. ernannte der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler. Diese nationalsozialistische Machtergreifung brachte das Ende der Weimarer Republik.

Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik waren: die fehlende demokratische Tradition in Deutschland (die sich im Kaiserreich kaum hatte entfalten können), der Makel der Entstehung der Republik als Folge der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, ihre Belastungen durch die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, insbesondere durch den Versailler Vertrag, die Mängel der Weimarer Verfassung; das Fehlen fähiger und zugleich populärer demokratischer Führungspersönlichkeiten (das spätestens 1925 bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten offenkundig wurde), die mangelnde Bereitschaft und/oder Fähigkeit der republikanischen Parteien und Parteiführer zum Kompromiß (wie sie in den zahlreichen Regierungswechseln und -stürzen, insbesondere beim Rücktritt der Regierung Müller 1930 deutlich wurde) und das Versagen, die Fehler und Fehleinschätzung der Personen an der Spitze der Republik zwischen 1930 und 33 (insbesondere Hindenburgs, Papens und Schleichers).

Entscheidend aber war, daß der Weimarer Staat eine "Republik ohne Republikaner" darstellte: Die Beamten- und Richterschaft blieb, ebenso wie das Offizierkorps, zum Großteil noch immer monarchistisch und autoritär gesonnen, die Mehrheit der Bevölkerung, besonders des Bürgertums, stand der Republik von Anfang an ablehnend gegenüber und ging unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise ab 1930 offen zu den antirepublikanischen Parteien über: das Bürgertum vor allem zur NSDAP, deren demagogische Propaganda die demokratischen Parteien nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnten oder wollten, die Arbeiterschaft, ohnehin enttäuscht über das Ausbleiben einer wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Revolution nach 1918, teilweise zur KPD.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 39 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik.</u> Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ " <u>Geschichte der Weltkriege</u> ". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte.</u> Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3.</u> Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.

x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart.</u> 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche.</u> Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten.</u> Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte.</u> Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x084	Graml, Hermann (Hg.): <u>Widerstand im Dritten Reich.</u> Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE.</u> 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen.</u> Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x199	Rang, Martin, und Otto Schliske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen.</u> Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand.</u> Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle.</u> Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.

x312	März, Peter: <u>MYTHEN, BILDER, FAKTEN</u> . Auf der Suche nach der deutschen Vergangenheit. München 2010.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands</u> . Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: <u>1918 - Die Tore zur Hölle</u> . Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Freimaurer</u> . Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Spezial Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x352	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x842	Weimarer Verfassung 1919: http://www.wcurrin.de/links/interaktiv/verfassung_-1919/1_weimar.htm - September 2013.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x910	https://horst-koch.de/die-fm-und-jesus-christus/ - April 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021